

Jahresbericht



des Bundesverbandes
der Deutschen
Volksbanken
und Raiffeisenbanken

21

Zahlen 2021*

		Anzahl
Genossenschaftsbanken		772
Bankstellen		8.074
Mitglieder in Millionen		18,2
	Bestand in Milliarden Euro	Änderungen in Prozent gegenüber 2020
Bilanzsumme	1.145	6,5
Kundenkredite	710	6,9
Kurzfristige Kredite und Wechsel	30	-8,5
Mittelfristige Kredite	41	0,4
Langfristige Kredite	639	8,2
Kundeneinlagen	833	5,4
Sichteinlagen	606	8,0
Termineinlagen	42	2,4
Spareinlagen	181	-1,6
Sparbriefe	4	-3,4

* Differenzen durch Runden.

Ratings	Fitch Ratings (Verbundrating)	Standard & Poor's
Long-Term Issuer Default Rating (Langfristige Kreditbewertung)	AA-	A+
Short-Term Issuer Default Rating (Kurzfristige Kreditbewertung)	F1+	A-1
Outlook (Ausblick)	stable	stable
Finanzstärkerating**	aa-	a+

** Viability Rating (Fitch); Stand Alone Credit Profile (SACP; Standard & Poor's).

Jahresbericht

des Bundesverbandes
der Deutschen
Volksbanken
und Raiffeisenbanken

Vorwort des Vorstandes	7
<hr/>	
Unser Jahr in Bildern	9
Themen	
Frieden!	31
Nachhaltigkeit	37
50 Jahre BVR	43
<hr/>	
Ergebnisse 2021	49
Unser Jahr in Zahlen	50
Geschäftsentwicklung 2021	61
Details	67
Regionale Statistik	81

Zentralinstitute	93
------------------	----

Wirtschaftliche Entwicklung	111
-----------------------------	-----

Wirtschaft in Zahlen	112
----------------------	-----

Konjunktur 2021	119
-----------------	-----

Finanzmärkte	129
--------------	-----

Vorwort des Vorstandes

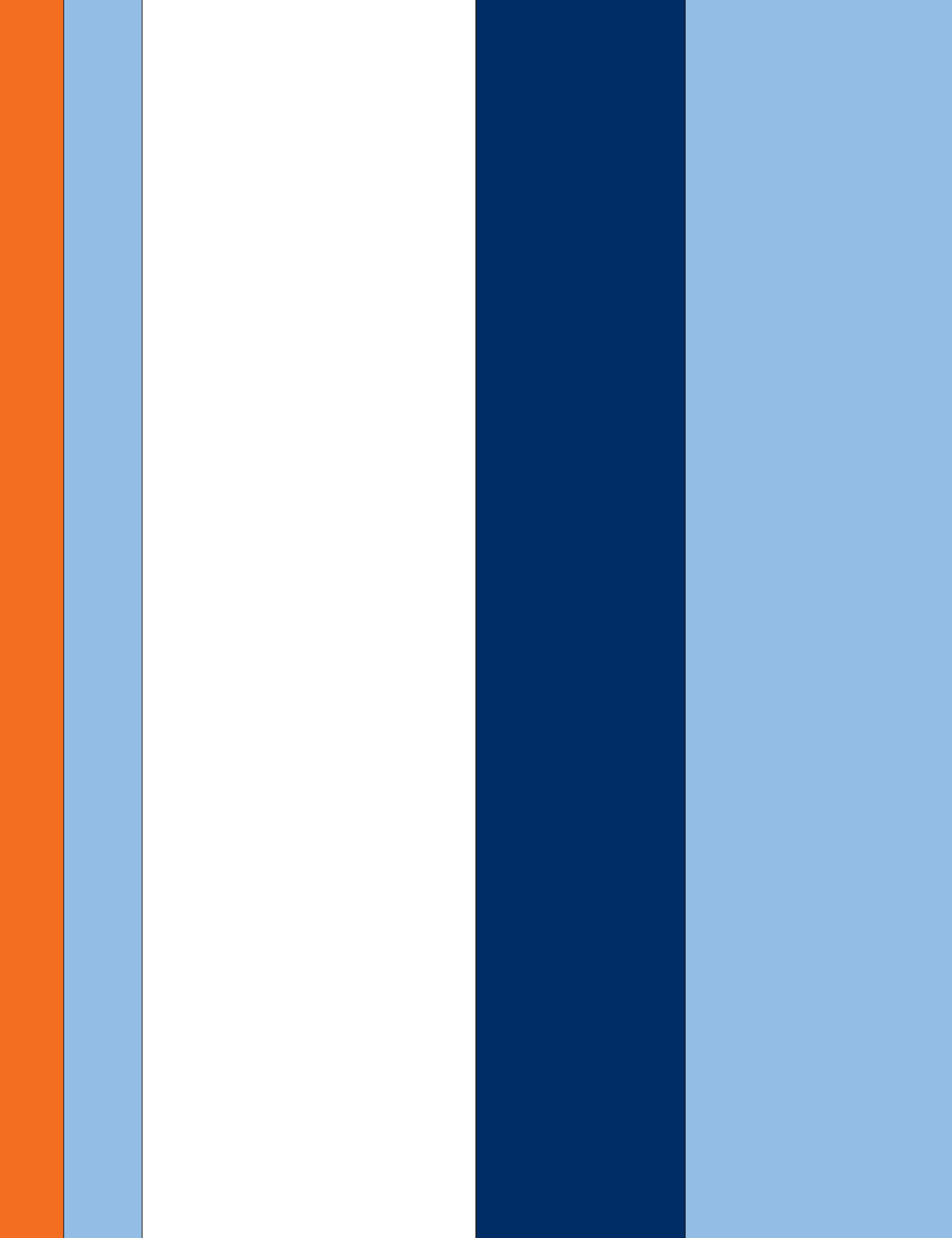
1972 war das Jahr des genossenschaftlichen Miteinander. 100 Jahre lang waren zuvor Banken aus zwei voneinander unabhängigen genossenschaftlichen Gruppen parallel am Markt unterwegs. Volksbanken und Raiffeisenbanken taten sich schließlich zusammen und gründeten den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Die daraus folgende Kooperation machte die Genossenschaftsbanken zum einflussreichen Player am deutschen Bankenmarkt – mit heute über 30 Millionen Kundinnen und Kunden, von denen 18,2 Millionen als Mitglieder Geschäftsanteile halten. Heute bildet die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken eine der kapitalstärksten Bankengruppen Europas.

Die 772 deutschen Genossenschaftsbanken erwirtschafteten auch 50 Jahre später dank ihres lebhaften Kundengeschäfts wieder ein sehr solides Ergebnis. Wachstum bei Krediten, Einlagen und im Vermittlungsgeschäft führten im Jahr 2021 zu einem Jahresüberschuss vor Steuern von 7,7 Milliarden Euro. Über alle Kundengruppen hinweg erhöhten die Genossenschaftsbanken ihre Kreditbestände um 6,9 Prozent auf 710 Milliarden Euro. Die Kundeneinlagen wuchsen um 5,4 Prozent auf 833 Milliarden Euro. Auch ihre Eigenkapitalbasis stärkten sie weiter. Das macht die Genossenschaftsbanken noch resilienter gegen mögliche wirtschaftliche Belastungen.

Doch wirtschaftliche Belastungen treten in den Hintergrund vor dem andauernden brutalen und völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine. Unsere Gedanken sind bei den betroffenen Menschen. Über ein breites genossenschaftliches Spendenbündnis konnten wir mit bisher 1,5 Millionen Euro die Hilfsaktionen des Deutschen Roten Kreuzes direkt unterstützen. Und auch darüber hinaus stehen wir als Banken geschlossen an der Seite der Bundesregierung und der Europäischen Union, auch wenn es um Sanktionen als Reaktion auf den Angriff Russlands geht. Natürlich treffen viele Sanktionen auch hierzulande Unternehmen unvorbereitet. Das jetzt von der Bundesregierung vorgesehene Hilfspaket für Unternehmen ist daher richtig und wichtig.

Auch die Volksbanken und Raiffeisenbanken unterstützen ihre mittelständischen Kundinnen und Kunden in dieser herausfordernden Situation umfassend und stehen ihnen als zuverlässiger Partner zur Seite. „Für einander. Für morgen“ – lautet unser Jubiläumsmotto. Daran wollen wir auch unser zukünftiges Wirken ausrichten.

Marija Kolak
Dr. Andreas Martin
Daniel Quinten



Unser Jahr in Bildern



Corona ohne Ende: Auch das Jahr 2021 stand ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. So fanden auch die Veranstaltungen des BVR sowie der Volksbanken und Raiffeisenbanken vornehmlich an den Bildschirmen oder vor der Kamera statt. Ausschließlich digitale Veranstaltungen wechselten sich mit sogenannten hybriden Formaten ab. Nur selten waren echte Begegnungen möglich.

76. BANKWIRTSCHAFTLICHE TAGUNG DER VOLKSBANKEN UND RAIFFEISENBANKEN





76. Bankwirtschaftliche Tagung, 10. Juni 2021, Berlin: Ein wesentlicher Programmpunkt der Veranstaltung waren – so kurz vor den anstehenden Bundestagswahlen – die Videobotschaften der Spitzenkandidaten der Parteien, neben Armin Laschet (CDU), Christian Lindner (FDP), Dr. Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) richtete auch der SPD-Spitzenkandidat und nun amtierende Bundeskanzler Olaf Scholz einige Worte an das genossenschaftliche Publikum.



76. Bankwirtschaftliche Tagung, 10. Juni 2021, Berlin: Genossenschaftlich Zukunft gestalten – BVR-Vorstand Dr. Andreas Martin blickte gemeinsam mit einigen Spitzenvertretern der genossenschaftlichen FinanzGruppe auf die Strategieagenda, ihren Umsetzungsstand und auf die Ziele, die damit verfolgt werden.



Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken

Nachhaltigkeit – Wie nehmen wir genügend Fahrt auf?



„Nachhaltigkeit – Wie nehmen wir genügend Fahrt auf?": BVR-Vorstand Gerhard Hofmann ging in seinem Impulsvortrag auf der 76. Bankwirtschaftlichen Tagung auf die Herausforderungen und Chancen ein, die dieses wichtige Thema mit sich bringt. Zudem skizzierte er die nächsten Schritte, die nun für die genossenschaftliche FinanzGruppe – von einer guten Ausgangsposition aus – zu gehen sind.



Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken

BVR-Mitgliederversammlung 11. Juni 2021



BVR-Mitgliederversammlung, 11. Juni 2021, Berlin: Auch die Mitgliederversammlung des BVR fand im vergangenen Jahr pandemiebedingt digital statt. Dr. Veit Luxem, Vorsitzender des BVR-Verbandsrats sowie des BVR-Verwaltungsrats führte durch die Veranstaltung. Der BVR-Vorstand erntete dabei große Zustimmung für die geleistete Arbeit des Verbandes und für den eingeschlagenen Weg Richtung Zukunft.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2021

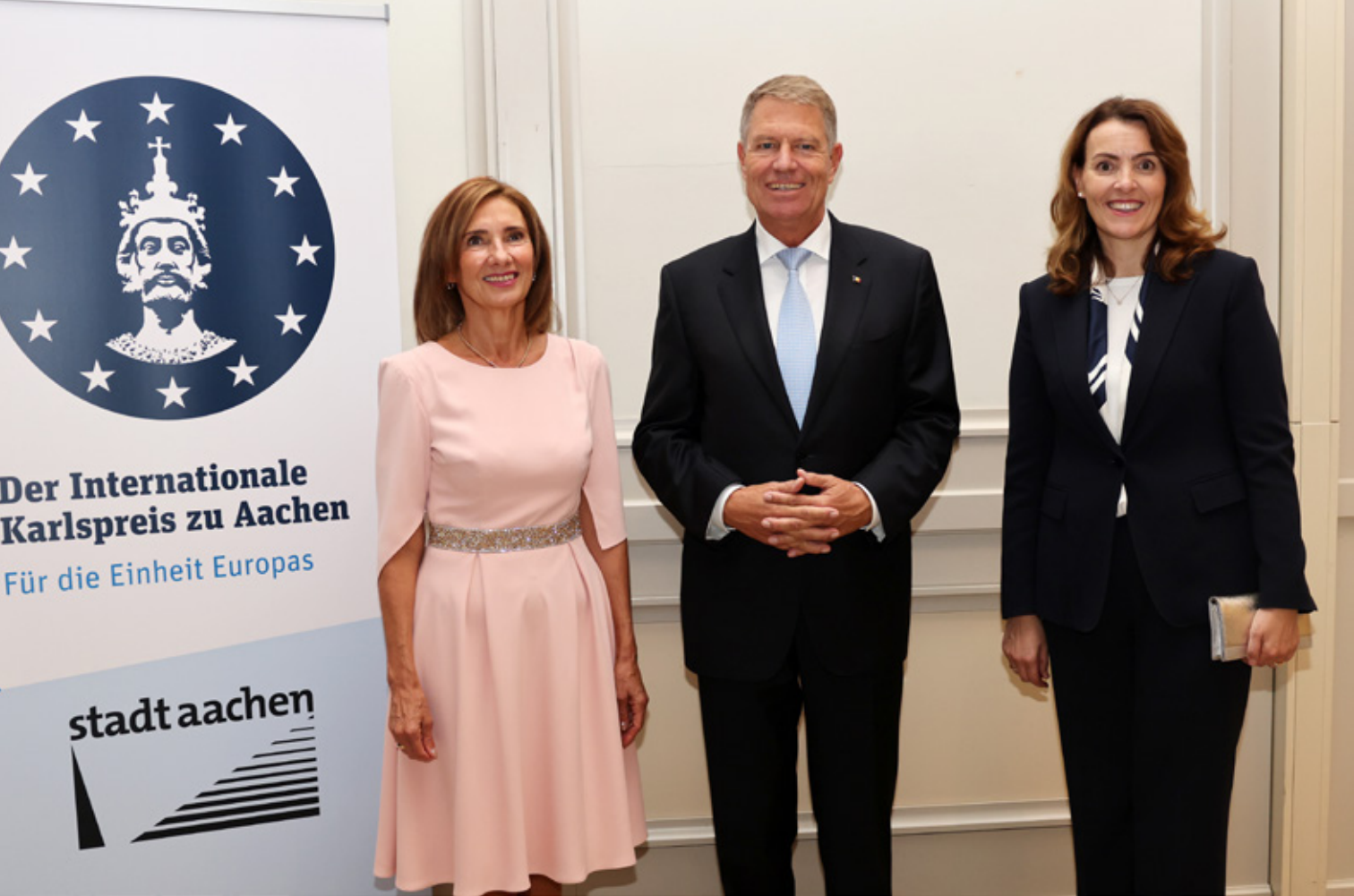


BVR-Mitgliederversammlung, 11. Juni 2021, Berlin (von links): BVR-Vorstand Gerhard Hofmann, BVR-Präsidentin Marija Kolak, BVR-Vorstand Dr. Andreas Martin sowie der Vorsitzende des BVR-Verbandrats und BVR-Verwaltungsrats Dr. Veit Luxem.



Finanzpolitischer Schlagabtausch auf der 76. Bankwirtschaftlichen Tagung am 10. Juni 2021 in Berlin: Inmitten des Endspruchs des Bundestagswahlkampfes tauschten vor 800 Zuhörerinnen und Zuhörern Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker ihre Positionen zu Bankenaufsicht, Regulierung und Einlagensicherung aus. Mit dabei: Dr. Florian Toncar (FDP), die jetzige Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen), Antje Tillmann (CDU/CSU) und Lothar Binding (SPD).







Beim Europa-Forum, das in Verbindung mit der Verleihung des Karlspreises Anfang Oktober 2021 in Aachen stattfand, diskutierte BVR-Präsidentin Marija Kolak (links) unter anderem mit der früheren Präsidentin der Republik Litauen und Karlspreisträgerin 2013, Dr. Dalia Grybauskaitė, über die Herausforderungen und Perspektiven für das Europa von morgen. „Mit neuem Gestaltungsmut – aus der Krise zu neuem Wachstum“ lautete das Motto. Mit einem schon in wenigen Monaten bevorstehenden Krieg in der Ukraine – mitten in Europa – hatte zu diesem Zeitpunkt wohl niemand gerechnet.





Januar 2022, Verleihung der „Großen Sterne des Sports“ in Gold 2021: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier höchstpersönlich nahm die Preisverleihung vor und gratulierte den Siegerinnen und Siegern aus Halle (Saale), Berlin, Hückelhoven und Cochem.



Auch die Verleihung der „Großen Sterne des Sports“ musste vorrangig digital durchgeführt werden. Als Gratulantin und Gratulanten vor der Kamera (von links): Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, BVR-Präsidentin Marija Kolak und Thomas Weikert, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB).



Für morgen: Gleich zu Beginn des Jahres unterzeichnete BVR-Präsidentin Marija Kolak für die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken die sogenannte Unterstützererklärung („Stakeholder Endorsement“) zu den Prinzipien der Vereinten Nationen (UN) für ein verantwortliches Bankwesen. Die Prinzipien wurden von der Finanzinitiative des Umweltprogramms der UN in Zusammenarbeit mit Banken entwickelt und sollen als Rahmen dienen, um die UN-Nachhaltigkeitsziele und die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.



Um den Menschen in den von der Hochwasserkatastrophe 2021 betroffenen Regionen zu helfen, stellten die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die DZ BANK Gruppe der THW-Bundesvereinigung eine Spende von 1,25 Millionen Euro zur Verfügung. Einen Großteil davon nutzte das THW zur Anschaffung von drei temporären Fußgänger- und Autobridgen im Ahrtal. Als erste Brücke wurde dabei, wie hier im Foto zu sehen, eine Fußgängerbrücke in Bad Neuenahr-Ahrweiler eingeweiht.



Ein neues Jahr, ein neues Gesicht: Als neues Vorstandsmitglied verstärkt seit Anfang 2022 Daniel Quinten den Vorstand des BVR. Daniel Quinten folgt auf Gerhard Hofmann, der im Februar 2022 auf eigenen Wunsch aus dem BVR-Vorstand ausschied.



Themen



Frieden!
Der Ukraine-Krieg
und die Folgen

Der Krieg in der Ukraine – mitten in Europa – hat den Blick für das, was wichtig ist und wonach die Länder Europas seit zehn Jahrzehnten streben, geschärft: Zusammenhalt und – zuvorderst – Frieden. Hier stehen die Staaten Europas und darüber hinaus vor gewaltigen geopolitischen und auch wirtschaftlichen Aufgaben, vor allem aber vor einer menschlichen Tragödie, wie man sie sich seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr vorstellen mochte.

Eine menschliche Tragödie

Der durch nichts zu rechtfertigende Angriff Wladimir Putins auf die Ukraine und das dadurch ausgelöste Leid machen fassungslos. Noch vor ein paar Monaten hatte wohl kaum jemand einen solchen Angriffskrieg in Europa für ein realistisches Szenario gehalten.

Wir erleben eine große, beeindruckende Welle der Hilfsbereitschaft. Auch die 772 Genossenschaftsbanken in Deutschland mit ihren über 135.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern engagieren sich bei der Arbeit und auch im Ehrenamt, um den Geflüchteten zu helfen.

Große genossenschaftliche Spendenaktion

Schnell haben die Genossenschaftsbanken unter der Federführung des BVR eine gemeinsame Spendenaktion ins Leben gerufen, mit der die Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe zusammen mit den genossenschaftlichen Regionalverbänden, den Genossenschaften der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft und den gewerblichen Genossenschaften und Verbundgruppen über 1,5 Millionen Euro bereitstellen.

Neben den ganz praktischen Dingen des Alltags benötigen die in Deutschland eintreffenden Flüchtlinge dringend Zugang zu Bankdienstleistungen und Bargeld. Deshalb ist es gut und zielführend, dass das Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf die drängende Bitte der Deutschen Kreditwirtschaft die ukrainische Identity Card sowie weitere ukrainische Ausweisdokumente (wie den „Bürgerausweis“) zusammen mit einem Dokument einer deutschen Behörde als

Identifikationsdokumente bei der (Basis-) Kontoeröffnung zugelassen haben. Überdies hat sich das Bundesministerium der Finanzen gemeinsam mit der Deutschen Kreditwirtschaft auf ein gemeinsames Eckpunktepapier zum Währungstausch für ukrainische Flüchtlinge verständigt. Grundlage dafür ist die von der Europäischen Kommission am 1. April 2022 herausgegebene Empfehlung an die EU-Mitgliedsstaaten. Demnach kann jeder volljährige Kriegsflüchtling vom 18. Mai 2022 bis zum 19. August 2022 in Deutschland einen Währungstausch bis zu 10.000 UAH Bargeld in Euro vornehmen. Die freiwillig teilnehmenden Geschäftsbanken der Kreditwirtschaft in Deutschland führen den Umtausch in der Regel in Verbindung mit einer Kontoeröffnung durch.

Angemessene EU-Sanktionen

Politisch betrachtet hat die EU mit einer starken gemeinsamen Antwort auf den Angriffskrieg Russlands ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Das ist wichtig und richtig. Schließlich geht es um nichts Geringeres als die Wiederherstellung des Friedens in Europa. In enger Abstimmung mit ihren Partnern, wie den USA und Großbritannien, verhängte die EU in kürzester Zeit weitreichende, beispiellose, aber auch angemessene Sanktionen gegen Russland und Weißrussland. Das weitgehende Abkoppeln Russlands vom Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie der Rückzug ausländischer Investoren zeigen: Die Phase der unbeschwerten Globalisierung ist endgültig vorbei.

Von Staaten, die die Menschenrechte und das Völkerrecht missachten, darf Deutschland nicht abhängig sein.

Erhebliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaft

Ganz klar: Die wirtschaftliche Betroffenheit durch die Sanktionen darf angesichts des großen Leids in den Kriegsgebieten nicht der entscheidende Faktor sein. Für die Genossenschaftsbanken sind die ökonomischen Folgen derzeit noch vergleichsweise überschaubar, mit weiteren Verschärfungen der Sanktionen jedoch werden sich diese in den Büchern der Banken immer deutlicher niederschlagen. Ihren vielen mittelständischen Kundinnen und

Kunden stehen die Banken in dieser herausfordernden Situation als zuverlässige Partner zur Seite. Der BVR hält daher engen Kontakt zu den zuständigen Bundesministerien, der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Kommission. Alle zentralen Dienstleister der genossenschaftlichen FinanzGruppe stimmen ihre Unterstützungsleistungen laufend eng miteinander ab.

Schließlich haben die stark steigenden Energiepreise und die damit verbundenen Kostensteigerungen, die wegfallenden Importe und Exporte sowie die Ungewissheit über den Fortgang des Kriegs in der Ukraine erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft. Die Inflation wird höher ausfallen. Das Wachstum wird gedämpft. Von einem Anstieg der Verbraucherpreise um rund sechs Prozent im Jahresdurchschnitt ist derzeit auszugehen. Im Falle eines Gasembargos würden sich die negativen Auswirkungen auf Konjunktur und Inflation nochmals verstärken. Mit einem Abschied von den Minuszinsen noch in diesem Jahr würde die Europäische Zentralbank zeigen, dass sie der hohen Inflation entschlossen entgegentritt.

Entlastungen für Unternehmen sind nötig

Unternehmensseitig ist im laufenden Jahr von einem Anstieg der Insolvenzen auszugehen. Durch den Ukraine-Krieg hat sich das Konjunkturmilieu deutlich verschlechtert. Viele Unternehmensbilanzen waren dabei bereits durch die Corona-Krise geschwächt. Auch Unternehmen mit gesundem Geschäftsmodell sind zum Teil existenziell bedroht. Deshalb sind insbesondere für stark von gestiegenen Energiepreisen und Lieferkettenproblemen betroffene mittelständische Unternehmen Entlastungen nötig. Hilfen nach dem Gießkannenprinzip sollten dabei aber vermieden werden, um die Finanzpolitik nicht zu überfordern.

Dringend geboten sind weitere Entlastungen von den Energiekosten, etwa durch eine vorübergehende Senkung der Stromsteuer. Hilfreich für die betroffenen Unternehmen sind die Sonderförderkreditprogramme der öffentlichen Förderkreditinstitute mit umfangreicher Haftungsfreistellung. Auch könnte den Unternehmen im Rahmen des Verlustvortrages ein Rücktragzeitraum von drei statt bisher zwei Jahren gegeben werden, um krisenbedingt erlittene Verluste besser mit künftigen Steuerzahlungen verrechnen zu können.



Damit Morgen
kommen kann.
Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit mit ihren drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales gehört zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die dramatischen Folgen des Klimawandels sind bereits heute – auch in unseren Breiten – spürbar. Um ihn zu bremsen und auf ein verträgliches Niveau zu begrenzen, ist eine weitreichende Transformation unserer Wirtschaft – weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren und regenerativen Alternativen – notwendig. Dies ist auf europäischer und bundespolitischer Ebene parteiübergreifend Konsens.

Das Ziel der nachhaltigen Transformation der europäischen Volkswirtschaften bleibt gerade im Umfeld der heutigen Krisen hochrelevant. Der Krieg in der Ukraine unterstreicht diese Notwendigkeit.

Finanzwirtschaft: Entscheidende Rolle

Die Finanzbranche spielt in diesem Transformationsprozess eine entscheidende Rolle. Denn: Es bedarf hoher Investitionen der Wirtschaft, um den Wandel entsprechend zu gestalten. Eine Vielzahl an Initiativen auf europäischer und bundespolitischer Ebene beschäftigt sich derzeit mit der noch tieferen und stärkeren Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in den Finanzmarkt. Zahlreiche Wettbewerber der Finanzbranche haben sich bereits aktiv zum Thema Nachhaltigkeit positioniert.

Genossenschaftsbanken: Besondere Verantwortung

Die Genossenschaftsbanken in Deutschland sehen sich schon aufgrund ihrer genossenschaftlichen Werte in einer besonderen Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit in allen Dimensionen. Sie wollen aktiv ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Das betrifft sowohl den eigenen ökologischen Fußabdruck als auch die Unterstützung der Privat- und Firmenkunden auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit.

Die Institute betrachten es dabei als Chance, die individuellen Wünsche ihrer Kundinnen und Kunden zur Nachhaltigkeit auch im Rahmen ihrer Anlageberatung zielgenau zu berücksichtigen.

Stabilität ist unerlässlich

Auch in schwierigen Zeiten waren und sind die Genossenschaftsbanken – das zeigen die Geschäftszahlen und die jüngste Entwicklung erneut – ein verlässlicher Partner. Ertragsstark und mit einer soliden Eigenmittelbasis ausgestattet sorgen sie auch in der derzeit schwierigen konjunkturellen Lage für Stabilität und Leistungsstärke im deutschen Finanzsektor.

Dies ist unerlässlich. Erst recht, wenn es nun darum geht, die Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Klimaneutralität mit nachhaltigen Finanzierungen zu unterstützen und Deutschland unabhängiger von fossilen Energien zu machen.

Bürokratieaufbau vermeiden

Ein verlässlicher politischer Rahmen und Anreizmechanismen werden den wachsenden Markt für nachhaltige Finanzprodukte weiter fördern. Allerdings sollte dabei ein Bürokratieaufbau – wie er im Zuge einiger Vorhaben der EU-Nachhaltigkeitsagenda zu befürchten ist – dringend vermieden werden. Schon jetzt hat sich die so wichtige EU-Taxonomie angesichts ihrer Komplexität zu einem Koloss entwickelt und scheint kaum umsetzbar.

Sowohl Privatpersonen als auch die Real- und Finanzwirtschaft brauchen – im Zuge der Weiterentwicklung der ökologischen Taxonomie und ihrer eventuellen Ergänzung um eine soziale Taxonomie – ein praktikables und akzeptiertes Regelwerk. Dafür sind insbesondere zu Beginn Umsetzungsspielräume und -prinzipien wichtig, die die Akzeptanz sicherstellen und verhindern, dass die guten Absichten durch eine unüberschaubare Detailfülle konterkariert werden.

Biodiversität, Waldpflege, E-Mobilität

Die Genossenschaftsbanken in Deutschland stehen definitiv bereit, die nachhaltige Transformation der Volkswirtschaft Richtung Nachhaltigkeit zu unterstützen und zu begleiten. Zugleich leisten sie selbst bereits einen großen Beitrag zur Nachhaltigkeit – und dies in allen Bereichen. Über 150 Millionen Euro lassen die Genossenschaftsbanken Jahr für Jahr der Gesellschaft an freiwilligen Spenden und Sponsoring zukommen. Mit über 350 Millionen Euro engagieren sie sich in Stiftungen. Gezielt unterstützen sie damit vermehrt auch nachhaltige Anliegen und Projekte wie die Förderung der Biodiversität, Waldpflege und Waldprojekte oder auch die Unterstützung von E-Mobilität in ihren Regionen. Beispiele für dieses lebhaftes, innovative und zielführende Engagement sind auf dem zentralen Engagementportal der Genossenschaftsbanken in Deutschland zu finden:

www.vielefuerviele.de

**viele
für
viele**

Volksbanken
Raiffeisenbanken 

Klima-Initiative „Morgen kann kommen“

Frisch gestartet ist zudem die neue Klima-Initiative der Volksbanken und Raiffeisenbanken „Morgen kann kommen“. Dort werden Klimaschutzprojekte der Volksbanken und Raiffeisenbanken gebündelt und um bundesweite Maßnahmen ergänzt. Im Mittelpunkt stehen dabei in den nächsten Jahren unter anderem zwei bundesweite Waldprojekte, die zusammen mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) e.V. und der Stiftung Zukunft Wald (SZW) umgesetzt werden. Den Auftakt macht das Baumpflanzprojekt „Wurzeln“ in Partnerschaft mit der SDW. Das Ziel: bis 2024 eine Million Bäume in Deutschland pflanzen.

Im nächsten Schritt der Klima-Initiative steht die Bildung rund um das Thema Klimaschutz im Fokus. Verschiedene pädagogische Angebote für Jung und Alt sollen für den Schutz des Klimas sensibilisieren. So schlägt zum Beispiel das Projekt „Schulwälder“ den Bogen zu Schulen und macht für Kinder und Jugendliche den nachhaltigen Umgang mit unserem Ökosystem spielerisch erlebbar. Gemeinsam mit der Stiftung Zukunft Wald sollen Schulwälder entstehen, die örtliche Schulen als grünes Klassenzimmer nutzen können. Dabei werden bislang unbepflanzte Flächen neu bewaldet. Weitere Informationen zur Klima-Initiative „Morgen kann kommen“ unter:

klima-initiative.vr.de



Füreinander.
Für morgen.
50 Jahre BVR

Das Jahr 2022 ist für den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) ein Jubiläumsjahr. Vor 50 Jahren, am 3. Januar 1972 nahm der BVR in Bonn seine Arbeit auf – und mit ihr auch die Zusammenarbeit in der Genossenschaftlichen Finanz-Gruppe Volksbanken Raiffeisenbanken in ihrer jetzigen Form.

Jüngster Verband, älteste Geschichte

Der BVR ist damit der jüngste Verband der Deutschen Kreditwirtschaft. Zugleich ist er der Verband mit der ältesten Geschichte. Denn: Er basiert er auf einem der ältesten Wirtschaftsverbände Deutschlands. Die Wurzeln dafür wurden bereits 1859 auf dem Vereinstag deutscher Spar- und Vorschussvereine in Weimar gelegt, als dort die Einrichtung eines Centrankorrespondenzbureaus der deutschen Vorschuss- und Kreditvereine beschlossen wurde. Die größte Kontinuität haben dabei die Mitglieder des BVR: die Genossenschaftsbanken. Als Graswurzelbewegung waren sie seit Mitte des 19. Jahrhunderts demokratische Leuchttürme in einem Deutschland, das seinerzeit politisch und ökonomisch autokratisch gesteuert wurde.

Immer in Bewegung

Trotz seiner noch jungen Geschichte haben sich in den vergangenen fünf Jahrzehnten Rolle, Struktur und Ausrichtung des BVR stetig den Zeitläufen und ihren Erfordernissen angepasst. Treiber war dabei stets der Blick auf das Wohl und die Position der Mitgliedsinstitute, der Genossenschaftsbanken in Deutschland. Der Fokus: Was wird morgen wichtig sein? Wie können sich die Genossenschaftsbanken darauf einstellen? Welche Unterstützung brauchen sie dafür?

Seit Beginn fördert und vertritt der BVR fachlich, politisch und wirtschaftlich die Interessen sämtlicher Genossenschaftsbanken in Deutschland. Dabei ist er weit mehr als bloße Interessenvertretung: Von Anfang an ist er die Stabsstelle des Verbundes. Mit seiner Gründung werden die Weichen langfristig auf Wachstum gestellt und die Volksbanken und Raiffeisenbanken avancieren gemeinsam, neben den Sparkassen und den Privatbanken, zur dritten großen Kraft im deutschen Finanzwesen.

Strategie, Marke, Stabilität

Für seine Mitgliedsinstitute erfüllt der BVR essenzielle Funktionen. Er ist zuständig für die strategische Markenführung und für die gemeinsame Werbe- und Kommunikationsstrategie. Als Träger der Sicherungseinrichtung garantiert er die Stabilität seiner Mitgliedsbanken und stärkt damit das Vertrauen in sie. Zudem gibt er wichtige Impulse und treibt die strategische Weiterentwicklung der Gruppe voran.

Addierte Bilanzsumme knackt Billionen-Grenze

Die Entwicklung der Genossenschaftsbanken in Deutschland seit der Gründung des BVR liest sich in diesem Zusammenhang als eine Erfolgsgeschichte. Aus anfangs 6,2 Millionen Mitgliedern werden bis heute über 18 Millionen. Insgesamt vertrauen im Jahr 2022 rund 30 Millionen Kundinnen und Kunden ihrer Kreditgenossenschaft. Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken steigt von Ende 1970 bis Ende 2020 um das 30-Fache. 2020 liegt sie erstmals bei über 1 Billion Euro.

Auch die Marktanteile wachsen stetig. Nicht zuletzt die jüngsten Geschäftszahlen belegen dies eindrucksvoll (siehe auch Seite 49 ff.). Immer mehr Menschen verwirklichen mit Unterstützung der Genossenschaftsbanken in Deutschland ihren Traum vom Eigenheim. Zahlreiche Unternehmen, Handwerksbetriebe, Landwirte und Freiberufler wirtschaften mit Unterstützung und Förderung der genossenschaftlichen Institute, die sie als verlässliche Partner an ihrer Seite wissen.

Im Mittelpunkt: Die Genossenschaftsbanken

Im Mittelpunkt standen und stehen dabei – auch 50 Jahre nach Gründung des BVR – die 772 Genossenschaftsbanken in Deutschland. Sie sind der Schlüssel für den gemeinsamen Erfolg. Tief verwurzelt in ihren Regionen fördern sie mit der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe und über 135.000 hoch qualifizierten und motivierten Kolleginnen und Kollegen die stetige positive Entwicklung. Gemeinsam wachsen sie – mit dem BVR als Moderator, Impulsgeber und starker Stimme – hinein in die nächsten 50 Jahre.

Füreinander. Für morgen.

„Füreinander. Für morgen“ lautet das Motto für das Jubiläumsjahr. Dies ist zugleich auch die Losung für das Selbstverständnis und die Art des Zusammenwirkens im BVR und mit dem BVR. Denn: Der Blick geht nach vorn, damit die Genossenschaftsbanken auch künftig, auch morgen ihre starke, stabile, vertrauensvolle Rolle innehaben und ausfüllen können. Die Digitalisierung schreitet im Eiltempo voran, gesellschaftliche Transformationen folgen auf dem Fuße, Kundenverhalten und Kundenerwartungen verändern sich rasant. Miteinander, vor allem auch füreinander geht es immer weiter voran – im Sinne der gemeinsamen genossenschaftlichen Sache.

Es gilt, ausgerichtet an der eigenen Stärke und den besonderen Alleinstellungsmerkmalen der Genossenschaftsbanken eigene Positionen zu definieren und auszuloten, Potenziale zu erkennen und zu nutzen sowie die Chancen zu ergreifen, die sich dabei für die Genossenschaftsbanken in Deutschland ergeben.

Mit allen vernetzt. Für alle da.

Der BVR ist für all dies – auch für die nächsten Jahrzehnte – das gemeinsame Dach der so vielfältigen, resilienten und stabilen Organisation der Genossenschaftsbanken in Deutschland. Mit allen vernetzt. Für alle da. Mit Blick auf die Welt von morgen und mit Blick auf die Aufgaben, die sich daraus ergeben: ökologischer Umbau, Digitalisierung, niedriges Leitzinsniveau, Konjunkturrisiken und vieles mehr.

#50JahreBVR

Alle Aktivitäten, Veröffentlichungen, Filme, Fotos und Grußworte zu #50JahreBVR bündelt der BVR auf einer eigenen Jubiläumsseite und sie sind natürlich auch das gesamte Jahr hindurch über die Social-Media-Kanäle des BVR zu verfolgen: #50JahreBVR.

50jahre.bvr.de





Ergebnisse 2021

6,9

6,9 Prozent betrug der Zuwachs im Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken. Er erreichte 2021 eine neue Rekordmarke. Insgesamt gaben die Genossenschaftsbanken per Ende 2021 Kredite in Höhe von 710 Milliarden Euro heraus. So erwiesen sie sich auch in schwierigen Zeiten als zuverlässige Partner.

833

833 Milliarden Euro: Die Genossenschaftsbanken in Deutschland steigerten ihre Kundeneinlagen per Dezember 2021 um 43 Milliarden Euro (5,4 Prozent) auf 833 Milliarden Euro. Treiber dieses starken Zuwachses: die täglich fälligen Verbindlichkeiten. Sie steigen um 45 Milliarden Euro (8,0 Prozent) auf 606 Milliarden Euro.

The image shows the number '7,7' in a stylized, blue, sans-serif font. The digits are composed of thick, solid blue strokes. The comma is a small, blue, slanted parallelogram shape positioned between the two digits.

7,7 Milliarden Euro: Diese Summe erreichte im Jahr 2021 der Jahresüberschuss vor Steuern der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und genossenschaftlichen Spezialinstitute. Aufgrund der allgemeinen Marktentwicklung wird die Ertragslage vor allem durch die Steigerung der Erträge und das rückläufige Bewertungsergebnis positiv beeinflusst.

59 Milliarden Euro: Den Genossenschaftsbanken gelang es im Jahr 2021, das bilanzielle Eigenkapital um 4,7 Prozent auf 59 Milliarden Euro zu steigern. Die Rücklagen legten um 3,1 Prozent auf 44 Milliarden Euro zu. Die Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) wuchsen um 9,6 Prozent auf 15 Milliarden Euro. Mit dieser Eigenkapitalausstattung verfügen die Genossenschaftsbanken über ausreichende Wachstumsspielräume, um den Kreditwünschen der Privat- und Firmenkunden gleichermaßen gerecht zu werden.

59

1,5

1,5 Milliarden Euro beträgt die Höhe der durchschnittlichen Bilanzsumme einer jeden Genossenschaftsbank. Die kräftig um 6,5 Prozent gestiegene (aggregierte) Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken bei Abnahme der Zahl der Genossenschaftsbanken auf 772 führte zu diesem kräftigen Anstieg. Die Spannweite reicht dabei von 20 Millionen Euro für die kleinste bis zu knapp 70 Milliarden Euro für die größte Bank.

772

Der Konsolidierungsprozess unter den Instituten setzte sich leicht beschleunigt fort. Die Zahl der selbstständigen Genossenschaftsbanken lag Ende 2021 bei 772 Banken. Sie sank fusionsbedingt um 42 Institute (5,2 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr.

8.074 Bankstellen: Die anhaltende Corona-Pandemie wirkte sich auch stark auf das Kundennutzungsverhalten aus. Begleitet wurde dies von einem Strukturwandel bei den personenbesetzten Zweigstellen. Die Zahl der Bankstellen (Hauptstellen plus personenbesetzte Zweigstellen) sank um 492 (5,7 Prozent) auf 8.074 Bankstellen. Die Zahl der Zweigstellen sank um 450 auf 7.302. Das ist ein Rückgang um 5,8 Prozent.

8.074

1,9 Milliarden Euro: Im Geschäftsjahr 2021 erwirtschafteten die Genossenschaftsbanken einen vorläufigen Jahresüberschuss nach Steuern von 1,9 Milliarden Euro und 0,17 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme.

1,9

Das Nachsteuerergebnis liegt damit deutlich über dem Vorjahresniveau. Wie bereits in den Vorjahren wurde auch im Jahr 2021 eine starke Dotierung der §-340g-HGB-Reserven vorgenommen.

16,5 Milliarden Euro erreichte der Zinsüberschuss im Jahr 2021. Dabei erfolgte eine Wende. Trotz des weiterhin niedrigen Zinsumfelds stieg der Zinsüberschuss um 3,0 Prozent. Mit einem Anteil von 73 Prozent blieb er die wichtigste operative Ertragsquelle der Genossenschaftsbanken. Während der Zinsüberschuss stieg, reduzierte sich die Zins-spanne auf 1,49 Prozent (2020: 1,56 Prozent).

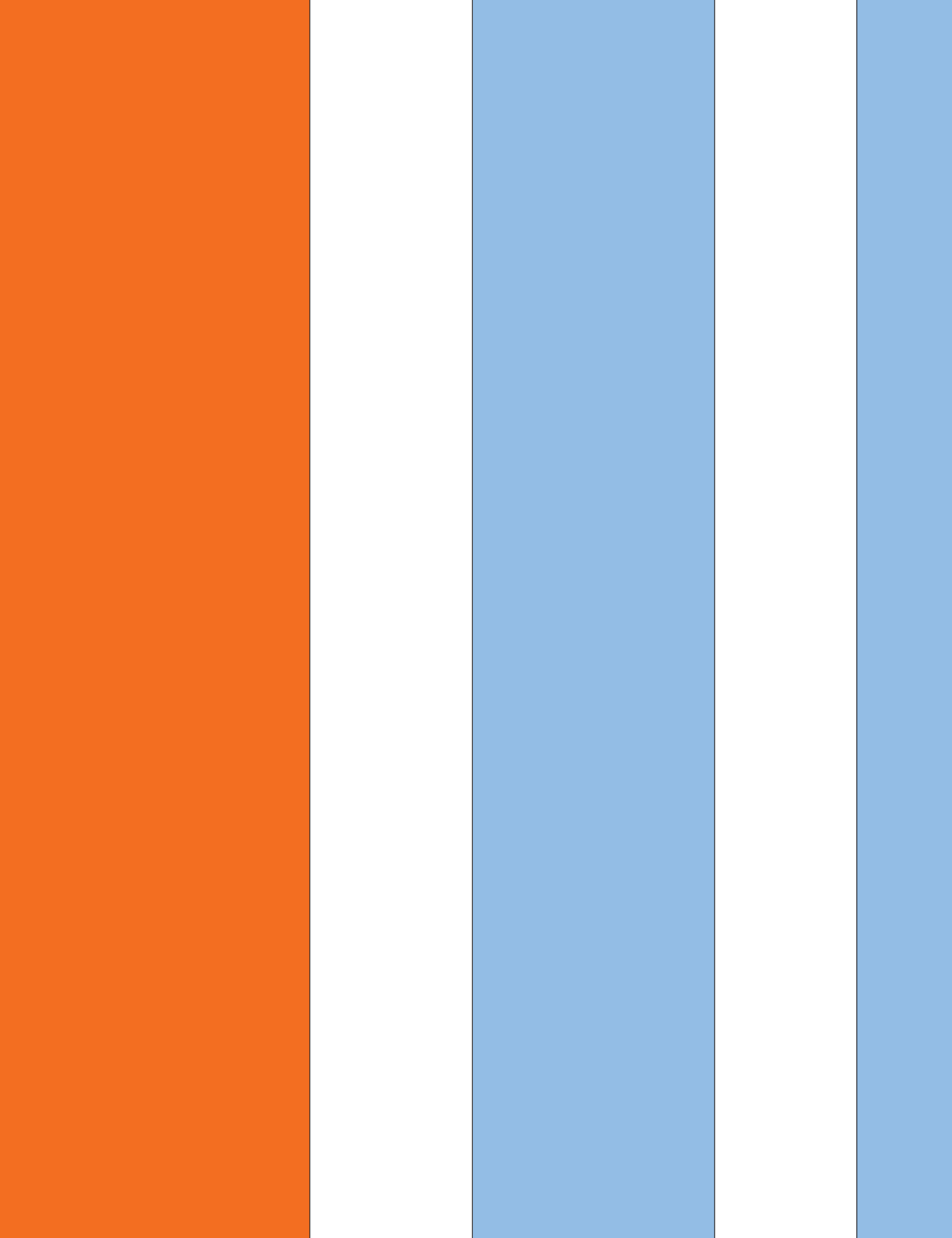
16,5

3,4

3,4 Prozent: Im Jahr 2021 haben die Genossenschaftsbanken im Durchschnitt eine Dividende in Höhe von 3,4 Prozent an ihre 18,2 Millionen Mitglieder ausgeschüttet. Diese Dividende liegt um 0,8 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert von 2,6 Prozent.

6,0 Milliarden Euro erreichte der Provisionsüberschuss: Er wirkte weiterhin stabilisierend auf die Ertragslage. Er stieg um 5,7 Prozent. In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme sank die Provisionsspanne von 0,55 Prozent 2020 auf 0,54 Prozent im Jahr 2021. Die Haupterlösquellen waren der Zahlungsverkehr und das Vermittlungsgeschäft mit den Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

6,0



Geschäfts- entwicklung 2021

Trotz Corona: Wachstum im Kundengeschäft bleibt hoch

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland stand auch 2021 im Zeichen der Corona-Pandemie. Insgesamt erholte sich die deutsche Wirtschaft aber weiter von dem Konjunkturunbruch des ersten Halbjahres 2020.

Mit dem wirtschaftlichen Erholungskurs legten die 772 Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie die sonstigen Genossenschaftsbanken 2021 kräftig in allen Bereichen zu. Die bilanziellen Kundenforderungen der Genossenschaftsbanken stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 46 Milliarden Euro (6,9 Prozent) auf 710 Milliarden Euro. Auch die Kundeneinlagen legten deutlich um 43 Milliarden Euro (5,4 Prozent) auf 833 Milliarden Euro zu. Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken stieg um 6,5 Prozent auf 1.145 Milliarden Euro. Darüber hinaus erwirtschafteten die Genossenschaftsbanken einen Jahresüberschuss vor Steuern von 7,7 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs um 20,4 Prozent. Die Cost-Income-Ratio (CIR) im engeren Sinne erreichte 66,5 Prozent. 2020 lag sie bei 68,7 Prozent.

Langfristige Kredite besonders stark gefragt

Die insbesondere für die Liquidität von Unternehmen und Gewerbetunden sowie die weitere konjunkturelle Erholung dringend benötigte Kreditvergabe in Deutschland verlief auch im zweiten Pandemiejahr erfreulich. Die Kreditdaten der Genossenschaftsbanken zeigen: Die Kreditvergabe blieb seit dem Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 stabil auf einem hohen Niveau. Der Zuwachs im Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken erreichte mit 6,9 Prozent eine neue Rekordmarke (+46 Milliarden Euro). Insgesamt gaben die Genossenschaftsbanken per Ende 2021 Kredite in Höhe von 710 Milliarden Euro heraus. Die Genossenschaftsbanken erwiesen sich damit auch in schwierigen Zeiten als zuverlässige Partner.

Größere Verschiebungen und Veränderungen durch die Corona-Pandemie lassen sich im Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken zum Ende des vierten Quartals 2021 feststellen: Die kurzfristigen Kredite gingen deutlich zurück, während Kredite mit langfristigen Laufzeiten erheblich zunahmten. Die kurzfristigen Forderungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 Prozent (3 Milliarden Euro) auf 30 Milliarden Euro ab. Die langfristigen Forderungen wuchsen um 8,2 Prozent (48 Milliarden Euro) auf 639 Milliarden Euro. Bemerkenswert: Neun Zehntel der Ausleihungen haben eine langfristige Ursprungslaufzeit von über fünf Jahren. Die mittelfristigen Forderungen – ihr Anteil beträgt gut 6 Prozent der Ausleihungen – legten um nur 0,4 Prozent auf 41 Milliarden Euro zu.

Sichtguthaben deutlich im Plus – Nachfrage nach Anlageprodukten verhalten

Die Kundeneinlagen wuchsen in den vergangenen Jahren kräftig. Die ausgeprägte Liquiditätspräferenz der Kunden wegen der andauernden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der im Vergleich zu 2020 gestiegene Konsum – im Zuge der schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen – milderten den Einlagenzustrom. Die Sparquote liegt derzeit deutlich über dem Niveau vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie. Die Genossenschaftsbanken steigerten ihre Kundeneinlagen seit Dezember 2020 um 43 Milliarden Euro (5,4 Prozent) auf 833 Milliarden Euro. Treiber dieses starken Zuwachses waren die täglich fälligen Verbindlichkeiten. Diese stiegen um 45 Milliarden Euro (8,0 Prozent) auf 606 Milliarden Euro. 73 Prozent der Kundeneinlagen der Kreditgenossenschaften sind kurzfristige Sichteinlagen. Ein Grund für die weitere Verkürzung der Fristigkeiten von Kundeneinlagen besteht darin, dass Kunden nicht bereit sind, langfristige Zinsbindungen im Einlagenbereich einzugehen. Die EZB setzte ihren ultralockeren geldpolitischen Kurs im Jahr 2021 fort. Die extreme Niedrigzinsphase dürfte mit der Einleitung einer Zinswende durch die EZB in absehbarer Zeit beendet werden. Es ist mit einer Abkehr dieses Anlagetrends der Kunden zu rechnen. Der Termineinlagenbestand der Institute stieg per Ende 2021 um 1 Milliarde Euro (2,4 Prozent) auf 42 Milliarden Euro. Die Spareinlagen sanken um 3 Milliarden Euro auf 181 Milliarden Euro (1,6 Prozent). Der Bestand an Sparbriefen sank um 3,4 Prozent auf 4 Milliarden Euro.

Bilanzsumme: Über 1 Billion Euro

Die (aggregierte/addierte) Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,5 Prozent auf 1.145 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Bilanzsumme pro Institut liegt derzeit bei gut 1,5 Milliarden Euro.

Eigenkapital: Deutliches Plus

Die Genossenschaftsbanken konnten im Jahr 2021 ihr bilanzielles Eigenkapital um deutliche 4,7 Prozent auf 59 Milliarden Euro steigern. Die Rücklagen legten um 3,1 Prozent auf 44 Milliarden Euro zu. Die Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) wuchsen um 9,6 Prozent auf 15 Milliarden Euro. Mit dieser Eigenkapitalausstattung verfügen die Genossenschaftsbanken über ausreichende Wachstumsspielräume, um sowohl den Kreditwünschen der Privat- als auch der Firmenkunden künftig gerecht zu werden.

772 Genossenschaftsbanken

Der Konsolidierungsprozess unter den Instituten setzte sich gegenüber den Vorjahren leicht beschleunigt fort. Die Zahl der selbstständigen Genossenschaftsbanken lag Ende 2021 bei 772 Banken. Sie sank fusionsbedingt um 42 Institute (5,2 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr. Fast jede zehnte Bank betrieb neben dem Bankgeschäft auch das Warengeschäft. Im zurückliegenden Geschäftsjahr nahm die Zahl dieser Banken auf 67 Institute ab.

18,2 Millionen Mitglieder

Aktuell beträgt die Zahl der Mitglieder 18,2 Millionen. Im Vorjahr lag sie bei 18,4 Millionen. Das ist ein Rückgang um 243.000 (1,3 Prozent). Jede fünfte Bewohnerin beziehungsweise jeder fünfte Bewohner in Deutschland ist damit Mitglied einer Genossenschaftsbank. Um die Eigenkapitalbasis weiter zu stärken, haben die Institute teilweise begonnen, die Beteiligungsmöglichkeit der Mitglieder durch Zeichnung zusätzlicher Geschäftsanteile zu erweitern.

Zweigstellen: 7.302 Bankstellen: 8.074

Die Corona-Pandemie wirkte sich weiter einschneidend auf die Kundennutzung von Filialen aus. Kunden und Mitglieder gingen seltener persönlich in die Zweigstellen. Sie setzten stattdessen immer mehr auf die digitalen Angebote und Services. Digital-persönliches Banking im KundenServiceCenter wurde als Zugangsweg verstärkt genutzt. Die Kundenkontakte in der Filiale verminderten sich dadurch deutlich. Dies verläuft parallel zu einem grundlegenden Strukturwandel bei den personenbesetzten Zweigstellen: Die Zahl der Zweigstellen sank um 450 auf nun 7.302 Zweigstellen. Das ist ein Rückgang um 5,8 Prozent. Die Zahl der Bankstellen – Hauptstellen plus personenbesetzte Zweigstellen – sank um 492 (5,7 Prozent) auf 8.074 Bankstellen. Gleichzeitig wurden Kernfunktionen der Zweigstellen/Filialen – wie bediente Servicefunktion und Beratungsfunktion – in Filialen gestärkt. Schließlich stieg die Zahl größerer Filialen mit mehr als drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wende beim Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss der Genossenschaftsbanken erfolgte im Jahr 2021 eine Wende: Trotz des weiterhin niedrigen Zinsumfelds stieg er um 3,0 Prozent auf 16,5 Milliarden Euro. Diese positive Entwicklung speiste sich aus einer Reduktion der Zinsaufwendungen. Diese sanken mit 24,7 Prozent deutlich stärker als die Zinserträge. Mit einem Anteil von 73 Prozent blieb der Zinsüberschuss die wichtigste operative Ertragsquelle der Genossenschaftsbanken. Während der Zinsüberschuss stieg, reduzierte sich die Zinsspanne auf 1,49 Prozent (2020: 1,56 Prozent). Diese Entwicklung ist vor allem auf die starke Ausdehnung der durchschnittlichen Bilanzsumme zurückzuführen.

Provisions- überschuss stabil gewachsen

Der Provisionsüberschuss stieg um 5,7 Prozent auf 6,0 Milliarden Euro (2020: 5,7 Milliarden Euro). In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) sank die Provisionsspanne von 0,55 Prozent 2020 auf 0,54 Prozent im Jahr 2021. Haupterlösquellen waren der Zahlungsverkehr und das Vermittlungsgeschäft mit den Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Die Provisionserträge der Genossenschaftsbanken aus dem Verbundgeschäft stiegen 2021 um 15,6 Prozent auf 2,8 Milliarden Euro. Das außerbilanzielle Kundenvolumen der Genossenschaftsbanken konnte um 14,2 Prozent auf 588 Milliarden Euro gesteigert werden. Dabei verbesserte sich das außerbilanzielle Kundenkreditvolumen um 6,5 Prozent auf 115 Milliarden Euro. Die außerbilanziellen Kundenanlagen erhöhten sich stark um 16,3 Prozent auf 473 Milliarden Euro.

Moderate Kostenentwicklung

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Genossenschaftsbanken stiegen um 0,4 Prozent auf 15,0 Milliarden Euro. Dabei blieb der Personalaufwand mit 8,5 Milliarden Euro unverändert. Im Jahr 2021 beschäftigten die Genossenschaftsbanken 135.650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies sind 1,8 Prozent weniger als 2020. Damit bleibt der Rückgang auf niedrigem Niveau stabil. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 1,0 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro.

Steigerung des Betriebsergebnisses

Als Ergebnis der operativen Geschäftstätigkeit erhöhte sich das Teilbetriebsergebnis im Jahr 2021 um 11,0 Prozent auf 7,5 Milliarden Euro. Die Teilergebnisspanne stieg von 0,66 Prozent der DBS im Vorjahr auf 0,68 Prozent. Inklusiv des Saldos der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie des Ergebnisses aus dem Warengeschäft erreichte das Betriebsergebnis vor Bewertung 8,2 Milliarden Euro – ein Plus von 12,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch das Bewertungsergebnis der Genossenschaftsbanken 2021 erholte sich im Vergleich zu 2020. Es erreichte insgesamt (minus) 333 Millionen Euro.

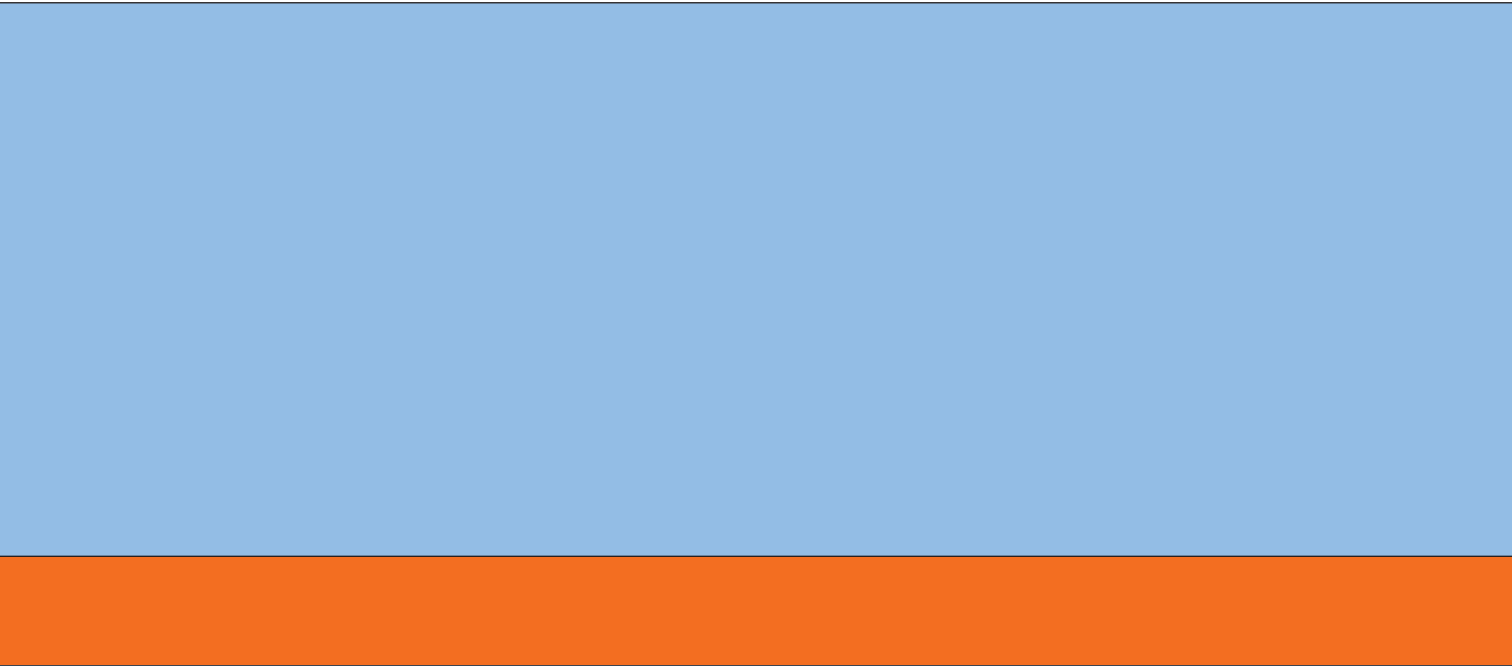
Jahresüberschuss stark erhöht

Das Betriebsergebnis nach Bewertung der Genossenschaftsbanken stieg um 20,2 Prozent auf 7,9 Milliarden Euro. Der Jahresüberschuss vor Steuern verbesserte sich auf 7,7 Milliarden Euro. Die Steuern betragen 2,2 Milliarden Euro. Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken führten die Genossenschaftsbanken im Jahr 2021 voraussichtlich 3,5 Milliarden Euro zu. Die bereits solide Eigenkapitalausstattung der Institute wurde durch diese Dotierung erneut gestärkt. Nach Steuern bleibt damit ein Jahresüberschuss von 1,9 Milliarden Euro beziehungsweise 0,17 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme.

Ausblick: Vielfältige Einschränkungen

Der Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr ist von zahlreichen Einflussfaktoren – einige davon außerhalb des Finanzsektors – abhängig. Die Entwicklung des Ukraine-Kriegs und die nach wie vor vorhandenen Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie – etwa steigende Rohstoffpreise vor allem im Energiebereich und Liefer-schwierigkeiten – können einen bestimmenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa haben. Des Weiteren setzt sich der Trend zur Digitalisierung fort. Fortschritte in der Digitalisierung, die Weiterentwicklung der Geschäftsmodelle sowie die Hebung von Effizienz- und Kostensenkungspotenzialen werden auch künftig wichtige Aufgaben der Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe bleiben.

Details



Ertragslage der Genossenschaftsbanken

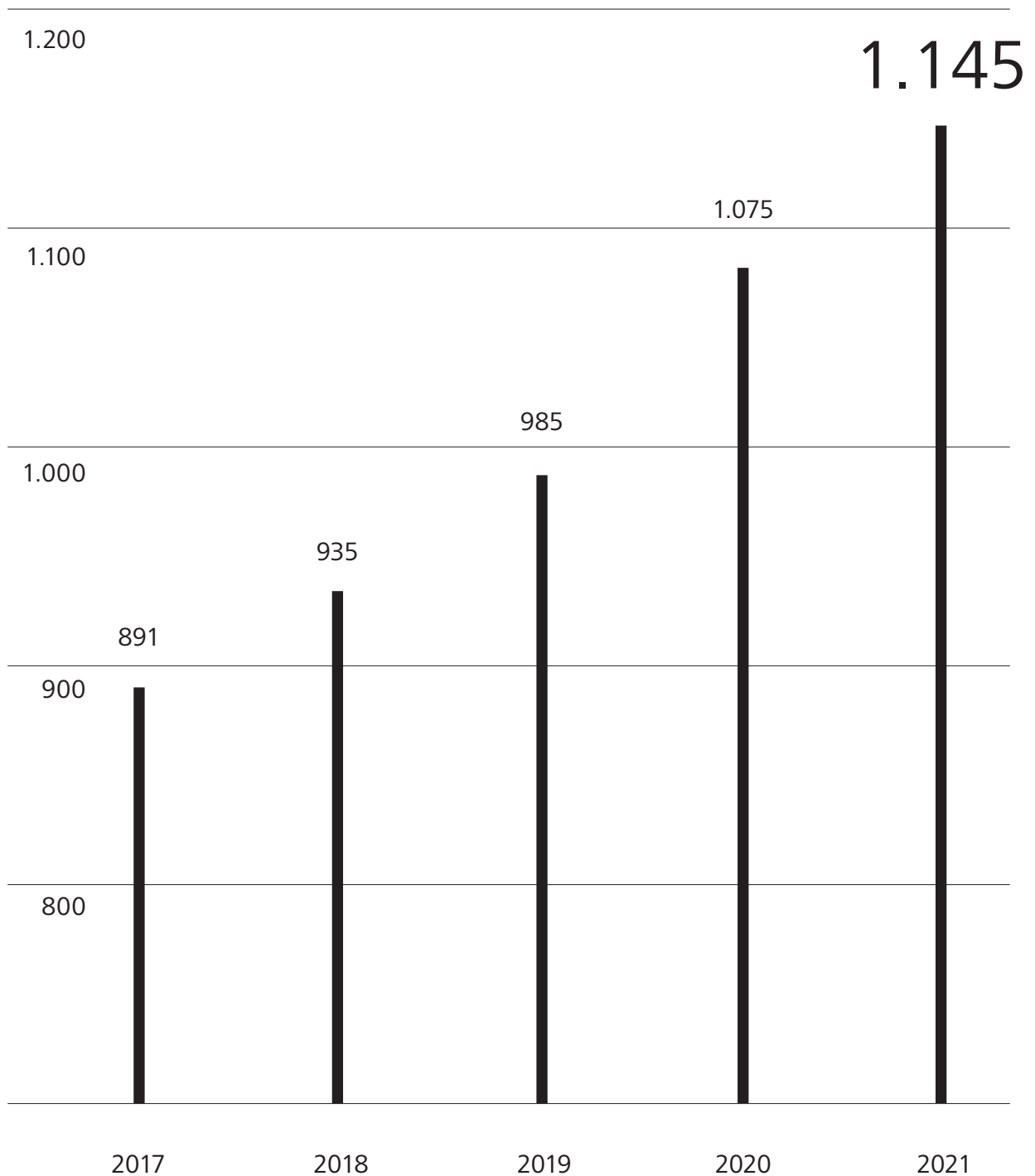
	2021* in Mio. Euro	2020 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinsüberschuss	16.516	16.029	3,0
Provisionsüberschuss	5.986	5.662	5,7
Verwaltungsaufwand	14.964	14.898	0,4
Teilbetriebsergebnis	7.538	6.793	11,0
Betriebsergebnis vor Bewertung	8.203	7.282	12,6
Bewertungsergebnis	-333	-735	-54,7
Jahresüberschuss vor Steuern	7.650	6.355	20,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.219	2.024	9,6
Fonds für allgemeine Bankrisiken (Zuführung)	-3.547	-3.125	13,5
Jahresüberschuss nach Steuern	1.884	1.206	56,2

(Differenzen durch Runden)

* Vorläufig.

Bilanzsumme der Genossenschaftsbanken

in Milliarden Euro



Aktiva

	Bestände in Mio. Euro 2021	Bestände in Mio. Euro 2020	Veränderung 2021/2020 in Mio. Euro	Veränderung 2021/2020 in Prozent
1. Barreserve	70.584	52.532	18.052	34,4
2. Forderungen an Banken insgesamt	79.698	82.979	-3.281	-4,0
a) Täglich fällige Forderungen an Banken (einschließlich Wechsel)	53.706	56.695	-2.989	-5,3
b) Termingelder bei Banken	25.992	26.284	-292	-1,1
3. Forderungen an Nichtbanken insgesamt	710.301	664.689	45.612	6,9
a) Kurzfristige Forderungen (einschließlich Wechsel)	29.873	32.635	-2.762	-8,5
b) Mittelfristige Forderungen	41.294	41.121	173	0,4
c) Langfristige Forderungen	639.134	590.933	48.201	8,2
4. Wertpapiere	238.768	231.932	6.836	2,9
5. Beteiligungen	18.764	18.168	596	3,3
6. Sachanlagen	14.476	13.356	1.120	8,4
7. Sonstige Aktiva	12.170	10.943	1.227	11,2
Summe der Aktiva	1.144.761	1.074.599	70.162	6,5

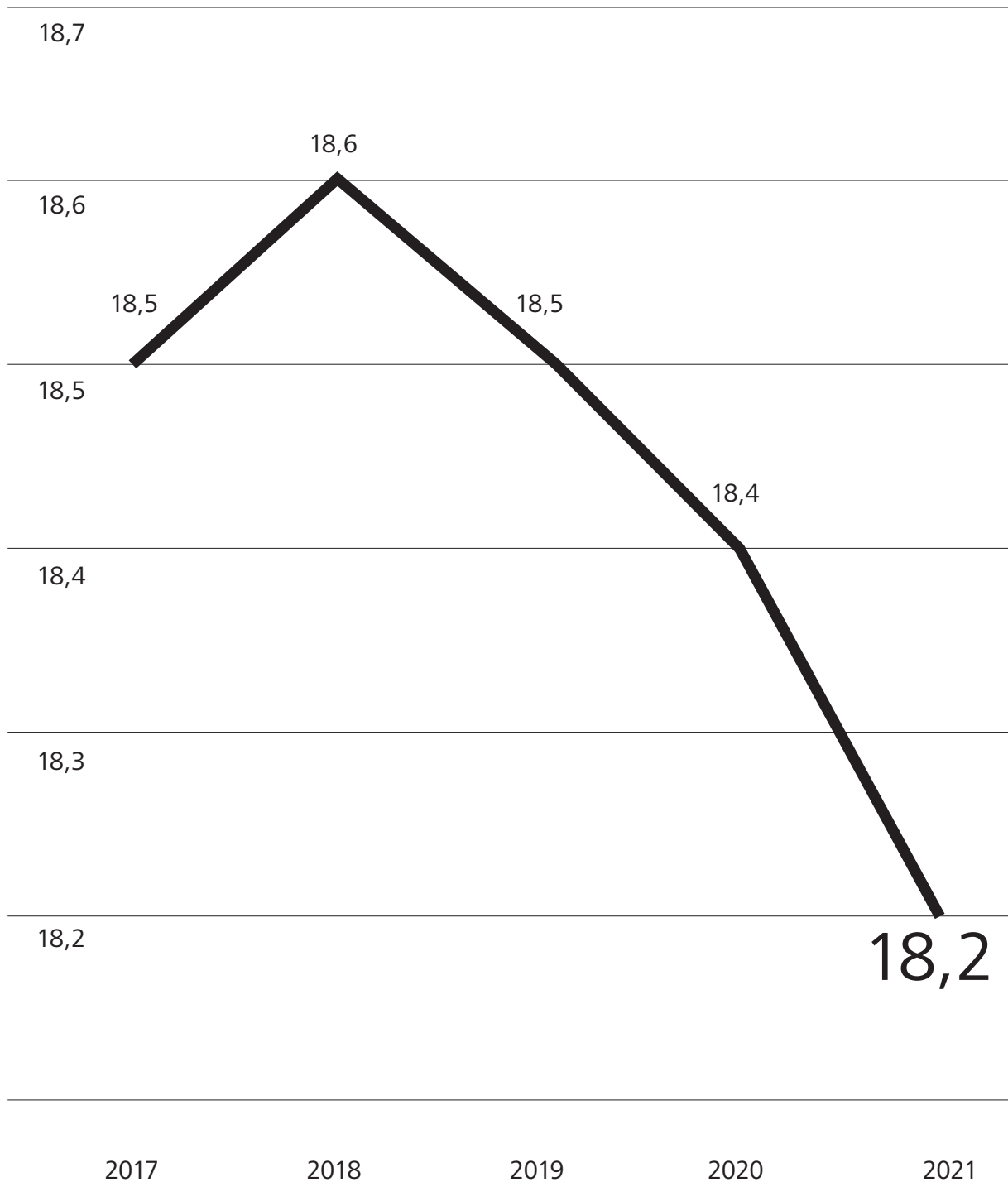
Bilanz der Genossenschaftsbanken 2021

Passiva

	Bestände in Mio. Euro 2021	Bestände in Mio. Euro 2020	Veränderung 2021/2020 in Mio. Euro	Veränderung 2021/2020 in Prozent
1. Verbindlichkeiten gegenüber Banken insgesamt	169.705	150.254	19.451	12,9
a) Bankverbindlichkeiten	169.689	150.253	19.436	12,9
b) Verbriefte Verbindlichkeiten gegenüber Banken	16	1	15	>100
2. Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken insgesamt	833.186	790.530	42.656	5,4
a) Täglich fällige Verbindlichkeiten	605.607	560.956	44.651	8,0
b) Termineinlagen	42.450	41.447	1.003	2,4
c) Spareinlagen	181.264	184.125	-2.861	-1,6
d) Sparbriefe	3.865	4.002	-137	-3,4
3. Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	12.102	10.716	1.386	12,9
4. Genussrechtskapital	9	68	-59	-86,8
5. Eigenkapital	59.264	56.606	2.658	4,7
a) Gezeichnetes Kapital	14.941	13.632	1.309	9,6
b) Rücklagen	44.323	42.974	1.349	3,1
6. Sonstige Passiva	70.495	66.425	4.070	6,1
Summe der Passiva	1.144.761	1.074.599	70.162	6,5

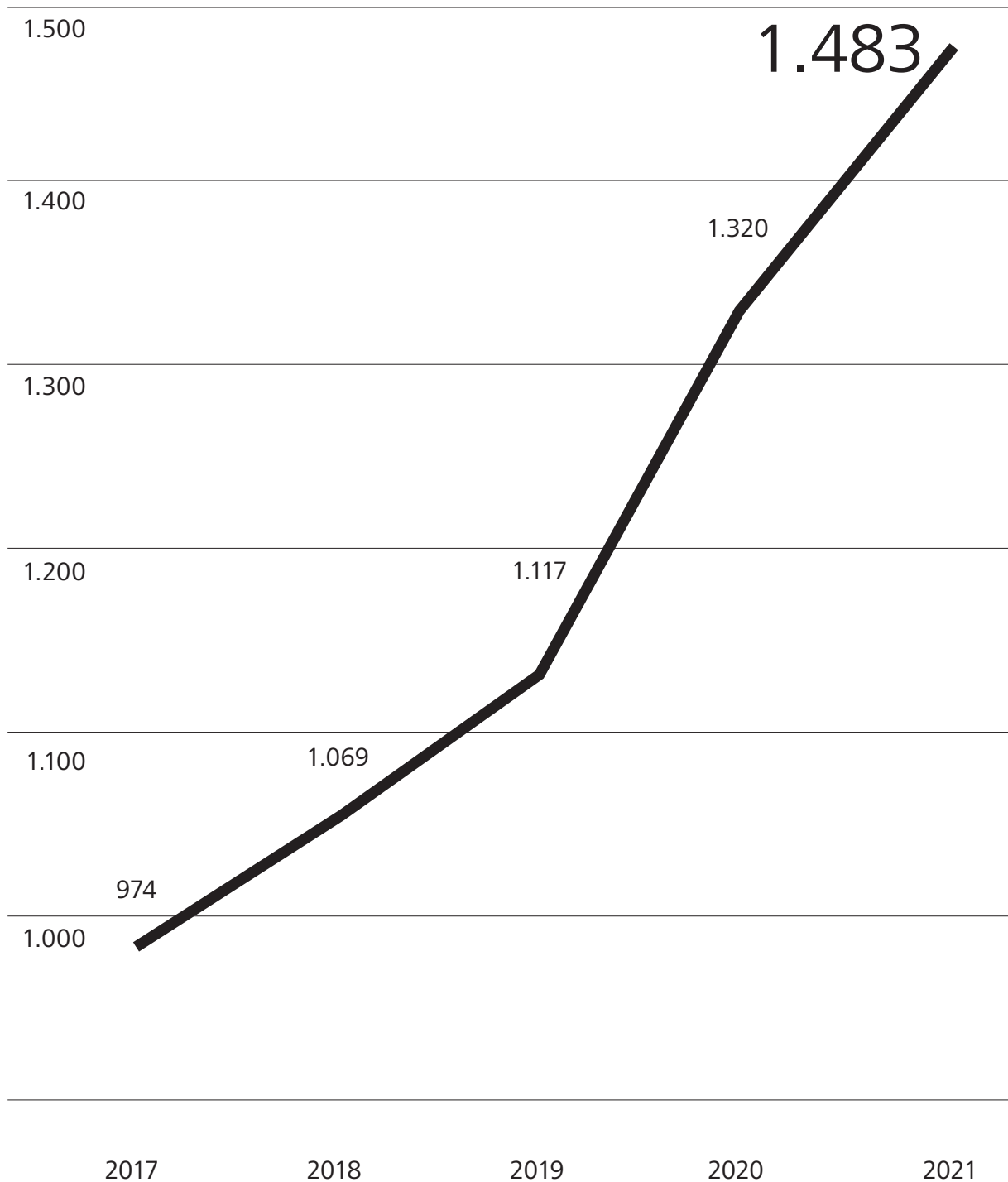
Mitglieder der Genossenschaftsbanken

in Millionen



Durchschnittliche Bilanzsumme pro Bank

in Millionen Euro



Forderungen an Kunden

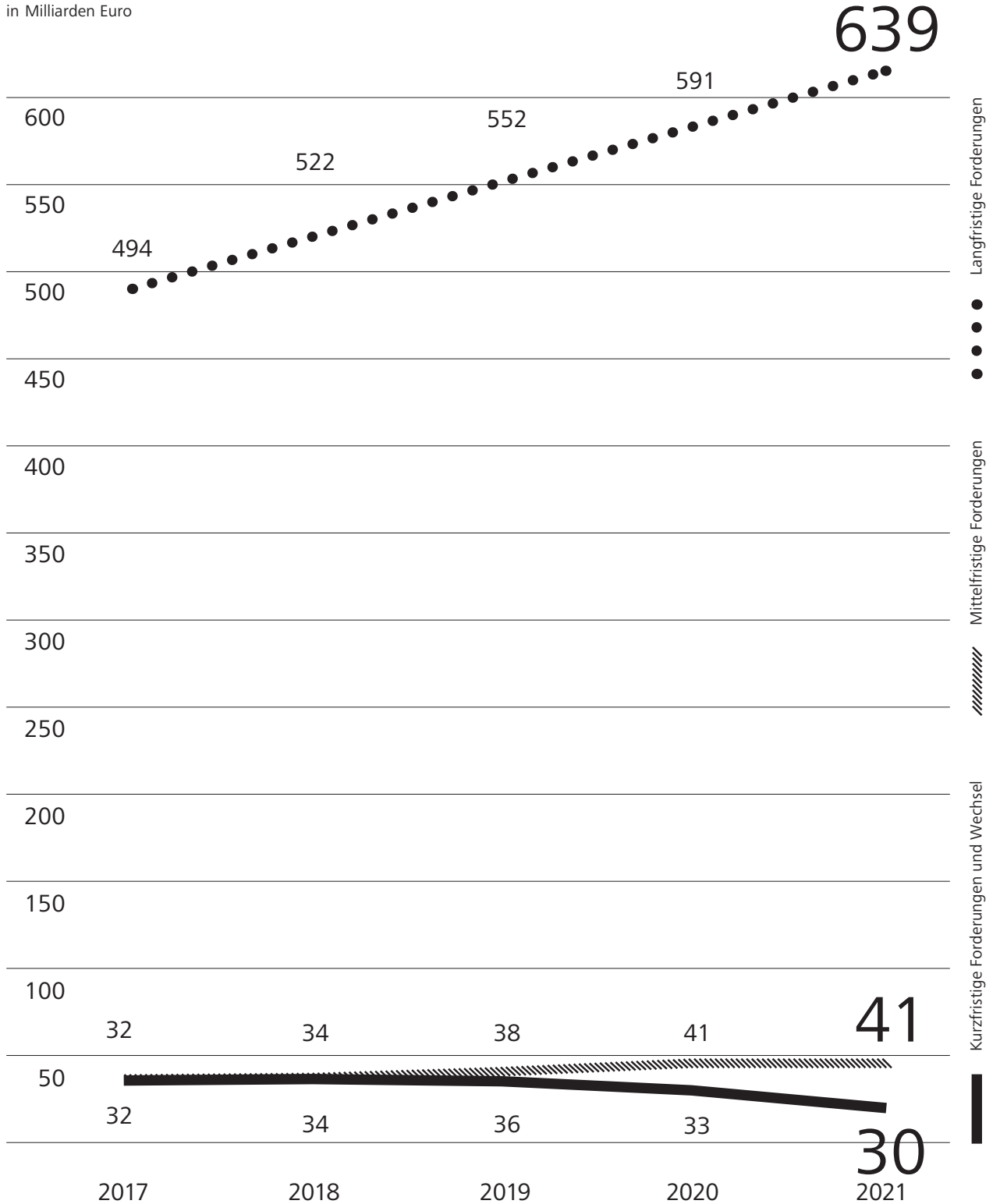
bei Genossenschaftsbanken

	Bestand Ende 2021 in Mio. Euro	Veränderung zum Vorjahr in Mio. Euro	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
Kurzfristige Forderungen und Wechsel	29.873	-2.762	-8,5
Mittelfristige Forderungen	41.294	173	0,4
Langfristige Forderungen	639.134	48.201	8,2
Forderungen insgesamt	710.301	45.612	6,9

in Prozent	Struktur der Forderungen an Kunden				
	2021	2020	2019	2018	2017
Kurzfristige Forderungen einschließlich Wechsel	4,2	4,9	5,7	5,8	5,7
Mittelfristige Forderungen	5,8	6,2	6,1	5,8	5,7
Langfristige Forderungen	90,0	88,9	88,2	88,4	88,6
Forderungen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(Differenzen durch Runden)

in Milliarden Euro



Kundeneinlagen

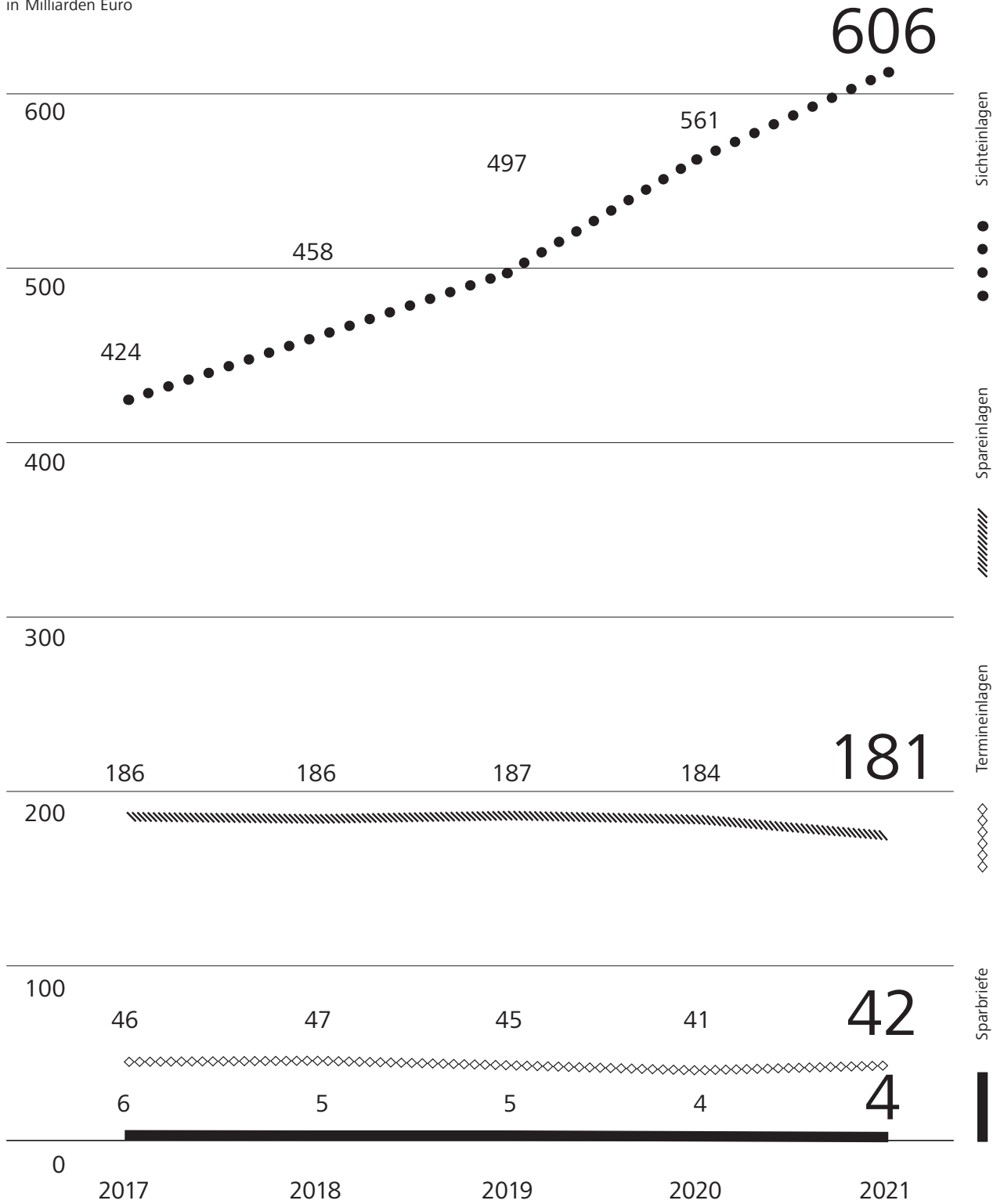
bei Genossenschaftsbanken

	Bestand Ende 2021 in Mio. Euro	Veränderung zum Vorjahr in Mio. Euro	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
Sichteinlagen	605.607	44.651	8,0
Termineinlagen	42.450	1.003	2,4
Spareinlagen	181.264	-2.861	-1,6
Sparbriefe	3.865	-137	-3,4
Kundeneinlagen insgesamt	833.186	42.656	5,4
Inhaberschuldverschreibungen	12.102	1.386	12,9
Einlagen und Inhaberschuldverschreibungen	845.288	44.042	5,5

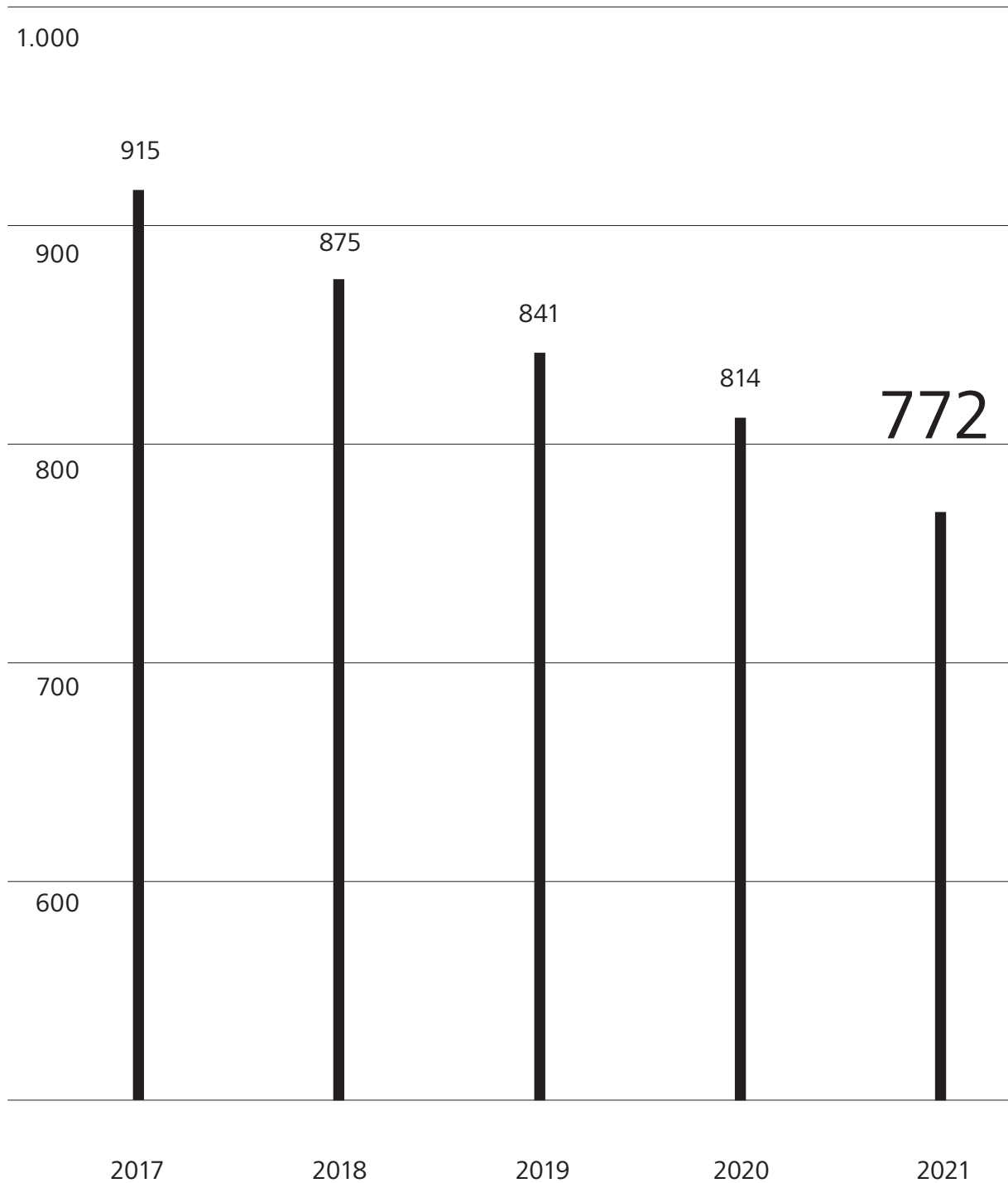
in Prozent	Einlagenstruktur				
	2021	2020	2019	2018	2017
Sichteinlagen	72,7	71,0	67,7	65,8	64,1
Termineinlagen	5,1	5,2	6,2	6,8	7,0
Spareinlagen	21,8	23,3	25,5	26,7	28,0
Sparbriefe	0,5	0,5	0,6	0,7	0,9
Kundeneinlagen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(Differenzen durch Runden)

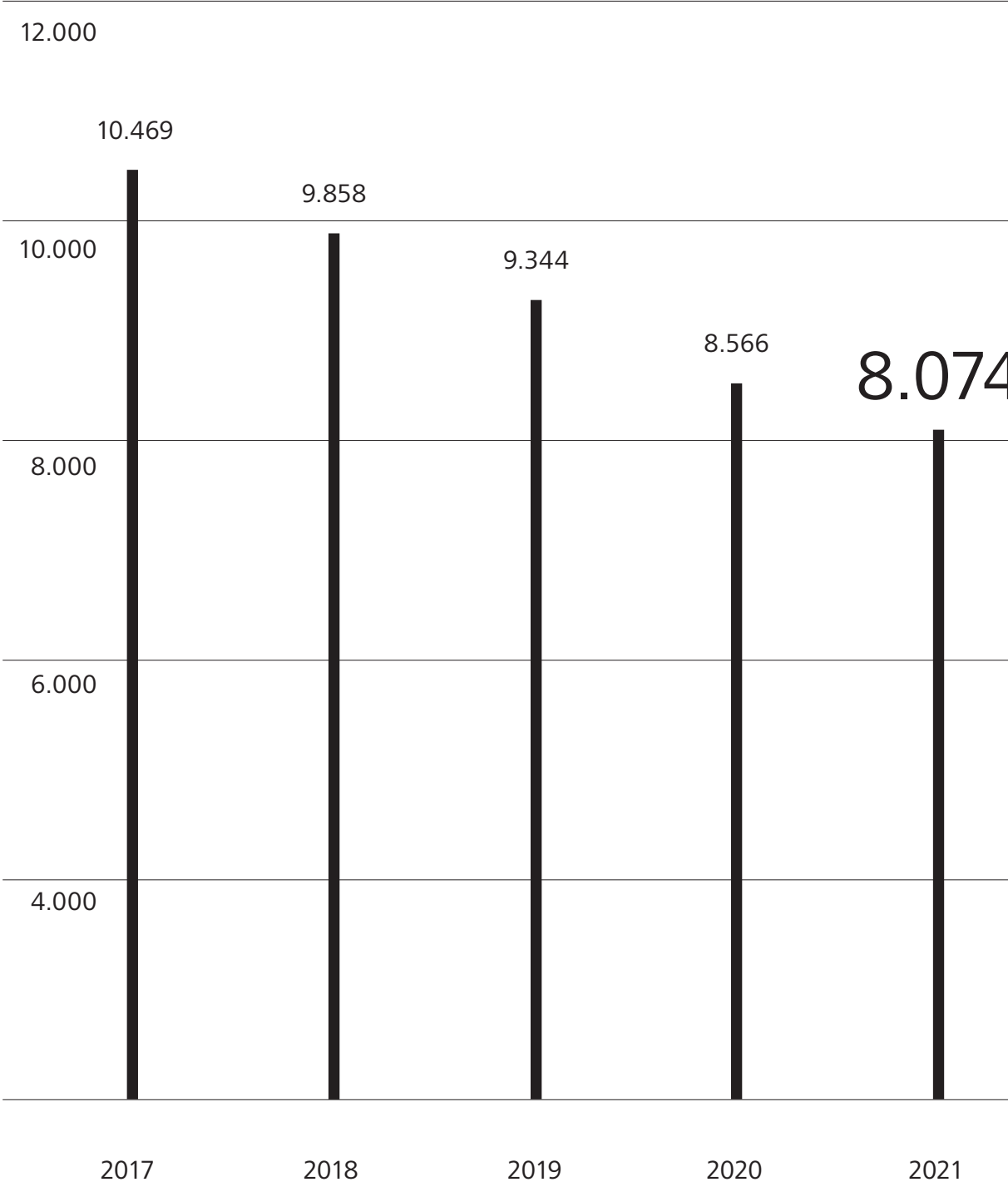
in Milliarden Euro

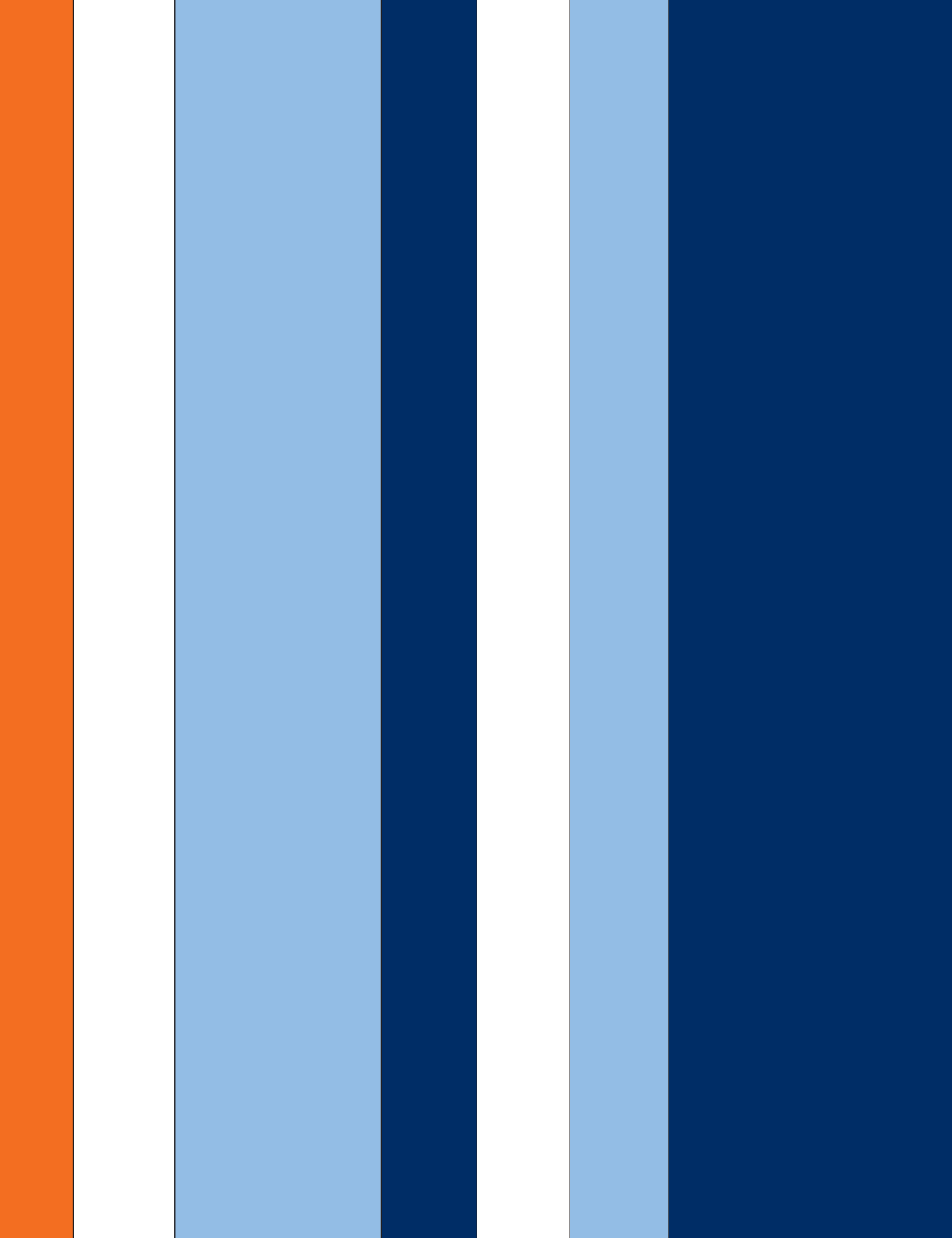


Zahl der Banken



Zahl der Bankstellen





Regionale Statistik

Genossenschaftsbanken
insgesamt

Zahl der Genossenschaftsbanken, der Zweigstellen und der Mitglieder nach Regionalverbänden

jeweils zum 31. Dezember*

	Genossenschaftsbanken		Zweigstellen		Mitglieder	
	2021	2020	2021	2020	2021	2020
Baden-Württemberg	145	159	1.387	1.477	3.691.480	3.750.182
Bayern	208	222	1.700	1.793	2.646.472	2.671.538
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	333	347	3.531	3.741	7.325.415	7.356.926
Weser-Ems	52	56	306	318	546.200	543.829
Zwischensumme	738	784	6.924	7.329	14.209.567	14.322.475
Sparda-Banken	11	11	315	357	3.324.975	3.459.534
PSD Banken	14	14	37	40	586.405	602.558
Sonstige genossenschaftliche Institute	9	5	26	26	56.736	36.560
Endsumme	772	814	7.302	7.752	18.177.683	18.421.127

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Anzahl der Genossenschaftsbanken nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2021*

	unter 100 Mio. Euro	100 bis unter 250 Mio. Euro	250 bis unter 500 Mio. Euro	500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	1 bis unter 2,5 Mrd. Euro	2,5 bis unter 5 Mrd. Euro	mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt
Baden-Württemberg	11	34	22	16	41	13	8	145
Bayern	11	40	54	36	51	12	4	208
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	17	55	55	69	79	36	22	333
Weser-Ems	2	9	13	19	8	1	0	52
Zwischensumme	41	138	144	140	179	62	34	738
Sparda-Banken	0	0	0	0	1	3	7	11
PSD Banken	0	0	0	3	9	2	0	14
Sonstige genossenschaftliche Institute	0	3	0	1	3	1	1	9
Endsumme	41	141	144	144	192	68	42	772

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Bilanzsumme der Genossenschaftsbanken nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2021*

	unter 50 Mio. Euro	50 bis unter 100 Mio. Euro	100 bis unter 250 Mio. Euro	250 bis unter 500 Mio. Euro	500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	1 bis unter 5 Mrd. Euro	mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt
Baden-Württemberg	771	6.532	7.612	11.108	66.073	45.008	65.187	202.291
Bayern	807	6.805	19.818	24.728	81.140	40.092	27.610	200.999
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	1.149	9.512	20.270	49.427	129.034	123.001	241.077	573.470
Weser-Ems	156	1.812	4.735	13.675	12.423	3.128	0	35.928
Zwischensumme	2.883	24.660	52.435	98.938	288.669	211.229	333.874	1.012.688
Sparda-Banken	0	0	0	0	1.787	12.195	68.420	82.403
PSD Banken	0	0	0	2.220	16.749	8.800	0	27.770
Sonstige genossenschaftliche Institute	0	393	0	970	5.356	3.893	11.288	21.900
Endsumme	2.883	25.053	52.435	102.129	312.562	236.117	413.583	1.144.761

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Dreijahresvergleich Bilanzsummen nach Regionalverbänden*

jeweils zum 31. Dezember

	Bestand in Mio. Euro			Zuwachs in Prozent		
	2021	2020	2019	2021	2020	2019
Baden-Württemberg	202.291	189.735	174.179	6,6	8,9	5,4
Bayern	200.999	190.727	175.708	5,4	8,5	4,9
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	573.470	532.287	481.712	7,7	10,5	5,3
Weser-Ems	35.928	33.383	30.471	7,6	9,6	6,4
Zwischensumme	1.012.688	946.132	862.070	7,0	9,8	5,3
Sparda-Banken	82.403	82.205	78.360	0,2	4,9	4,6
PSD Banken	27.770	26.988	25.911	2,9	4,2	4,4
Sonstige genossenschaftliche Institute	21.900	19.274	18.391	13,6	4,8	10,3
Endsumme	1.144.761	1.074.599	984.732	6,5	9,1	5,3

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Dreijahresvergleich Gliederung der Kredite nach Regionalverbänden*

jeweils zum 31. Dezember

	Bestand in Mio. Euro			Zuwachs in Prozent		
	2021	2020	2019	2021	2020	2019
Baden-Württemberg	123.915	115.295	108.631	7,5	6,1	6,3
Bayern	126.917	117.082	108.814	8,4	7,6	6,3
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	353.742	330.956	310.968	6,9	6,4	6,3
Weser-Ems	26.370	24.086	22.211	9,5	8,4	6,5
Zwischensumme	630.944	587.419	550.624	7,4	6,7	6,3
Sparda-Banken	45.885	45.347	44.559	1,2	1,8	2,7
PSD Banken	19.564	18.933	18.129	3,3	4,4	4,4
Sonstige genossenschaftliche Institute	13.908	12.990	12.462	7,1	4,2	8,9
Endsumme	710.301	664.689	625.774	6,9	6,2	6,0

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Dreijahresvergleich Gliederung der Kundeneinlagen nach Regionalverbänden*

jeweils zum 31. Dezember

	Bestand in Mio. Euro			Zuwachs in Prozent		
	2021	2020	2019	2021	2020	2019
Baden-Württemberg	150.032	142.214	132.931	5,5	7,0	6,0
Bayern	151.085	145.029	136.101	4,2	6,6	5,1
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	408.997	383.701	352.643	6,6	8,8	5,4
Weser-Ems	23.641	22.275	20.235	6,1	10,1	8,0
Zwischensumme	733.755	693.219	641.910	5,8	8,0	5,5
Sparda-Banken	73.196	73.399	69.963	-0,3	4,9	5,4
PSD Banken	20.405	19.630	19.074	3,9	2,9	2,1
Sonstige genossenschaftliche Institute	5.830	4.282	3.793	36,2	12,9	11,3
Endsumme	833.186	790.530	734.740	5,4	7,6	5,5

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Dreijahresvergleich Gliederung der Sichteinlagen nach Regionalverbänden*

jeweils zum 31. Dezember

	Bestand in Mio. Euro			Zuwachs in Prozent		
	2021	2020	2019	2021	2020	2019
Baden-Württemberg	107.349	99.589	89.140	7,8	11,7	9,1
Bayern	105.795	98.312	87.324	7,6	12,6	8,5
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	305.158	278.072	243.848	9,7	14,0	8,7
Weser-Ems	15.816	14.469	12.447	9,3	16,2	11,3
Zwischensumme	534.118	490.442	432.759	8,9	13,3	8,8
Sparda-Banken	57.850	58.157	53.757	-0,5	8,2	6,8
PSD Banken	9.614	9.192	8.400	4,6	9,4	6,7
Sonstige genossenschaftliche Institute	4.025	3.165	2.506	27,2	26,3	13,0
Endsumme	605.607	560.956	497.422	8,0	12,8	8,6

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Dreijahresvergleich Gliederung der Termineinlagen nach Regionalverbänden*

jeweils zum 31. Dezember

	Bestand in Mio. Euro			Zuwachs in Prozent		
	2021	2020	2019	2021	2020	2019
Baden-Württemberg	7.362	6.650	7.765	10,7	-14,4	-3,9
Bayern	5.616	5.347	6.224	5,0	-14,1	3,2
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	25.059	25.485	27.396	-1,7	-7,0	-7,4
Weser-Ems	1.113	1.184	1.306	-6,0	-9,3	-4,4
Zwischensumme	39.150	38.666	42.691	1,3	-9,4	-5,2
Sparda-Banken	490	690	571	-29,0	20,8	25,5
PSD Banken	1.993	1.654	1.603	20,5	3,2	16,6
Sonstige genossenschaftliche Institute	817	437	565	87,0	-22,7	29,9
Endsumme	42.450	41.447	45.430	2,4	-8,8	-4,0

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Dreijahresvergleich Gliederung der Spareinlagen nach Regionalverbänden*

jeweils zum 31. Dezember

	Bestand in Mio. Euro			Zuwachs in Prozent		
	2021	2020	2019	2021	2020	2019
Baden-Württemberg	34.933	35.653	35.672	-2,0	-0,1	1,2
Bayern	39.092	40.758	41.846	-4,1	-2,6	-0,5
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	76.627	77.881	78.849	-1,6	-1,2	1,3
Weser-Ems	6.590	6.520	6.399	1,1	1,9	5,0
Zwischensumme	157.242	160.812	162.766	-2,2	-1,2	0,9
Sparda-Banken	14.770	14.430	15.491	2,4	-6,8	0,7
PSD Banken	8.331	8.240	8.457	1,1	-2,6	-3,6
Sonstige genossenschaftliche Institute	921	643	671	43,2	-4,2	-3,6
Endsumme	181.264	184.125	187.385	-1,6	-1,7	0,7

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Dreijahresvergleich Gliederung der Sparbriefe nach Regionalverbänden*

jeweils zum 31. Dezember

	Bestand in Mio. Euro			Zuwachs in Prozent		
	2021	2020	2019	2021	2020	2019
Baden-Württemberg	388	322	354	20,5	-9,0	-1,9
Bayern	582	612	707	-4,9	-13,4	-17,2
Genossenschaftsverband – Verband der Regionen	2.153	2.263	2.550	-4,9	-11,3	-10,9
Weser-Ems	122	102	83	19,6	22,9	-19,4
Zwischensumme	3.245	3.299	3.694	-1,6	-10,7	-11,6
Sparda-Banken	86	122	144	-29,5	-15,3	-25,0
PSD Banken	467	544	614	-14,2	-11,4	-6,1
Sonstige genossenschaftliche Institute	67	37	51	81,1	-27,5	-15,0
Endsumme	3.865	4.002	4.503	-3,4	-11,1	-11,4

* Statistischer Berichtskreis des BVR auf Basis der Zulieferungen der genossenschaftlichen Prüfungsverbände und der sonstigen genossenschaftlichen Institute.

Zentralinstitute

der Genossenschaftlichen
FinanzGruppe

Volksbanken Raiffeisenbanken

DZ BANK Gruppe

in den vergangenen zwei Geschäftsjahren, um den latenten Risiken der Pandemie Rechnung zu tragen.

Die Ergebnisse im Detail

Die DZ BANK Gruppe erzielte 2021 ein Ergebnis vor Steuern von 3,1 Milliarden Euro (2020: 1,45 Milliarden Euro). Jenseits externer Einflussfaktoren basiert dieses Ergebnis in erster Linie auf einer guten operativen Entwicklung in allen Einheiten des Konzerns. Union Investment erzielte im Fondsgeschäft neben einem deutlichen Volumenwachstum auch einen Zuwachs bei den Performance-abhängigen Ertragskomponenten. Die R+V Versicherung konnte die verdienten Beiträge weiter steigern und die außergewöhnlich hohen Belastungen aus der Flutkatastrophe an Rhein und Ahr gut verarbeiten. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall schaffte dank starkem Neugeschäft mit einem dreistelligen Ergebnis die Trendwende. Das Bankgeschäft innerhalb der DZ BANK Gruppe verlief ebenfalls positiv: Die DZ HYP setzte ihren erfolgreichen Weg als eine der führenden Immobilienbanken in Deutschland fort. Die TeamBank entwickelte sich stabil auf einem guten Niveau. Die DZ BANK – Verbund- und Geschäftsbank baute das Kundengeschäft im Kapitalmarkt- und Firmenkundengeschäft sowie im Transaction Banking weiter aus. Zudem wurde das Geschäftsportfolio der DVB Bank weiter deutlich zurückgeführt. Die Integration in die DZ BANK soll planmäßig im dritten Quartal 2022 erfolgen.

Die Kapitalausstattung der DZ BANK Gruppe entwickelte sich 2021 dank des umsichtigen Managements der Risikoaktiva sowie der Thesaurierung von Gewinnen auf gutem Niveau stabil. Die harte Kernkapitalquote lag zum 31. Dezember 2021 bei 15,3 Prozent (2020: 15,3 Prozent); die Leverage Ratio belief sich auf 7,3 Prozent.

Aufgrund der positiven Entwicklung im Kunden- und Handelsergebnis, der stabilen Kostensituation und einer unauffälligen Risikosituation wird die Bank der Hauptversammlung die Zahlung einer Dividende von 20 Cent je Aktie vorschlagen. Sie berücksichtigt damit auch die Kürzung der Dividende

Die **DZ BANK – Verbund- und Geschäftsbank (VuGB)** erwirtschaftete ein Ergebnis vor Steuern von 465 Millionen Euro (2020: 234 Millionen Euro). Zentrale Treiber für die deutliche Ergebnissteigerung waren ein gutes Kundengeschäft in allen Bereichen sowie eine unauffällige Risikosituation. Das **Geschäftsfeld Kapitalmarkt** verzeichnete weiterhin eine positive operative Entwicklung. Mit Privatkunden konnte die Bank den Absatz strukturierter Retail-Produkte um 72 Prozent steigern – insbesondere das Absatzvolumen bei Anlagezertifikaten erhöhte sich deutlich auf 6,4 Milliarden Euro (2020: 3,9 Milliarden Euro). Mit institutionellen Kunden verlief das Geschäft ebenfalls auf einem hohen Niveau. Es war jedoch gegenüber dem durch Sondereffekte beeinflussten Vorjahr leicht rückläufig. Im Wachstumsfeld Sustainable Finance verdoppelte die Bank das begleitete Transaktionsvolumen auf 53 Milliarden Euro (2020: 27 Milliarden Euro).

Im **Firmenkundengeschäft** baute die Bank ihre Marktposition trotz Abflauen der Nachfrage bei den Pandemie-Förderprogrammen weiter aus. Sie steigerte das Kreditvolumen um 3,0 Milliarden Euro auf 67,3 Milliarden Euro. Das Kreditvolumen im Gemeinschaftskreditgeschäft entwickelte sich stabil. Eine besonders erfreuliche Entwicklung verzeichneten die Exportfinanzierung mit einem Ertragsanstieg von 24 Prozent und das Cross-Selling mit Firmenkunden um 11 Prozent. Auch das **Geschäftsfeld Transaction Banking** wächst stetig. Die Anzahl abgewickelter Zahlungsverkehrstransaktionen stieg um 5 Prozent auf 8,7 Milliarden Euro. Die Kreditkartentransaktionen erhöhten sich um 16 Prozent auf 228,7 Milliarden Euro. Die Verwahrstelle behauptete sich mit 319,6 Milliarden Euro Assets under Depository (2020: 273,3 Milliarden Euro) weiterhin in der Spitzengruppe in Deutschland.

Die **Bausparkasse Schwäbisch Hall (BSH)** schaffte mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 130 Millionen Euro (2020: 81 Millionen Euro) die Trendwende in der Ergebnisentwicklung. Positiv wirkten sich das gute Kundengeschäft – das sich über Marktdurchschnitt entwickelte – sowie der Wegfall negativer Sondereffekte aus dem Vorjahr aus. Mit einem stabilen Neugeschäft im Bausparen stärkte die BSH ihre Marktführerschaft im eingelösten Neugeschäft mit 30,5 Prozent Marktanteil leicht.

Die **R+V Versicherung** erzielte ein erfreuliches Ergebnis vor Steuern in Höhe von 772 Millionen Euro (2020: 277 Millionen Euro). Der starke Ergebnisanstieg resultiert primär aus einer guten operativen Entwicklung sowie der Erholung am Kapitalmarkt, die sich positiv auf das Kapitalanlageergebnis auswirkte. Im Kundengeschäft verzeichnete die R+V Versicherung eine gute Beitragsentwicklung. Die Summe der gebuchten Bruttobeiträge stieg leicht von 19,0 Milliarden Euro auf 19,2 Milliarden Euro. Die hohen Belastungen aus den diesjährigen Flut- und Unwetterschäden konnten dank der Absicherungsstrategie begrenzt werden.

Das Ergebnis vor Steuern der **TeamBank** blieb mit 151 Millionen Euro (2020: 154 Millionen Euro) auf dem guten Niveau des Vorjahres. Das Kundengeschäft entwickelte sich in einem wettbewerbsintensiven Umfeld robust. Die Forderungen gegenüber Kunden stiegen im Vergleich zum Vorjahr mit 9,2 Milliarden Euro leicht an (2020: 9,0 Milliarden Euro). Auch das Neugeschäftsvolumen erhöhte sich um 9,6 Prozent auf 3,1 Milliarden Euro. Die Anzahl der Kunden nahm um 22.000 auf 984.000 zu.

Union Investment verbuchte ein deutlich gestiegenes Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,23 Milliarden Euro (2020: 649 Millionen Euro). Maßgeblich für den sehr hohen Ergebnisbeitrag war die positive Dynamik an den Kapitalmärkten im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und damit verbunden ein weiterhin sehr erfreuliches Kundengeschäft sowohl mit Privatkunden als auch mit institutionellen Kunden. Der Nettoabsatz an Privatkunden stieg auf 19,7 Milliarden Euro (2020: 8,8 Milliarden Euro). Auch der Nettoabsatz an institutionelle Anleger

verzeichnete mit 20,8 Milliarden Euro (2020: 6,3 Milliarden Euro) ein deutliches Wachstum. Die Assets under Management stiegen zum Jahresende auf 454,1 Milliarden Euro (2020: 385,9 Milliarden Euro). Auch der Bestand an nachhaltigen Anlagen ist stark gewachsen: per Ende 2021 auf ein Volumen von insgesamt 125,6 Milliarden Euro. Union Investment bleibt damit führender Anbieter bei nachhaltigen Anlagen.

Die **DZ HYP** bewegte sich mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 588 Millionen Euro auf dem starken Niveau des Vorjahres (2020: 582 Millionen Euro). Das Ergebnis ist in Teilen geprägt durch Volatilitäten im Bewertungsergebnis des Staatsanleihenportfolios. Das operative Geschäft verlief weiterhin sehr positiv. Im Neugeschäft mit Firmenkunden konnte ein Zuwachs auf 8,74 Milliarden Euro (2020: 8,04 Milliarden Euro) verzeichnet werden. Das Privatkundenneugeschäft legte ebenfalls zu und belief sich zum Jahresende auf 2,73 Milliarden Euro (2020: 2,07 Milliarden Euro). Der Gesamtbestand in der Immobilienfinanzierung stieg auf 55,5 Milliarden Euro (2020: 53,3 Milliarden Euro).

Die **DZ PRIVATBANK** entwickelte sich mit einem Ergebnis vor Steuern von 41 Millionen Euro (2020: 38 Millionen Euro) positiv. Sie setzte ihren Wachstumspfad sowohl im Private Banking als auch im Fondsdienstleistungsgeschäft weiter fort. Das verwaltete Vermögen im Private Banking erhöhte sich auf 23,2 Milliarden Euro (2020: 20,0 Milliarden Euro), das verwaltete Fondsvolumen stieg deutlich auf 182,1 Milliarden Euro (2020: 139,5 Milliarden Euro). Das Geschäft mit Währungskrediten entwickelte sich mit einem Bestandsvolumen von 5,5 Milliarden Euro robust.

Die **VR Smart Finanz** erzielte mit einem Ergebnis vor Steuern von –9 Millionen Euro (2020: –45 Millionen Euro) eine deutliche Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr. Die Kundenanzahl stieg auch dank der Ausweitung digitaler Mehrwertdienste um 17.000 auf 108.000. Gleichwohl stand die operative Entwicklung weiterhin unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Mit der Wiederaufnahme des 2020 vorübergehend eingestellten Unternehmenskredits VR Smart flexibel und dem Abschluss der Transformation zum digitalen Gewerbekundenfinanzierer wurde die

Grundlage für eine Rückkehr auf den Wachstumspfad geschaffen.

Die **DVB Bank** wies ein Ergebnis vor Steuern von 23 Millionen Euro (2020: –285 Millionen Euro) aus. Maßgeblich hierfür waren Nettoauflösungen in der Risikovorsorge, positive Bewertungseffekte, der Abschluss der noch ausstehenden Verkaufstransaktionen sowie die beschleunigte Portfoliorückführung in Eigenregie. Das Kundenkreditvolumen konnte 2021 überplanmäßig auf nun 1,6 Milliarden Euro (2020: 3,9 Milliarden Euro) reduziert werden. Vorbehaltlich der im März anstehenden Gremienbeschlüsse wird die DVB Bank im dritten Quartal 2022 mit der DZ BANK verschmolzen.

Die **DZ BANK AG – Holdingfunktion** verzeichnete ein Ergebnis vor Steuern von –240 Millionen Euro und blieb damit auf dem Niveau des Vorjahres (2020: –238 Millionen Euro).

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Der **Zinsüberschuss** der DZ BANK Gruppe blieb mit 2,79 Milliarden Euro leicht über dem Niveau des Vorjahres (2020: 2,69 Milliarden Euro). Die Verbund- und Geschäftsbank konnte ihren Zinsüberschuss dank guter Geschäftsentwicklung steigern. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall stabilisierte ihr Zinsergebnis, das zuletzt noch rückläufig war. Die DVB Bank verbuchte dagegen bedingt durch den kontinuierlichen Portfoliorückbau einen Rückgang.

Der **Provisionsüberschuss** stieg deutlich auf 2,94 Milliarden Euro (2020: 2,12 Milliarden Euro). Maßgeblich hierfür: die sehr erfreuliche Geschäftsentwicklung bei Union Investment. Auch die Verbund- und Geschäftsbank trug zu dem Anstieg bei.

Das **Handelsergebnis** ging trotz gutem Kapitalmarktgeschäft bei der Verbund- und Geschäftsbank auf 152 Millionen Euro (2020: 693 Millionen Euro) zurück. Maßgeblich hierfür: IFRS-bedingte Bewertungseffekte der Eigenemissionen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** wuchs auf 245 Millionen Euro (2020: 166 Millionen Euro). Dazu trugen insbesondere Verkäufe von Direktbeteiligungen bei.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** erhöhte sich auf 242 Millionen Euro (2020: –62 Millionen Euro). Ursächlich hierfür: positive Bewertungseffekte bei der DVB Bank sowie positive Veränderungen der bewerteten Garantieverprechen bei Union Investment.

Das **Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft** stieg infolge der guten operativen Entwicklung sowie der Erholung am Kapitalmarkt auf 842 Millionen Euro (2020: 347 Millionen Euro).

Die **Risikovorsorge** verzeichnete Nettoauflösungen in Höhe von 120 Millionen Euro (2020: Zuführung in Höhe von 678 Millionen Euro). Nach erhöhtem Zuführungsbedarf im Zuge der COVID-19-Pandemie im vergangenen Jahr führte die konjunkturelle Erholung insbesondere bei der Verbund- und Geschäftsbank sowie der DVB Bank zu Auflösungen.

Die **Verwaltungsaufwendungen** stiegen leicht auf 4,27 Milliarden Euro (2020: 4,04 Milliarden Euro). Neben höheren Beiträgen zur Bankenabgabe und zur Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) sind darin auch Aufwendungen aus der erstmaligen Konsolidierung der ZBI Gruppe innerhalb von Union Investment verarbeitet.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** lag mit 41 Millionen Euro deutlich unter dem des Vorjahres (2020: 210 Millionen Euro). Der Rückgang resultiert unter anderem aus geringeren Erträgen, aus der Auflösung von Rückstellungen sowie höheren Aufwendungen für Restrukturierungen.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** erreichte einen Wert von 58,9 Prozent (2020: 65,5 Prozent).

Das **Konzernergebnis vor Steuern** betrug 3,10 Milliarden Euro (2020: 1,45 Milliarden Euro).

Das **Konzernergebnis** lag bei 2,18 Milliarden Euro (2020: 973 Millionen Euro).

Die **Bilanzsumme** der DZ BANK Gruppe lag Ende 2021 bei 627,3 Milliarden Euro (Ende 2020: 594,5 Milliarden Euro).

www.dzbank.de

Zahlen im Überblick
DZ BANK Gruppe

in Millionen Euro

	2021	2020
Ertragslage		
Erträge ¹	7.242	6.159
Risikovorsorge	120	-678
Konzernergebnis vor Steuern	3.096	1.445
Konzernergebnis	2.176	973
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	58,9	65,5
	31.12.2021	31.12.2020
Vermögenslage		
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	107.659	103.020
Forderungen an Kunden	195.665	190.294
Handelsaktiva	47.321	42.788
Finanzanlagen	52.440	60.232
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	129.131	121.668
Übrige Aktiva	95.058	76.532
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	196.562	177.852
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	138.975	133.925
Verbriefte Verbindlichkeiten	79.652	70.500
Handelspassiva	43.411	50.410
Versicherungstechnische Rückstellungen	118.863	111.213
Übrige Passiva	21.149	21.520
Eigenkapital	28.661	29.116
Bilanzsumme	627.273	594.535
Geschäftsvolumen	1.166.289	1.059.874

1 Zinsüberschuss + Provisionsüberschuss + Handelsergebnis + Ergebnis aus Finanzanlagen + Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten + Ergebnis aus der Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden + Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft + Sonstiges betriebliches Ergebnis.

	31.12.2021	31.12.2020
Risikolage		
Liquiditätsadäquanz		
DZ BANK Gruppe		
Ökonomische Liquiditätsadäquanz (in Milliarden Euro)	19,4	15,3
DZ BANK Institutgruppe		
Liquiditätsdeckungsquote – LCR (in Prozent)	147,7	146,3
Strukturelle Liquiditätsquote – NSFR (in Prozent)	127,1	122,4
Kapitaladäquanz		
DZ BANK Gruppe		
Ökonomische Kapitaladäquanz (in Prozent)	208,1	171,7
DZ BANK Finanzkonglomerat		
Bedeckungssatz (in Prozent)	152,7	146,0
DZ BANK Institutgruppe		
Harte Kernkapitalquote (in Prozent)	15,3	15,3
Kernkapitalquote (in Prozent)	16,8	17,0
Gesamtkapitalquote (in Prozent)	18,5	19,5
Leverage Ratio (in Prozent)	7,3	5,7
MREL-Quote (in Prozent)	11,5	11,9
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (Anzahl)	32.271	31.410
Emittentenrating		
Standard & Poor's	A+	AA-
Moody's Investors Service	Aa2	Aa1
Fitch Ratings	AA-	AA-

Bausparkasse Schwäbisch Hall

Schwäbisch Hall ist mit rund 7 Millionen Kunden und etwa 8 Millionen Bausparverträgen die größte deutsche Bausparkasse. Auch in der Baufinanzierung gehört sie zu den führenden Anbietern in Deutschland. Als subsidiärer Partner der Genossenschaftsbanken bietet das Unternehmen maßgeschneiderte Lösungen rund um das Thema Bauen und Wohnen. Genossenschaftsbanken können bei Schwäbisch Hall auf ein Vollsortiment an Finanzierungslösungen zurückgreifen – vom Bausparen über Baufinanzierungen bis zu staatlichen Förderbausteinen. Knapp 3.200 Expertinnen und Experten im Außendienst sowie mehr als 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innendienst sorgen für die qualifizierte Beratung und Betreuung der Schwäbisch Hall-Kunden.

Transformation zum Baufinanzierer

Gemeinsam mit den genossenschaftlichen Banken hat Schwäbisch Hall den Wachstumspfad in der Baufinanzierung fortgeschrieben und rangiert unter den Top 3 der deutschen Baufinanzierungsinstitute: Insgesamt 20,2 Milliarden Euro an vermittelten Baufinanzierungen bedeuten ein Plus zum Vorjahr von 5,5 Prozent. Je rund die Hälfte des Baufinanzierungsvolumens fließt in die Bücher der genossenschaftlichen Banken sowie in die Bücher der Bausparkasse Schwäbisch Hall.

Mit BAUFINEX, dem von Schwäbisch Hall gegründeten digitalen Vermittlermarktplatz für die genossenschaftliche FinanzGruppe, erhalten freie Baufinanzierungsvermittler direkten Zugang zu mehr als 500 Produktpartnern bundesweit, darunter zahlreiche Genossenschaftsbanken. Rund 8 Milliarden Euro an Baufinanzierungsvolumen wurden 2021 insgesamt über BAUFINEX von freien Vermittlern angefragt. Auch hier floss der

Großteil – mehr als 90 Prozent – in die Bücher der teilnehmenden Genossenschaftsbanken.

Im Bausparen ist Schwäbisch Hall weiterhin unangefochtener Marktführer. Der Marktanteil liegt stabil bei rund 30 Prozent. Das vorgelegte Bausparvolumen blieb mit 24,0 Milliarden Euro in etwa auf Vorjahresniveau. Mit neuen Tarifen fokussiert sich das Unternehmen auf die Kernfunktion des Bausparens. Es richtet sich damit vor allem an Kunden mit einem konkreten Finanzierungswunsch. Mit Einführung des neuen Bauspartarifs im Juli 2021 stieg die durchschnittliche Bausparsumme von rund 50.000 Euro auf 62.000 Euro.

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall hat 2021 ihr Ergebnis vor Steuern deutlich gesteigert. Es stieg von 81 Millionen Euro auf rund 130 Millionen Euro. Die Gründe dafür lagen in einem sehr guten Neugeschäft in der Baufinanzierung in den vergangenen Jahren verbunden mit einer geringeren Risikovorsorge als geplant. Dafür sorgten die stabile Konjunkturentwicklung und die geringeren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die deutsche Wirtschaft. Zudem verbesserte sich die Kostensituation im Unternehmen sowie das Zinsergebnis aufgrund der leicht gestiegenen Kapitalmarktzinsen.

Digitalisierung und Aufbau neuer Geschäftsmodelle

Schwäbisch Hall erzielte 2021 wichtige Meilensteine beim Umbau der IT-Infrastruktur und des Kernbankensystems und investiert außerdem in den Aufbau neuer Geschäftsmodelle. Gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken und dem BVR treibt Schwäbisch Hall den Aufbau eines genossenschaftlichen Ökosystems Bauen & Wohnen mit regionaler Prägung voran.

www.schwaebisch-hall.de

Die DZ HYP hat die hohe Dynamik auf den Immobilienmärkten 2021 erfolgreich genutzt und erzielte 2021 in der Immobilienfinanzierung ein Neugeschäftsvolumen von 11,5 Milliarden Euro (2020: 10,1 Milliarden Euro). Inklusiv der Finanzierung öffentlicher Kunden kontrahierte die Bank Neugeschäft in Höhe von 12,0 Milliarden Euro (2020: 10,7 Milliarden Euro). Im Geschäft mit Firmenkunden generierte die DZ HYP 2021 Neugeschäft in Höhe von 8,7 Milliarden Euro (2020: 8,0 Milliarden Euro). Der strategischen Ausrichtung entsprechend entfielen davon 8,2 Milliarden Euro (2020: 7,6 Milliarden Euro) auf den Kernmarkt Deutschland. In der genossenschaftlichen FinanzGruppe lag das Gemeinschaftskreditgeschäft mit Volksbanken und Raiffeisenbanken 2021 bei 3,9 Milliarden Euro (2020: 3,3 Milliarden Euro). Ihre konservative Risikostrategie mit harten quantitativen Vorgaben bei der Finanzierungsentscheidung hat die DZ HYP im Berichtsjahr beibehalten, um zyklische Spitzen im Portfolio zu vermeiden.

Privatkundengeschäft:
32,2 Prozent Zuwachs

Eine erneut erfreuliche Entwicklung zeigte das Geschäftsfeld Privatkunden, das im Wesentlichen über die Kernbankverfahren der FinanzGruppe sowie die Verbundportale Genopace und BAUFINEX vermittelt wird. 2021 lag das Neuzusagevolumen bei 2,7 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 32,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2020: 2,1 Milliarden Euro).

Innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe ist die DZ HYP Kompetenzzentrum für das Geschäft mit öffentlichen Kunden. 2021 generierte sie im Kommunalkreditgeschäft ein Neugeschäftsvolumen von 582 Millionen Euro (2020: 631 Millionen Euro). 497 Millionen Euro (2020: 521 Millionen Euro) entfielen auf das Vermittlungsgeschäft durch Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Das auf nachhaltige Ergebnisse ausgerichtete Geschäft der DZ HYP in der Immobilienfinanzierung spiegelt sich auch im Ergebnis des Jahres 2021 wider. Der Zinsüberschuss lag mit 668,7 Millionen Euro um 63,3 Millionen Euro über dem Vorjahreswert (2020: 605,4 Millionen Euro). Dabei wirkt sich insbesondere die Erhöhung des durchschnittlichen Immobilienkreditbestands positiv aus. Begleitet wird dies von gestiegenen Margen im Aktivgeschäft und sinkenden Zinsaufwendungen durch das weiterhin niedrige Zinsumfeld. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein um 0,2 Millionen Euro auf –38,3 Millionen Euro verminderter Provisionsüberschuss. 77,8 Millionen Euro (2020: 61,2 Millionen Euro) entfielen auf Provisionsaufwendungen für Vermittlungsleistungen an Volksbanken und Raiffeisenbanken. Der Verwaltungsaufwand als Summe der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen lag 2021 mit 251,3 Millionen Euro auf dem Niveau des Vorjahres (2020: 251,2 Millionen Euro).

Im Geschäftsfeld Firmenkunden sowie im privaten Immobilienkreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen von –12,6 Millionen Euro (2020: –13,3 Millionen Euro) gebildet. Für die besonders von der Corona-Pandemie betroffenen Assetklassen Hotels und Warenhäuser stellte die Bank für bisher nicht konkret unterlegte Kreditrisiken –5,5 Millionen Euro (2020: –21,5 Millionen Euro) als Risikovorsorge ein. Insgesamt ergibt sich ein Kreditrisikovorsorgeaufwand von –25,2 Millionen Euro (2020: –47,1 Millionen Euro).

Das Betriebsergebnis bildet den Erfolg der DZ HYP im Kerngeschäft ab. Insbesondere aufgrund des gestiegenen Zinsüberschusses sowie der unter den Planansätzen liegenden Risikovorsorgeaufwendungen übertrifft das Betriebsergebnis von 339,4 Millionen Euro (2020: 276,8 Millionen Euro) die Planungsrechnung der Bank.

www.dzhyp.de

Union Investment

Das Jahr 2021 war für Union Investment das erfolgreichste Geschäftsjahr seit der Unternehmensgründung 1956. Der Nettoabsatz verdreifachte sich auf beinahe 40,5 Milliarden Euro (2020: 15,1 Milliarden). Das verwaltete Vermögen stieg auf 454,1 Milliarden Euro (2020: 385,9 Milliarden Euro) und das Ergebnis vor Steuern auf 1.235 Millionen Euro (2020: 649 Millionen Euro). Über 5,7 Millionen Kunden vertrauen der Fondsgesellschaft ihr Vermögen in 1.338 Fonds an.

Nettoabsatz im Privatkundengeschäft
mehr als verdoppelt

Viele Kleinsparer entdeckten 2021 den Investmentfonds für sich. So stieg der Nettoabsatz mit privaten Anlegern im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Doppelte auf 19,7 Milliarden Euro (2020: 8,8 Milliarden Euro). Er erreichte damit einen neuen Rekordwert. Der Bestand im Privatkundengeschäft erhöhte sich auf 210,0 Milliarden Euro (2020: 173,8 Milliarden Euro).

Im Mittelpunkt des Anlegerinteresses standen erneut Substanzwerte. So flossen Aktienfonds 7,0 Milliarden Euro netto zu (2020: 3,8 Milliarden Euro). Mischfonds verbuchten ein noch stärkeres Neugeschäft von 10,5 Milliarden Euro (2020: 4,1 Milliarden Euro) und Offene Immobilienfonds verzeichneten Nettozuflüsse von 2,2 Milliarden Euro (2020: 2,1 Milliarden Euro). Dabei fokussierten sich private Sparer noch stärker auf nachhaltige Anlageprodukte. Der Anteil nachhaltiger Fonds am Nettomittelaufkommen privater Gelder erhöhte sich im Verlauf des vergangenen Jahres auf 60 Prozent. Vor drei Jahren waren es noch 9 Prozent.

Einmal mehr erwiesen sich die klassischen Fondssparpläne als tragende Säule des Neugeschäfts. 2021 wurden so viele Fondssparpläne eröffnet

wie nie zuvor. Es kamen 584.000 Neueröffnungen netto hinzu. Das sind 34 Prozent mehr als im Vorjahr (2020: 437.000). Ein Drittel der Neukunden von Sparplänen ist jünger als 27 Jahre. Mit den klassischen Sparplänen, den Riester-Sparplänen und dem VL-Sparen verwaltet Union Investment 6,3 Millionen Fondssparpläne (2020: 5,7 Millionen).

Neugeschäft mit institutionellen Kunden
erstmals über 20 Milliarden Euro

Auch das Geschäft mit institutionellen Anlegern war von einer hohen Dynamik geprägt: Hier kam es mit einem Nettomittelaufkommen von 20,8 Milliarden Euro (2020: 6,3 Milliarden Euro) zu einem neuen Absatzrekord. Folglich erhöhte sich der Bestand im institutionellen Geschäft auf 245,1 Milliarden Euro (2020: 212,1 Milliarden Euro).

Das Thema Nachhaltigkeit wird immer mehr zum Standard. So investieren bereits 78 Prozent der institutionellen Anleger in Deutschland nachhaltig. Demnach ist der Bestand an nachhaltigen Anlagen auch bei Union Investment deutlich gewachsen. Im Wertpapierbereich stiegen die nach Artikel 8 und 9 der EU-Offenlegungsverordnung (OffVO) angelegten Volumina auf 88,1 Milliarden Euro (2020: 61,2 Milliarden Euro). Hinzu kamen Offene Immobilienfonds, die seit dem 1. November 2021 als Produkte nach Artikel 8 der OffVO geführt werden. Sie wiesen zum Jahresende einen Bestand von 37,5 Milliarden Euro auf. Union Investment verwaltete somit ein Volumen nachhaltiger Anlagen von insgesamt 125,6 Milliarden Euro.

Die Leistungen von Union Investment wurden vom Wirtschaftsmagazin Capital zum 20. Mal in Folge mit der Bestnote fünf Sterne ausgezeichnet. Keine andere Fondsgesellschaft hat das geschafft. In diesem Jahr holte sich der genossenschaftliche Fondsanbieter sogar den Gesamtsieg. Union Investment erhielt damit als einziger Anbieter überhaupt ununterbrochen die Top-Bewertung.

www.union-investment.de

DZ PRIVATBANK

Die DZ PRIVATBANK ist die Privatbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Sie ist das Kompetenzzentrum für Private Banking, Fondsdienstleistungen und Kredite in allen Währungen. Mit dem Hauptsitz in Luxemburg, acht Standorten in Deutschland sowie in der Schweiz verbindet sie lokale Nähe, Ausrichtung auf den Heimatmarkt Deutschland und internationale Kompetenz. Sie stärkt mit ihrer Kompetenz und internationalen Aufstellung die Wettbewerbsposition der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Die DZ PRIVATBANK weist für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis von 41,5 Millionen Euro (2020: 38,1 Millionen Euro) vor Steuern (nach IFRS) aus. Es wurden Vergütungen in Höhe von mehr als 104,6 Millionen Euro (2020: 92,6 Millionen Euro) an die Genossenschaftsbanken ausgezahlt.

Neuausrichtung der Vertriebswege sorgt für Rekord bei Nettomittelzuflüssen

Im Geschäftsfeld Private Banking konnte auf der umfassenden Neuausrichtung seit 2019 aufgesetzt werden. Das Geschäftsvolumen stieg um 3,1 Milliarden Euro auf 24,2 Milliarden Euro. Allein in der Vermögensverwaltung wurden 2021 zusammen mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken Nettomittelzuflüsse von mehr als 1,8 Milliarden Euro erreicht. Das zeigt, wie erfolgreich die Vertriebswege VR-PrivateBanking und DZ-PrivateBanking angenommen werden. Die Vertriebsfolge spiegeln sich auch im verwalteten Kundenvermögen (Assets under Management) wider. Dieses stieg auf 23,2 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs von 3,2 Milliarden Euro oder 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Vermögensverwaltungsquote in der Bank stieg von 61 (2020) auf 69 Prozent. Treiber waren unter anderem Swissness-Lösungen sowie Lösungen mit ESG-Integration.

Verwaltetes Fondsvolumen erreicht Rekordwert

Im Geschäftsfeld Fondsdienstleistungen erhöhte sich das Depotbankvolumen sehr stark um 31 Prozent. Es wuchs von 139,5 Milliarden Euro (2020) auf 182,1 Milliarden Euro in den Verwahrstellen Luxemburg, Zürich und Frankfurt. Damit wurde auch in diesem Geschäftsfeld ein neuer Rekordwert erreicht. Trotz der Einflüsse der Coronakrise konnten großvolumige Fondsprojekte erfolgreich umgesetzt und das Niveau des letzten Jahres deutlich übertroffen werden. Insgesamt wurden im Jahr 2021 mehr als 77 Fondsprojekte neu aufgelegt und migriert. Besonders bei institutionellen Investoren ist die Nachfrage nach alternative Anlagestrategien sehr hoch. Vor diesem Hintergrund erzielte das Geschäftsfeld Fondsdienstleistungen 2021 beeindruckende Erfolge bei der Akquisition von alternativen Investmentfonds-Projekten.

Alleinstellungsmerkmal LuxCredit-Vermittlungsgeschäft

Dem strategischen Zielbild und Trend der Vorjahre folgend erhöhte sich im Geschäftsfeld Kredit der Anteil der variablen EUR-Finanzierungen am Gesamtkreditvolumen von 5,5 Milliarden Euro weiter. Das zurückgehende CHF-Volumen konnte mit Neugeschäften in Euro kompensiert werden. Unter dem Namen VR Eigenheim&Flexibilität bietet die DZ PRIVATBANK seit 2021 eine neue, einzigartige Lösung für Kunden an, die große Teile ihres Vermögens in Immobilien gebunden haben – ein Alleinstellungsmerkmal für Kunden und Genossenschaftsbanken für das Wachstumspotenzial „Best Ager“.

2021 konnte die DZ PRIVATBANK erneut mit ihrer sehr hohen Qualität in der Beratung vermögender Privatkunden, Unternehmer, Stiftungen und wohlhabender Familienverbände bei der Analyse des Fachmagazins „Elite Report“ überzeugen. Die Bank wurde bereits zum achten Mal hintereinander mit dem höchsten Prädikat „summa cum laude“ ausgezeichnet.

www.dz-privatbank.com

R+V Versicherung

Auch im zweiten Corona-Jahr in Folge steigerte die R+V ihren Umsatz und setzte 2021 ihren ertragsorientierten Wachstumskurs erfolgreich fort. Trotz weiterhin niedriger Zinsen und einer angesichts der Corona-Pandemie zurückhaltenden Bevölkerung sowie steigender Preise erhöhte die R+V Versicherungsgruppe – inklusive Rückversicherungs- und Auslandsgeschäft – ihre Beitragseinnahmen um 1,2 Prozent. Sie überschritt damit die 20-Milliarden-Euro-Marke. So erreichte die R+V ihr strategisches Beitragsziel von 20 Milliarden Euro zum 100-jährigen Firmenjubiläum 2022 bereits ein Jahr früher als geplant.

Im deutschen Erstversicherungsgeschäft kletterten die gebuchten Beiträge in der R+V Versicherungsgruppe um 1,1 Prozent auf 16,2 Milliarden Euro. Damit bewegte sich der genossenschaftliche Versicherer auf Marktniveau. Mehr als 8,9 Millionen Kunden vertrauen der R+V. Die versicherten Risiken wuchsen 2021 auf 27,2 Millionen Euro.

Neues Produktportfolio in der
Lebensversicherung voller Erfolg

Die Lebens- und Pensionsversicherung erzielte 2021 ein Beitragsvolumen von über 8,9 Milliarden Euro. Damit lag sie auf dem Niveau des Vorjahres, in dem die R+V ein Umsatzplus von mehr als 9 Prozent auf 9 Milliarden Euro verzeichnen konnte. Die neue Produktpalette, mit der R+V seit Anfang 2021 verstärkt auf chancenorientierte Angebote setzt, kommt sehr gut an. Besonders positiv entwickelte sich 2021 in der privaten Altersversorgung das Geschäft mit fondsgebundenen Versicherungen. Dies legte um fast 50 Prozent auf ein Beitragsvolumen von 1,5 Milliarden Euro zu. Den weiterhin größten Anteil am Gesamtumsatz der R+V Lebens- und Pensionsversicherer hatte die betriebliche Altersversorgung mit 2,8 Milliarden Euro.

Im Neugeschäft erhöhte sich der laufende Beitrag bei der R+V gegen den Branchentrend kräftig um 21,9 Prozent auf 1,1 Milliarden Euro. Die Einmalbeiträge gingen um 6,4 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro zurück. Besonders positiv entwickelten sich die fondsgebundenen Vorsorgeprodukte. Der Neugeschäftsbeitrag steigerte sich hier um rund 80 Prozent auf mehr als 1 Milliarde Euro. Überaus gefragt war dabei im letzten Quartal 2021 das R+V-Investmentkonzept Duo Invest, das die R+V seit Herbst 2021 zusammen mit Union Investment anbietet. Auch bei den Neuen Garantien schrieb die R+V die Erfolgsgeschichte der Safe+Smart-Produktfamilie weiter. Der Neubeitrag in der privaten Altersvorsorge erhöhte sich um das 1,5-Fache auf 900 Millionen Euro.

Krankenversicherung wächst stark mit
kundenorientierten Angeboten

Die R+V Krankenversicherung entwickelte sich im wachsenden Gesundheitsmarkt weiter hervorragend. Sie legte 2021 ein deutlich marktüberdurchschnittliches Wachstum von 15,1 Prozent auf 752 Millionen Euro hin. Der Gesamtmarkt wuchs um 5 Prozent. Die Anzahl der versicherten Personen kletterte 2021 deutlich um 21,4 Prozent auf 1,5 Millionen Versicherte. Die R+V gewann sowohl bei den Vollversicherten (+3,6 Prozent auf rund 66.000) als auch bei den Zusatzversicherten (+22,4 Prozent auf 1,4 Millionen) dazu.

Ein wesentlicher Wachstumstreiber in der Vollversicherung waren die neuen Beihilfetarife, mit denen die R+V viele Beamte für sich gewinnen konnte. In der Zusatzversicherung waren es vor allem die Tarife für Mitglieder von Genossenschaften und der R+V Betriebskrankenkasse, die sehr stark nachgefragt wurden. Die betriebliche Krankenversicherung entwickelte sich ebenfalls erneut sehr gut. Sie wuchs bei den versicherten Personen um 3 Prozent auf mehr als 177.000. Auch die betriebliche Pflegeversicherung CareFlex Chemie erwies sich als Erfolgsprodukt: Seit 2021 bietet die R+V zusammen mit der Barmenia Krankenversicherung in der Chemiebranche die bundesweit erste tarifliche Pflegeabsicherung an. Das Konsortium verzeichnete Ende 2021 bereits rund 420.000 Versicherte.

Schaden- und Unfallversicherung schlägt den Markt

Die Schaden- und Unfallversicherung legte 2021 um 3,2 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro zu, während die Branche um 2,2 Prozent wuchs. Alle Sparten trugen dazu bei. Im hart umkämpften Kfz-Versicherungsmarkt steigerte die R+V ihren Umsatz um 1,8 Prozent auf 2,8 Milliarden Euro. Die R+V als drittgrößter deutscher Kfz-Versicherer erhöhte ihren Bestand an versicherten Fahrzeugen 2021 um 125.000 auf mehr als 5 Millionen.

Sehr erfolgreich war die R+V erneut im Firmenkundengeschäft, insbesondere bei der Haftpflicht-, der Sach- und der Tierversicherung. Insgesamt stieg der Umsatz um 5,5 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro. Auch in der Kreditversicherung – hier zählt die R+V deutschlandweit zu den führenden Versicherern – kletterte der Umsatz um 5,2 Prozent auf 580 Millionen Euro.

Die schweren Unwetterereignisse des vergangenen Jahres führten zu einer besonders hohen Nachfrage nach Versicherungsschutz gegen

Elementarschäden: Die Beiträge in der privaten Wohngebäudeversicherung erhöhten sich 2021 um 5,1 Prozent auf 515 Millionen Euro.

Im aktiven Rückversicherungsgeschäft gingen die Beiträge leicht um 2,0 Prozent auf gut 3 Milliarden Euro zurück.

www.ruv.de

R+V-Beitragsentwicklung 2021 (vorläufig)	2021	2020	Veränderung
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. Euro	Mio. Euro	in Prozent
R+V Gruppe (HGB)	20.144	19.913	1,2
Erstversicherer Inland (HGB) davon	16.195	16.018	1,1
Lebensversicherung inklusive Lebens-/Pensionsversicherung, -fonds	8.920	9.040	-1,3
Krankenversicherung	752	653	15,1
Schaden-/Unfallversicherung	6.524	6.325	3,2
Aktive Rückversicherung (HGB)	3.020	3.081	-2,0
Neugeschäft Leben/Pension	5.463	5.567	-1,9
Neubeiträge davon:			
Einmalbeiträge	4.384	4.683	-6,4
Laufende Beiträge	1.078	885	21,9

Münchener Hypotheken- bank eG

Die MünchenerHyp hat ihr Jubiläumsgeschäftsjahr 2021 mit einem Rekordneugeschäft abgeschlossen. Sie vergab private und gewerbliche Immobilienfinanzierungen in einem Gesamtvolumen von 6,8 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung um 6,3 Prozent. Zieht man den Kauf von Kapitalmarktstiteln zur Steuerung von Liquiditätsanforderungen hinzu, lag das Neugeschäft erstmals in der 125-jährigen Geschichte als eigenständige Genossenschaftsbank über 7 Milliarden Euro.

Drei Viertel des Neugeschäfts
mit Partnerbanken

Mit 3,1 Milliarden Euro entfallen rund drei Viertel des Neugeschäfts in der privaten Wohnimmobilienfinanzierung auf die Partnerbanken aus der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Insgesamt belief sich das Neugeschäft in der privaten Wohnimmobilienfinanzierung auf 4,3 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs von 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung stand das Darlehensgeschäft weiter unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Vor diesem Hintergrund gelang zumindest eine leichte Steigerung des Neugeschäfts um 3,5 Prozent auf rund 2,5 Milliarden Euro.

Am Kapitalmarkt konnte sich die MünchenerHyp zu attraktiven Konditionen refinanzieren. Bei den Pfandbriefemissionen ragten vor allem zwei langlaufende Hypothekendarlehen mit einem Volumen von jeweils 500 Millionen Euro heraus sowie ein Hypothekendarlehen über 350 Millionen Euro,

mit dem die Bank erfolgreich an den britischen Kapitalmarkt zurückkehrte.

Ertragskraft weiter gestärkt

Mit dem guten Neugeschäft konnte die MünchenerHyp auch ihre Ertragskraft weiter stärken. Der Zinsüberschuss erhöhte sich um 15,8 Prozent auf 402,6 Millionen Euro. Da das Neugeschäft in der privaten Immobilienfinanzierung zum größten Teil an die Bank vermittelt wird, sind bei dem Rekordergebnis auch die Provisionsaufwendungen gestiegen – und zwar um 16,1 Prozent auf 142,2 Millionen Euro. Daraus ergab sich ein Zins- und Provisionsüberschuss von 272,4 Millionen Euro. Dies ist eine Steigerung von 14,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit betrug 112,7 Millionen Euro. Nach einem Steueraufwand von 53,6 Millionen Euro verbleibt ein Jahresüberschuss von 59,1 Millionen Euro.

Die Bilanzsumme wuchs bis Ende 2021 auf 52,5 Milliarden Euro nach 48,6 Milliarden Euro zum 31. Dezember 2020. Dieser Anstieg um 8 Prozent beruht vor allem auf dem Bestandswachstum im Hypothekengeschäft. So konnte der Bestand an Hypothekenfinanzierungen um 3,2 Milliarden Euro auf 41,6 Milliarden Euro ausgeweitet werden. Wachstumsstärkstes Segment mit einem Zuwachs von 2,0 Milliarden Euro war erneut die private Wohnimmobilienfinanzierung in Deutschland.

Die Eigenkapitalausstattung der MünchenerHyp bleibt sehr solide. Die harte Kernkapitalquote betrug Ende 2021 20,4 Prozent. Sie liegt damit weiter deutlich über den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder wuchsen um 90,1 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro.

www.muenchenerhyp.de

VR Smart Finanz

Als digitale Gewerbekundenfinanziererin in der genossenschaftlichen FinanzGruppe unterstützt die VR Smart Finanz die Geschäfts- und Gewerbekunden sowie kleinen Mittelständler ihrer Partnerbanken. Dafür bietet sie ein Lösungsnetz aus einfachen, schnellen Finanzierungslösungen für Leasing, Mietkauf und Kredit bis 750.000 Euro sowie digitalen Services rund um den Finanzalltag an. Besondere Stärken der VR Smart Finanz sind treffsichere Finanzierungsentscheidungen in wenigen Minuten, sowohl im Beratungsgespräch vor Ort als auch über eine Online-Abschlussstrecke auf den Webseiten der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Marktumfeld belastet
Neugeschäftsentwicklung

Das Marktumfeld der VR Smart Finanz war 2021 deutlich stärker von der Corona-Pandemie belastet als erwartet. Die pandemiebedingte Unsicherheit sorgte zusammen mit anhaltenden Lieferkettenproblemen für eine erneute Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit im Mittelstand. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen führten zugleich zu einer guten Liquiditätsausstattung bei kleinen und mittleren Unternehmen. Somit blieb die Nachfrage nach Unternehmerkrediten unter Vorkrisenniveau. Zugleich wurden deutlich weniger KfW-Fördermittel in Anspruch genommen. Im Einklang mit dem Markt verzeichnete die VR Smart Finanz einen deutlichen Rückgang im Neugeschäft um rund 31 Prozent auf 869 Millionen Euro. Auch das Bestandsvolumen sank leicht auf rund 3 Milliarden Euro. Erfreulich entwickelten sich demgegenüber die Anfragen nach Investitionsfinanzierungen. Diese stiegen sukzessive an und erreichten im vierten Quartal nahezu Vorkrisenniveau. Die kundengerechte Weiterentwicklung der digitalen Services VR Smart Guide und Bonitätsmanager trug dazu bei, dass die Nutzerzahlen nahezu verdoppelt und die Kundenanzahl um rund 19 Prozent auf 108.000 gesteigert werden konnte.

Ergebnis durch Reduktion bei
Risikovorsorge und Kosten verbessert

Die mit rund 98 Prozent hohe Kundensolvenzquote ermöglichte es, die Zuführungen zur Risikovorsorge deutlich zu reduzieren. Durch konsequente Maßnahmen zur Kostensenkung wurden auch die Verwaltungsaufwendungen deutlich vermindert. Sie sanken gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent. Die Reduktion von Risikovorsorge und Kosten kompensierte die gesunkenen Erträge aus dem Neugeschäft und aus der niedrigen Zinsmarge des Förderkredits. So konnte mit –9,4 Millionen Euro zwar ein negatives, aber ein zum Vorjahr deutlich verbessertes Ergebnis vor Steuern erzielt werden.

Alternative Vertriebswege
subsidiär erschließen

Um die Volksbanken und Raiffeisenbanken dabei zu unterstützen, relevante digitale Vertriebskanäle zu nutzen und zu erschließen, hat die VR Smart Finanz 2021 im ersten Schritt ihren Unternehmerkredit VR Smart flexibel in die Omnikanalplattform der genossenschaftlichen FinanzGruppe integriert. Sukzessive soll das gesamte Lösungsangebot folgen. Über eine Kooperation mit der KMU-Finanzierungsplattform COMPEON hat das Unternehmen einen weiteren potenzialträchtigen Vertriebskanal subsidiär erschlossen. 2022 sind Kooperationen mit weiteren Plattformen im KMU-Segment geplant. Ziel dabei: die gemeinsame Marktbearbeitung mit den Genossenschaftsbanken weiter zu intensivieren und in einem wettbewerbsintensiven Umfeld neue Ertragspotenziale zu ermöglichen.

www.vr-smart-finanz.de

Die TeamBank AG verzeichnete trotz der Herausforderungen der Corona-Pandemie 2021 ein gutes Geschäftsergebnis. Zum 31. Dezember 2021 lag der Ratenkreditbestand mit 9,0 Milliarden Euro leicht über dem Niveau des Vorjahres (+1,7 Prozent). Die Zahl der Kundinnen und Kunden belief sich auf 984.000 (+2,2 Prozent).

In einem weiteren von Corona dominierten Jahr konnte die TeamBank als Kompetenzzentrum für modernes Liquiditätsmanagement ihre Rolle als verlässlicher Partner der Genossenschaftsbanken in Deutschland und Österreich erneut unter Beweis stellen. Mit 30 neu gewonnenen und reaktivierten Partnerbanken wurde diese Zusammenarbeit konsequent weiter ausgebaut. Insgesamt kooperieren über 90 Prozent aller deutschen Genossenschaftsbanken mit der TeamBank. In Österreich arbeitet das Nürnberger Finanzinstitut zum 31. Dezember 2021 mit allen Volksbanken und 38 Prozent der Raiffeisenbanken zusammen.

Der Risikovorsorgeaufwand lag mit 56,5 Millionen Euro um 2,8 Millionen Euro unter dem Niveau des Vorjahres (59,3 Millionen Euro).

An die Partnerbanken in Deutschland wurden im Berichtsjahr 255,7 Millionen Euro (-0,1 Prozent) Provisionen ausgeschüttet. Die Provisionen an österreichische Partnerbanken betragen 49,1 Millionen Euro (+25,5 Prozent). Das Ergebnis vor Steuern in Höhe von 151,3 Millionen Euro (2020: 153,6 Millionen Euro) unterstreicht das stabile Geschäftsmodell der TeamBank AG.

Die Bilanzsumme stieg im Geschäftsjahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Prozent auf 10,0 Milliarden Euro (2020: 9,3 Milliarden Euro).

Das Serviceangebot der TeamBank für Kundinnen und Kunden, ihre Kredite selbstständig zu verwalten, erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Binnen eines Jahres stieg die Self-Service-Quote um 12 Prozentpunkte auf 57 Prozent (2020: 45 Prozent).

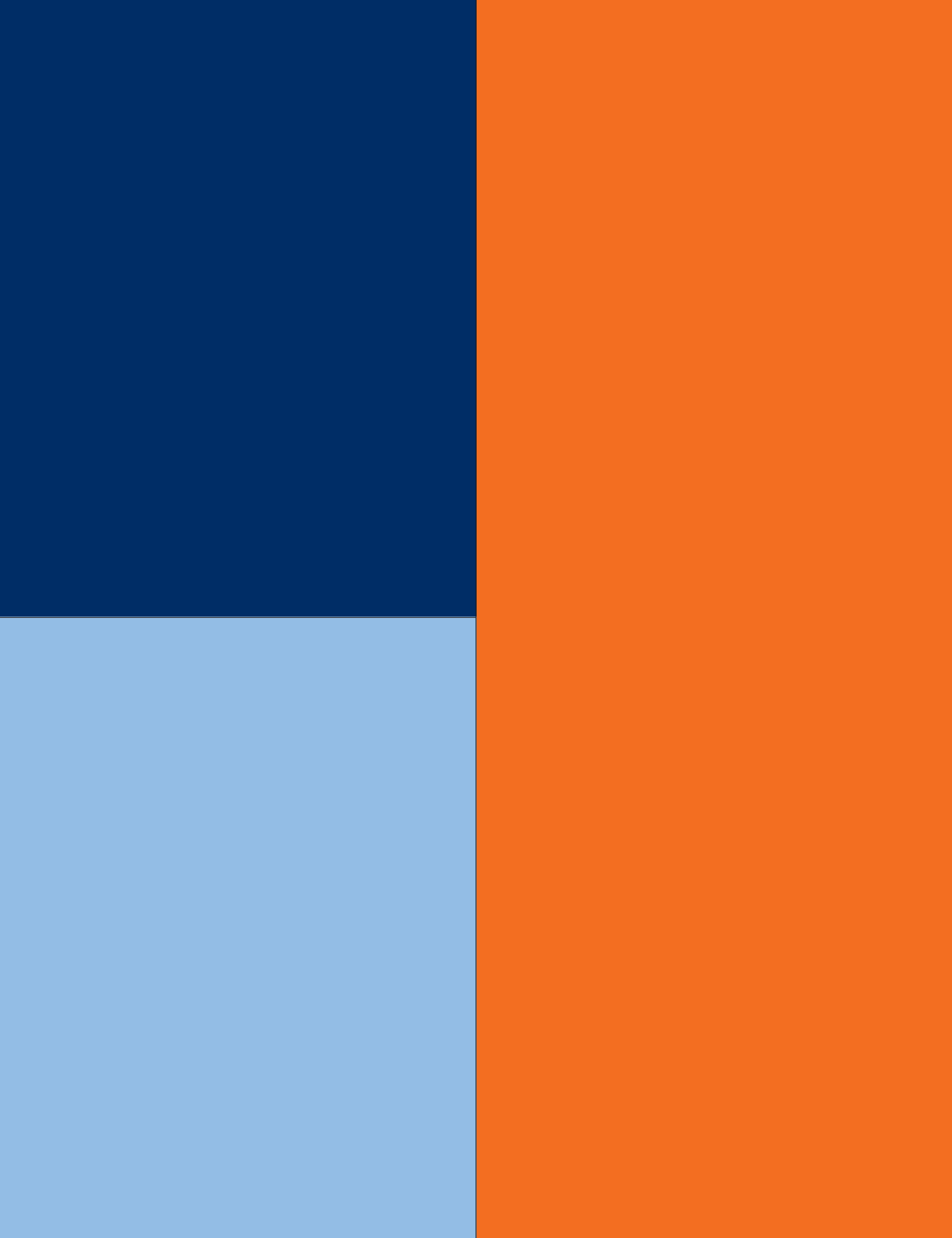
Mit der neuen genossenschaftlichen Ratenkreditplattform GENOFLEX können alle teilnehmenden Genossenschaftsbanken erstmals Ratenkredite von weiteren Finanzinstituten anbieten, sofern kein easyCredit-Abschluss zustande kommt. GENOFLEX wurde als Joint Venture der TeamBank und der Hypoport SE im Herbst 2021 gegründet und befindet sich derzeit in der Pilotierung.

Dass sich digitale Innovationen und die Schonung von Ressourcen nicht ausschließen, zeigt die Lösung der TeamBank zum digitalen Vertragsabschluss in den Filialen der Partnerbanken in Deutschland und Österreich. Damit werden nicht nur sehr viele Seiten Papier gespart, sondern die Genossenschaftsbanken gewinnen ebenso wertvolle Zeit, die sie stattdessen in ihre Kundinnen und Kunden investieren können. Aufgrund der kontinuierlichen Steigerung der Nutzungsquote konnten dadurch im Jahr 2021 in Deutschland und Österreich über neun Millionen gedruckte Papierseiten und damit rund 45 Tonnen Papier eingespart werden.

Ganz nah am Handel

Beim Teilzahlungsverfahren ratenkauf by easyCredit wurden die Bestellmöglichkeiten auch im stationären Handel erweitert. Damit ist die TeamBank ganz nah am Handel und bietet maßgeschneiderte Lösungen für das veränderte Konsumverhalten. Dies wird auch vom Deutschen Institut für Service-Qualität (DISQ) gewürdigt, das den ratenkauf by easyCredit als „Finanzprodukt des Jahres 2021“ auszeichnete.

www.teambank.de



Wirtschaftliche Entwicklung

2,9

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands expandierte 2021 um 2,9 Prozent. Die Wirtschaft erholte sich damit merklich vom pandemiebedingten Einbruch des Vorjahres. 2020 ging das reale Bruttoinlandsprodukt um 4,6 Prozent zurück. Die 2019 vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie erreichte Wirtschaftsleistung wurde allerdings noch nicht wieder erlangt. Einer vollständigen Erholung standen unter anderem abermalige Infektionswellen entgegen. Diese dämpften die Aktivitäten insbesondere in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen. Zudem belasteten außergewöhnlich stark zunehmende Materialknappheiten und Rohstoffpreise das Wirtschaftsgeschehen, vor allem im produzierenden Gewerbe.

3,1

Nach einer längeren Phase mit moderater Teuerung zogen die Verbraucherpreise deutlich an. Der amtliche Verbraucherpreisindex stieg im Jahresdurchschnitt um 3,1 Prozent und damit so stark wie seit 1993 nicht mehr. Im Krisenjahr 2020 lag die Inflationsrate noch bei 0,5 Prozent. Maßgeblich für diesen rasanten Anstieg waren verschiedene Sondereffekte. Preistreibend wirkten unter anderem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom zweiten Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Konjunkturunbruch vom Frühjahr 2020. Auch die im Zuge der allgemeinen Erholung gestiegenen Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme trugen signifikant zum Anstieg der Inflationsrate bei.

36

36 Prozent Plus zum Vorjahresmonat betrug die Verbraucherpreisinflation in der Türkei im Dezember 2021. Im Januar lag sie noch bei 15 Prozent. Dagegen verblieben die deutschen Inflationsraten, mit in der Spitze 5,3 Prozent zum Vorjahresmonat im Dezember. Ursächlich für die hohen Werte sind die eigenwillige und ineffektive Geldpolitik der türkischen Notenbank, auf Inflation mit Zinssenkungen zu reagieren, sowie die hohe Abhängigkeit des Landes von Rohstoffimporten.

Die öffentliche Hand Deutschlands schloss 2021 mit einem Finanzierungsdefizit von 132,5 Milliarden Euro ab. Der Saldo der Staatsfinanzen lag bereits im Vorjahr deutlich im negativen Bereich. Grund für das Defizit waren nicht zuletzt die andauernden staatlichen Mehrausgaben zur Abfederung der negativen Pandemiefolgen, wie die Zahlung von

132,5

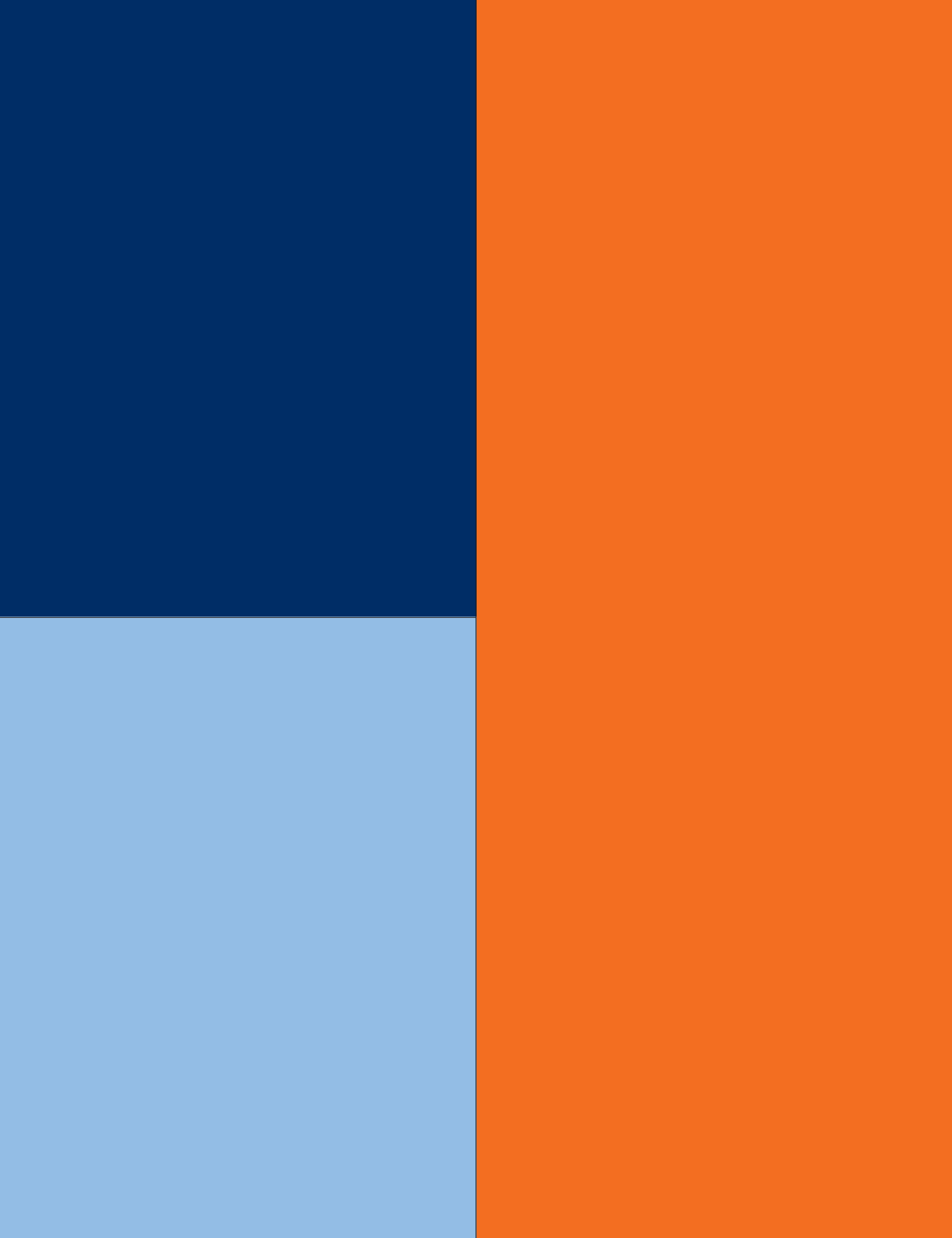
Überbrückungshilfen an Unternehmen und die Verlängerung des verbesserten Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Die Schuldenquote dürfte von gut 69 Prozent im Vorjahr auf etwa 71 Prozent gestiegen sein und damit die Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent erneut deutlich überschritten haben.

4.7000

4.700 Milliarden Euro in Anleihebeständen hielt die EZB am Ende des Jahres im Kontext der Ankaufprogramme APP und PEPP. Damit entspricht der Bestand der Zentralbank knapp 40 Prozent des Euroraum-Bruttoinlandsprodukts. Auf das seit 2014 laufende Anleihekaufprogramm APP entfielen dabei 3,1 Billionen Euro, auf das pandemiebedingte Paket PEPP die restlichen 1,6 Billionen. Der Großteil der Anleihekäufe floss in Staatsanleihen von Euroraumstaaten und zu etwa 27 Prozent in deutsche Bundesanleihen.

16.251 Punkte erreichte der DAX am 17. November 2021. Das ist ein Plus von 18 Prozent gegenüber dem Wert zu Beginn des Jahres. Gute Unternehmensbilanzen, positive Impulse aus den USA und die Hoffnung auf ein Ende der Coronapandemie trieben die Kurse im November zu neuen Höchstständen. Doch die Ausbreitung der Omikron-Variante des Coronavirus ab November und die zunehmenden Inflationssorgen dämpften diese Hoffnungen. Der DAX schloss das Jahr mit 15.834 Punkten ab.

16.251



Wirtschaftliche Entwicklung

Konjunktur
2021

Wirtschaft auf Erholungskurs

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft weiter von dem durch die Corona-Pandemie ausgelösten Konjunkturunbruch des ersten Halbjahres 2020. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte im Vorjahresvergleich um deutliche 2,9 Prozent. 2020 war es massiv um 4,6 Prozent zurückgegangen. Das Wirtschaftswachstum hätte noch höher ausfallen können, wenn die Konjunktur nicht weiter durch die Folgen der anhaltenden Pandemie gedämpft worden wäre.

Pandemiefolgen belasten weiterhin

Das Wirtschaftsgeschehen wurde besonders zu Jahresbeginn und zum Jahresende durch die Coronawellen und die zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt. Von den Schutzmaßnahmen waren vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche betroffen, wie die Reisebranche, die Kreativwirtschaft und das Gastgewerbe. Zudem bremsen die zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geografisch breit angelegte Konjunkturerholung führte nämlich zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern wie Halbleitern, Plastik und Metallen sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Stagnation des Privatkonsums

Mit den schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen im Sommer und den erzielten Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung setzte sich die im zweiten Halbjahr 2020 begonnene Erholung der privaten Konsumausgaben fort. Begünstigt wurde das Konsumklima auch durch die Lohn- und Einkommenszuwächse vieler Privathaushalte sowie einige fiskalpolitische Maßnahmen wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Steuerzahler und die Erhöhung des Kindergeldes. Wegen der pandemiebedingt schwierigen Lage im ersten und vierten Quartal legte der preisbereinigte Privatkonsum aber lediglich um 0,1 Prozent zu. Die privaten Konsumausgaben verharrten damit im Wesentlichen auf dem niedrigen Vorjahresniveau. Im Jahr 2020 waren sie um 5,9 Prozent eingebrochen. Der Staatsverbrauch legte 2021 erneut zu, nicht zuletzt wegen Mehrausgaben im Gesundheitsbereich. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit 3,1 Prozent ähnlich wie im Vorjahr.

Investitionsklima stabilisiert sich

Nach dem starken Rückgang des Vorjahres um 11,2 Prozent stabilisierten sich die Ausrüstungsinvestitionen 2021 ebenfalls. Angesichts des besseren globalen Konjunkturmilieus, der steigenden Auslastung der Wirtschaft und der nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen mit anhaltend niedrigen Zinsen erhöhten sich die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um 3,4 Prozent. Das Wachstum der Investitionsausgaben hätte ohne die hohen Rohstoffpreise und Materialengpässe noch deutlich stärker ausfallen können. Dies gilt auch für die Bauinvestitionen. Ihr langjähriger Aufwärtstrend setzte sich abgeschwächt fort (+0,7 Prozent nach +2,5 Prozent

im Vorjahr). Wichtigste Wachstumsstütze blieb der Wohnungsbau, der weiterhin vom enormen Bedarf an Wohnraum und dem günstigen Finanzierungsumfeld profitierte. Alles in allem blieben die Investitionsausgaben leicht hinter dem vor Ausbruch der Coronakrise in Deutschland im Jahr 2019 erreichten Stand zurück.

Wachstumsimpulse vom Außenhandel

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung und des vielfachen Abbaus pandemiebedingter Reisebeschränkungen nahm der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft spürbar an Fahrt auf. Eine Ausnahme bildete der Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich. Dieser entwickelte sich wegen des zum Jahresanfang vollzogenen Austritts des Landes aus der Europäischen Union vergleichsweise schwach. Angesichts kräftig steigender Exporte (+9,9 Prozent) und leicht weniger dynamisch expandierender Importe (+9,3 Prozent) lieferte der Außenhandel einen positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 0,8 Prozentpunkten. Die vor Krisenausbruch erreichten Niveaus konnten aber auch hier noch nicht wieder erlangt werden.

Staat erneut mit hohem Finanzierungsdefizit

Trotz der Konjunkturerholung blieb die Situation der öffentlichen Haushalte 2021 angespannt. Der Staat schloss das zweite Jahr in Folge mit einem hohen Finanzierungsdefizit ab. Hierzu trug auch bei, dass die staatlichen Mehrausgaben zur Abfederung der negativen Pandemiefolgen

vielfach andauerten, wie die Zahlung von Überbrückungshilfen an Unternehmen und die Verlängerung des verbesserten Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Der gesamtstaatliche Fehlbetrag lag bei 132,5 Milliarden Euro. Das entsprach 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Schuldenquote dürfte von gut 69 Prozent im Vorjahr auf etwa 71 Prozent gestiegen sein und damit die Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent erneut deutlich überschritten haben. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2021 werden voraussichtlich im April 2022 veröffentlicht.

Rückläufige Arbeitslosigkeit

Durch die voranschreitende Erholung und den demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräftemangel ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um knapp 82.000 auf rund 2,6 Millionen Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent auf 5,7 Prozent. Die Erwerbstätigenzahl blieb trotz einer spürbaren Belebung im Sommer im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Millionen Menschen.

Kräftiger Anstieg der Inflationsrate

Nach vielen Jahren mit moderater Entwicklung zogen die Verbraucherpreise 2021 merklich an. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen Verbraucherpreisindex, stieg nahezu stetig von 1,0 Prozent im Januar auf 5,3 Prozent im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 Prozent und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des

Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 lag die Inflationsrate noch bei 0,5 Prozent. Für den rasanten Anstieg waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom zweiten Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Auch die Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

erneut, wenn auch mit einer Veränderungsrate von -1,4 Prozent weniger stark als im Vorjahr (-2,4 Prozent).

Industrie schwenkt auf Wachstumskurs ein

Im verarbeitenden Gewerbe standen die Zeichen – nach zwei Jahren mit rückläufiger Entwicklung – 2021 auf Wachstum. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs, die 2020 noch um 10,0 Prozent eingebrochen war, legte um 4,7 Prozent zu. Impulsgeber hierfür war vor allem die anziehende Auslandsnachfrage. Dies zeigen die amtlichen Indizes zur preisbereinigten Umsatzentwicklung. Den Indizes zufolge erhöhte sich der mit dem Ausland erzielte Umsatz (+7,7 Prozent) deutlicher als der Inlandsabsatz (+2,6 Prozent). Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes erzielten die Hersteller von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (+13,0 Prozent) sowie die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (+10,5 Prozent) das stärkste Umsatzwachstum, trotz vielfach fehlender Halbleiter und Computerchips. Auch die für die Gesamtentwicklung besonders wichtigen Bereiche Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+5,5 Prozent) sowie Maschinenbau (+7,1 Prozent) erzielten kräftige Zuwachsraten. Die im Vorjahr erlittenen Verluste wurden hier allerdings noch nicht wieder ausgeglichen. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe waren im Jahresdurchschnitt 2021 knapp 7,5 Millionen Erwerbstätige beschäftigt. Ihre Anzahl verminderte sich damit

Abnehmende Dynamik in der Bauwirtschaft

Nachdem die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes 2020 noch deutlich um 3,8 Prozent zugelegt hatte, gab sie 2021 leicht um 0,5 Prozent nach. Dies lag unter anderem an den witterungsbedingten Beeinträchtigungen zu Jahresbeginn, die stärker ausfielen als im Vorjahr. Auch fehlten einige Bauprojekte, die wegen der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung Ende 2020 vorgezogen worden waren. Zudem belasteten Lieferengpässe und starke Preissteigerungen bei Baumaterialien (unter anderem bei Holz, Stahl, Kunststoffen und Kupfer) die Aktivitäten. Hinzu kam, dass sich der Staat wegen der angespannten Finanzlage mit der Vergabe von Bauaufträgen zurückhielt. Dies hinterließ auch in den amtlichen Umsatzdaten der Monatsberichte für das Bauhauptgewerbe sichtbare Spuren. Diese Daten sind allerdings nicht preisbereinigt, sondern nur in jeweiligen Preisen verfügbar. Demnach sank der im öffentlichen Bau erzielte baugewerbliche Umsatz in den ersten drei Quartalen um 2,8 Prozent, während im Wohnungsbau (+2,5 Prozent) und im Wirtschaftsbau (+0,8 Prozent) Anstiege zu verzeichnen waren. Alles in allem legte der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe um 0,5 Prozent zu und war damit erheblich schwächer als im Ausbaugewerbe (+10,5 Prozent). Die Erwerbstätigenzahl stieg im gesamten Baugewerbe abermals an, um 1,1 Prozent auf gut 2,6 Millionen Menschen.

Preisbereinigtes Wirtschaftswachstum in Deutschland

	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent		Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	
	2021	2020	2021	2020
Konsumausgaben	1,1	-3,2	0,8	-2,3
– Private Konsumausgaben	0,1	-5,9	0,1	-3,0
– Konsumausgaben des Staates	3,1	3,5	0,7	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	-2,2	0,3	-0,5
– Ausrüstungsinvestitionen	3,4	-11,2	0,2	-0,8
– Bauinvestitionen	0,7	2,5	0,1	0,3
– Sonstige Anlagen	0,7	1,0	0,0	0,0
Vorratsveränderungen			1,0	-0,9
Inländische Verwendung	2,2	-4,0	2,1	-3,7
Exporte	9,9	-9,3	4,3	-4,3
Importe	9,3	-8,6	-3,5	3,5
Außenbeitrag			0,8	-0,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,9	-4,6	2,9	-4,6

Belebung im Handwerk

Die Handwerkskonjunktur nahm 2021 an Fahrt auf. Darauf lassen die Umsatzdaten der amtlichen Handwerksberichterstattung schließen, die allerdings ebenfalls nur in jeweiligen Preisen vorliegen. Die Handwerksbetriebe generierten in den ersten drei Quartalen einen Umsatzanstieg um 2,9 Prozent. Im gesamten Jahr 2020 nahm der Umsatz lediglich um 1,3 Prozent zu. Besonders deutlich fiel das Plus im Gesundheitsgewerbe (+9,1 Prozent) aus, befördert durch Nachholeffekte bei Praxis- und Ladenbesuchen nach dem eher schwachen Vorjahr. Auch bei den Handwerkern für den gewerblichen Bedarf (+7,1 Prozent), bei den Ausbaugewerken (+4,1 Prozent) und bei den Kraftfahrzeuggewerken (+3,5 Prozent) expandierte der Umsatz kräftig, angeregt nicht zuletzt durch die sich erholende Industriekonjunktur und die anhaltend hohe Nachfrage nach Ausbauleistungen. Bei den Handwerkern für den privaten Bedarf (-3,2 Prozent), bei den Baugewerken (-2,6 Prozent) und bei den Lebensmittelgewerken (-1,6 Prozent) sanken die Umsätze allerdings, entgegen der allgemeinen Entwicklung.

Moderates Umsatzplus im Einzelhandel

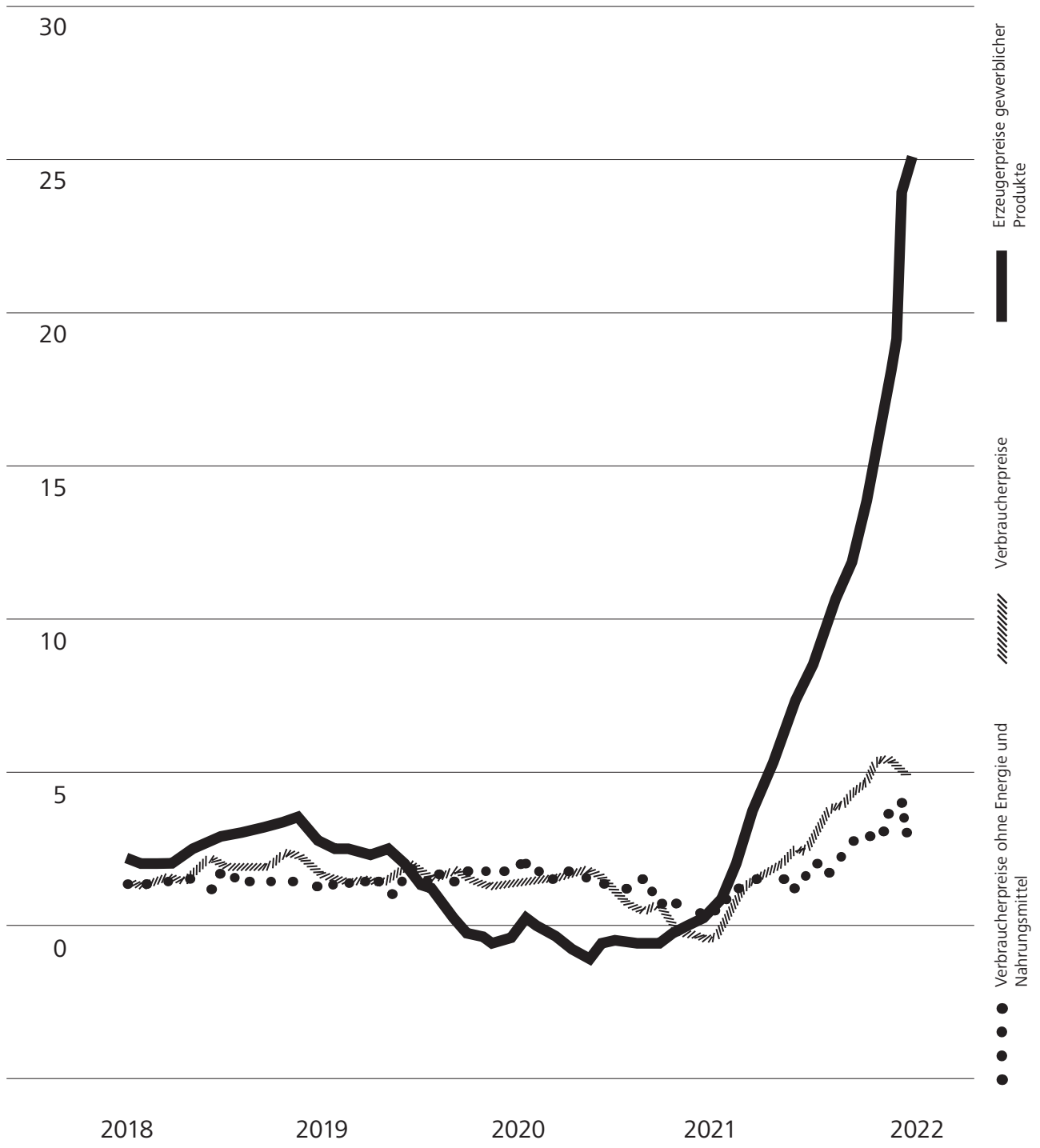
Gemäß ersten amtlichen Schätzungen konnte der Einzelhandel seinen preisbereinigten Umsatz 2021 lediglich um 0,7 Prozent steigern. Im Vorjahr (+4,6 Prozent) war der Absatz noch deutlich kräftiger expandiert. Ausgehend davon und angesichts der pandemiebedingten Belastungen waren die Potenziale für stärkere Erhöhungen aber begrenzt. So wurden die Aktivitäten in vielen Einzelhandelsbereichen ebenfalls durch

Materialknappheiten und Lieferschwierigkeiten beeinträchtigt. Zudem belasteten die zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen den stationären Handel, wie die zum Jahresende bundesweit eingeführte 2G-Regel, die grundsätzlich nur geimpften und genesenen Menschen den Besuch von Geschäften erlaubte. Im Zuge der Schutzmaßnahmen gab der in Verkaufsräumen erzielte Umsatz um 1,3 Prozent nach. Demgegenüber konnte der Internet- und Versandhandel (+12,4 Prozent) abermals ein überdurchschnittliches Plus erzielen. Differenziert nach Warenbereichen musste im Handel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (-8,3 Prozent) der stärkste Umsatzverlust hingenommen werden, nach einem deutlichen Zuwachs im Vorjahr. Das stärkste Umsatzplus war hingegen im Bereich Apotheken, kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte (+5,9 Prozent) zu verzeichnen.

Wachstumsbeschleunigung im Großhandel

Im Gegensatz zum Einzelhandel dürfte sich das Umsatzwachstum im Großhandel gegenüber 2020 beschleunigt haben. Hierauf deuten die bisher vorliegenden amtlichen Daten der Monate Januar bis November hin. Demnach stieg der preisbereinigte Absatz der Großhandelsfirmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,4 Prozent. Im Jahresdurchschnitt 2020 hatte der Absatz noch um 1,9 Prozent zugenommen. Das Umsatzplus der ersten elf Monate von 2021 war breit angelegt. Wachstumsimpulse gingen sowohl von der zunehmenden Produktion als auch von den sich festigenden Konsumausgaben aus. Die Absatzdynamik im Produktionsverbundhandel (+1,7 Prozent) blieb dabei jedoch – nicht zuletzt wegen der hohen Materialengpässe – etwas hinter der im Konsumtionsverbundhandel (+2,8 Prozent) zurück. Wie bereits im Vorjahr erfuhr der Großhandel mit Geräten der Informations- und

Preisentwicklung in Deutschland



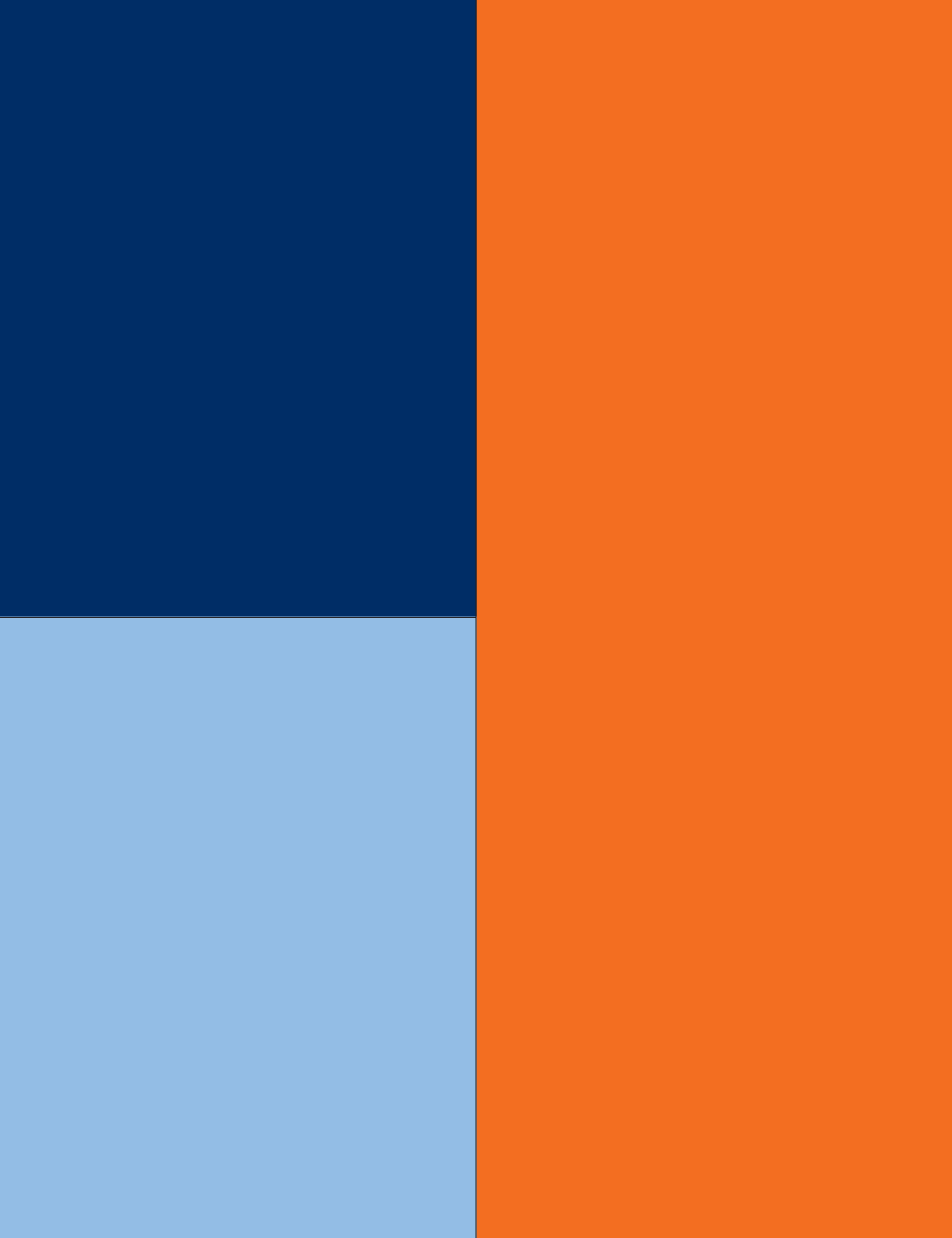
Kommunikationstechnik (+9,4 Prozent) einen merklich über dem Durchschnitt liegenden Zuwachs. Dies verwundert angesichts des anhaltenden Trends zum mobilen Arbeiten und der allgemein voranschreitenden Digitalisierung nicht. Auch im Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (+7,5 Prozent) stieg der Absatz kräftig.

Dienstleistungen: Wertschöpfung wächst

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Dienstleistungssektors entwickelte sich 2021 im Gleichschritt mit der Bruttowertschöpfung aller Sektoren. Sie legte um 2,9 Prozent zu. Im Vorjahr war sie um 4,0 Prozent eingebrochen. Gestützt durch die an Fahrt aufnehmende Industriekonjunktur und die anhaltende Digitalisierung in weiten Lebens- und Wirtschaftsbereichen fiel das Wachstum bei den Unternehmensdienstleistern (+5,6 Prozent) und im Bereich der Information und Kommunikation (+3,4 Prozent) besonders kräftig aus. Auch in den Bereichen öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+3,2 Prozent) sowie Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+3,0 Prozent) konnten im Zuge der allgemeinen Konjunkturbelebung und der Lockerung von virusbedingten Beschränkungen merkliche Zuwachsraten erwirtschaftet werden. In den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,9 Prozent), sonstige Dienstleister (ebenfalls +0,9 Prozent) sowie Finanz- und Versicherungsdienstleister (-0,3 Prozent) entwickelte sich die Wertschöpfung hingegen verhaltener. Die Erwerbstätigenzahl stieg im gesamten Dienstleistungssektor leicht um 0,3 Prozent auf knapp 33,7 Millionen. Sie lag damit aber noch immer unter dem 2019 – vor Ausbruch der Krise – erreichten Niveau von rund 33,8 Millionen.

Landwirtschaft vor großen Herausforderungen

In der Landwirtschaft gewinnen die Themen Tierwohl, Klimaneutralität, Ressourcenschutz und Biodiversität immer mehr an Bedeutung. Allerdings fehlen für die notwendigen Investitionen in diesen Bereichen oftmals klare Zukunftsaussichten. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die ökonomische Situation der Landwirte im Wirtschaftsjahr 2020/2021 verschlechterte. Dämpfend auf die Ertragslage wirkten unter anderem die allgemein deutlich gestiegenen Aufwendungen für Düngemittel, zugekaufte Futtermittel und Energie. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbandes sank das Unternehmensergebnis im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent auf 52.100 Euro. Hauptgrund hierfür war ein Einbruch am Schweinemarkt. Die Rind- und Milchviehhalter konnten ihre Ergebnisse hingegen etwas verbessern. Die Ackerbaubetriebe waren ebenso wie die Sonderkulturbetriebe in der Lage ihr Vorjahresergebnis im Wesentlichen zu halten, auch weil Erntehelfer trotz zeitweiser pandemiebedingter Reisebeschränkungen verfügbar waren. Für den gesamten Agrarsektor, zu dem neben der Landwirtschaft die Forstwirtschaft und die Fischerei zählten, fiel die Jahresbilanz 2021 ebenfalls schwach aus. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs sank um 1,6 Prozent, nachdem sie im Vorjahr um 1,7 Prozent gestiegen war. Die Zahl der Erwerbstätigen ist erneut zurückgegangen, gegenüber 2020 um 3,1 Prozent auf 562.000 Menschen.



Wirtschaftliche
Entwicklung

Finanzmärkte

Corona, Engpässe, Inflation treiben die Märkte

Der Verlauf der Corona-Pandemie prägte im Jahr 2021 nicht nur das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch die Entwicklung der Finanzmärkte. Zum Jahresbeginn belasteten die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie die Wirtschaft erheblich (ebenso wie zum Jahresende). Die wirtschaftlichen Perspektiven erschienen jedoch aufgrund der Entwicklung und Zulassung mehrerer Impfstoffe gegen das Coronavirus positiv. Im Frühjahr kam es dann zu der erwarteten dynamischen Belebung der Konjunktur. Das Wirtschaftswachstum fiel aber bei Weitem nicht so hoch aus wie zuvor erwartet. Die Konjunktur wurde durch gravierende Materialengpässe gedämpft, die zahlreiche Industriezweige betrafen.

Gleichzeitig stieg die Inflation ab Mitte des Jahres deutlich. Neben den Materialengpässen waren hierfür auch steigende Energiepreise und mehrere temporäre Sonderfaktoren verantwortlich. In der zweiten Jahreshälfte rückte die Debatte über die Gefahr einer Verfestigung der Inflation in den Fokus. Mehrere Notenbanken strafften ihren geldpolitischen Kurs. Die Fed kündigte im Dezember einen schnelleren Ausstieg aus ihren Anleihekäufen an als zuvor geplant. Die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken ihren Leitzins. Demgegenüber gab die EZB noch kein klares Bekenntnis zu einem Ausstieg aus ihrer Minuszinspolitik.

Fed bereitet sich auf Zinswende vor

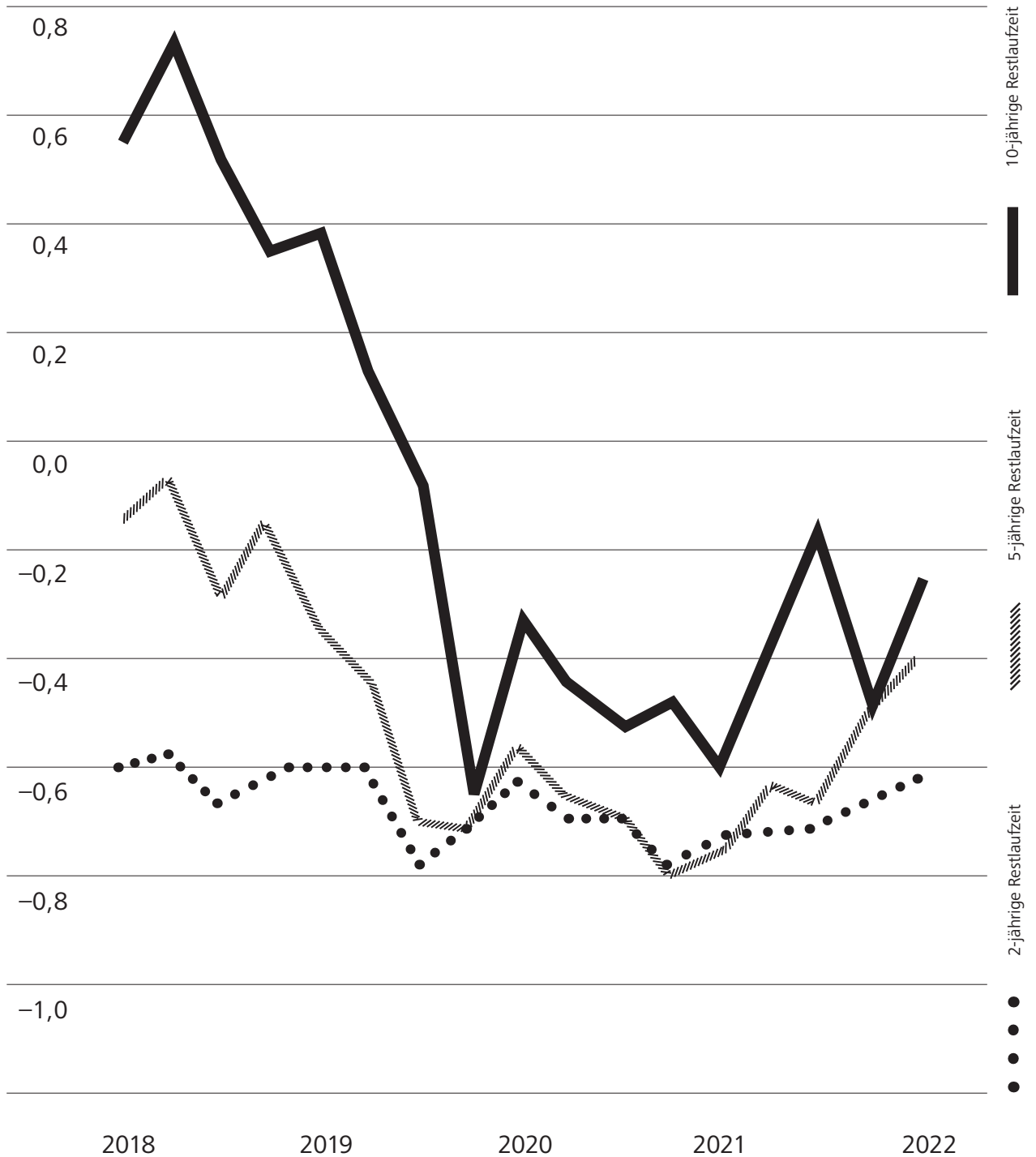
In den USA zeigte sich die Konjunktur robust, auch unter dem Einfluss des massiven, rund 2 Billionen US-Dollar schweren Konjunkturpakets des neuen Präsidenten Joe Biden. Gleichzeitig stieg die Inflation. Sie bewegte sich ab dem Frühjahr über der Marke von 5 Prozent. Im Dezember erreichte sie mit 7,0 Prozent ihr höchstes Niveau seit Anfang der 1980er-Jahre. Der Anstieg wurde zwar zum Teil durch vorübergehende Sonder- und Basiseffekte verursacht, mehr und mehr setzte sich aber die Erwartung durch, dass die Inflation auch im Jahr 2022 hoch bleiben würde.

Im November beschloss der Offenmarktausschuss der Fed, das monatliche Nettokaufvolumen an Anleihen von 120 Milliarden Dollar um monatlich 15 Milliarden Dollar zu vermindern (Tapering). Die Notenbank kündigte dabei ein flexibles Vorgehen entsprechend des konjunkturellen Umfelds an. Bei einer gleichmäßigen Rückführung wären die Neukäufe von Anleihen Mitte 2022 ausgelaufen.

Aufgrund der gestiegenen Inflationsrisiken legte die Fed aber bereits im Dezember nach. Sie beschloss einen schnelleren Ausstieg aus den Nettoanleihekäufen als noch im November. Diesen Plan befolgte die Fed auch und beendete ihre Nettokäufe Anfang März 2022. Die Leitzinsen ließ die Fed im Dezember unverändert. Allerdings deuten die Zinsprognosen der Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums im Mittel auf ein Leitzinsniveau von 1,6 Prozent im Jahr 2023 und 2,1 Prozent im Jahr 2024 hin und lassen somit mehrere Zinsschritte im Jahr 2022 als wahrscheinlich erscheinen, von denen der erste am 16. März 2022 erfolgte.

Renditen von Bundesanleihen, Monatsenddaten

in Prozent



EZB hadert mit Inflationsgefahren

Die EZB setzte ihren ultralockeren geldpolitischen Kurs im Jahr 2021 fort. Ein wesentlicher Pfeiler hierfür waren massive Anleihekäufe im Rahmen des seit 2014 laufenden Anleihekaufprogramms APP und der im März 2020 beschlossenen zusätzlichen Käufe im Rahmen des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP. Die Anleihebestände in den Büchern der EZB erhöhten sich beim APP um rund 200 Milliarden Euro auf 3.100 Milliarden Euro und beim PEPP um 840 Milliarden Euro auf rund 1.600 Milliarden Euro. Zusammengenommen erreichten die Anleihebestände ein Niveau von knapp 40 Prozent des Euroraum-Bruttoinlandsprodukts.

Dem Anstieg der Inflationsrate auf Werte jenseits der 2-Prozent-Marke zu Beginn der zweiten Jahreshälfte und im Dezember auf 5,0 Prozent in der Spitze begegnete die EZB zunächst mit Gelassenheit. Noch Anfang November verwies sie auf die Sonderfaktoren und den mittelfristig nur verhaltenen Inflationsausblick. In den daran anschließenden Wochen geriet das Risiko einer Verfestigung der Inflation stärker in den Blick. In der Ratssitzung im Dezember unternahm die EZB allerdings nur erste, zaghafte Schritte in Richtung einer Zinswende. Wie erwartet wurde ein reguläres Ende des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP zum März 2022 angekündigt, während das pandemieunabhängige Kaufprogramm APP für das Frühjahr 2022 zunächst noch einmal aufgestockt wurde. Ein Enddatum für das Programm wurde 2021 nicht beschlossen, folgte aber im März 2022 infolge der kriegsbedingten Preisschübe. Auch eine von EZB-Präsidentin Christine Lagarde 2021 noch als „sehr unwahrscheinlich“ bezeichnete Zinserhöhung im Jahr 2022 ist inzwischen vorstellbar.

Im Juli 2021 beschloss der EZB-Rat eine Überarbeitung seiner geldpolitischen Strategie. Insgesamt blieben die Veränderungen moderat.

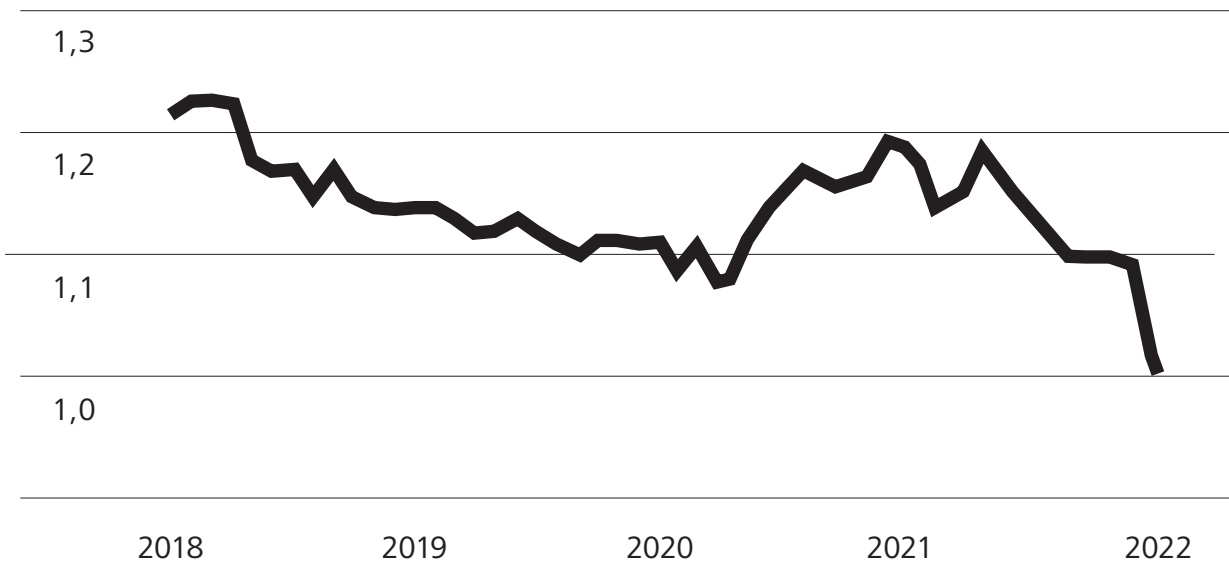
Alles in allem dürften sie aber in der aktuellen Situation zu einer leichten Erhöhung der Inflationserwartungen beitragen. Die EZB strebt nun mittelfristig eine Inflationsrate von 2 Prozent an. Zuvor war als Ziel eine Teuerungsrate von unter, aber nahe 2 Prozent formuliert worden. Zudem sollen perspektivisch in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der zur Messung des vorrangigen Ziels der Geldpolitik verwendet wird, die Kosten selbst genutzten Wohneigentums einbezogen werden. Bislang werden nur Mietkosten erfasst. In der aktuellen Situation könnte dies nach Proberechnungen der europäischen Statistikbehörde Eurostat die ausgewiesene Inflationsrate um knapp 0,25 Prozentpunkte erhöhen. Allerdings sind mit der Umsetzung dieses Vorschlags zahlreiche methodische Herausforderungen verbunden, die noch gelöst werden müssen.

Anleiherenditen im Aufwind

Die Entwicklungen rund um die Pandemie waren für die Anleihemärkte im Jahr 2021 ein zentraler Treiber. In Phasen größerer Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie und damit verbundene Belastungen der Konjunktur stiegen die Kurse. Entsprechend fielen die Renditen. Umgekehrt ging es mit den Kursen abwärts, wenn sich die Perspektiven aufhellten. Gleichzeitig sorgten die Anleihekäufe der EZB im Rahmen des seit 2014 bestehenden Programms APP und des Pandemie-Notfallanleihekaufprogramms PEPP durchgängig für Abwärtsdruck auf die Renditen.

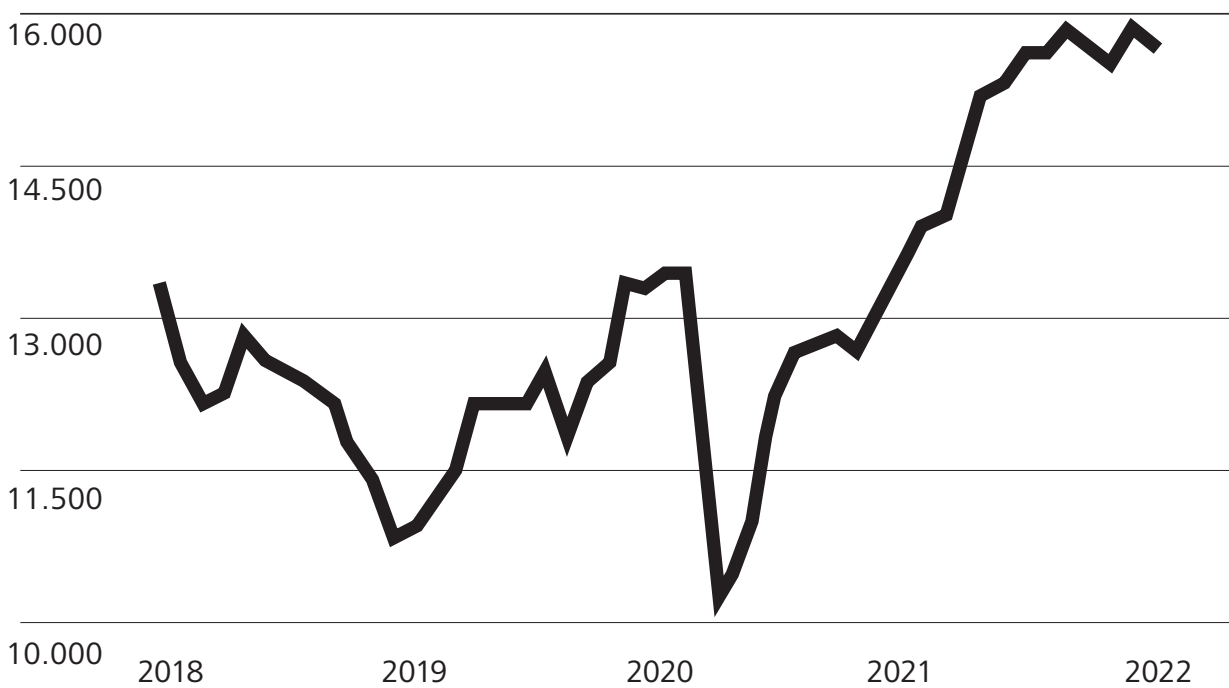
Unter dem Eindruck steigender Impfquoten und dem Ende des Lockdowns tendierten die Renditen vom Jahresbeginn bis zum Frühjahr aufwärts. Die zehnjährige Bundrendite erhöhte sich von -0,54 Prozent zum Jahresbeginn auf in der Spitze -0,11 Prozent im Mai. Bis zum Spätsommer ging es mit den Renditen dann wieder bergab. Treiber war der für die Pandemiebekämpfung unzureichende Impffortschritt. Nach einem erneuten

Wechselkursentwicklung, US-Dollar pro Euro, Monatsdurchschnitt



Quelle: Europäische Zentralbank

DAX-Entwicklung, Indexpunkte, Monatsdurchschnitt



Quelle: Deutsche Börse

Anstieg der Renditen bis in den Oktober hinein mit einem Hoch von $-0,12$ Prozent ging es dann mit den Sorgen vor der vierten Viruswelle im Herbst und dem Auftauchen der Omikron-Variante mit den Renditen wieder bergab.

Zum Jahresende waren es dann die Notenbanken, die einen erneuten Anstieg der Renditen auslösten. Die Fed straffte im Dezember ihren erst im November festgelegten Tapering-Plan deutlich. Damit wurden an den Märkten mehrere Zinsschritte der US-Notenbank im Jahr 2022 für wahrscheinlich gehalten, was die Renditen nach oben zog. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck auf die EZB, dem US-Vorbild zu folgen und einen konkreten Ausstiegsplan vorzulegen. Obgleich die europäischen Währungshüter wenig greifbare Signale in diese Richtung vorlegten, bewegten sich die Renditen zum Jahresende auch im Euroraum deutlich nach oben.

Zum Jahresende lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei $-0,18$ Prozent. Sie hatte sich damit über das gesamte Jahr hinweg wieder sichtbar Richtung der 0-Prozent-Marke bewegt. Ein Jahr zuvor lag die Rendite noch 40 Basispunkte niedriger. In den USA lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen zum Jahresultimo bei 1,50 Prozent, 59 Basispunkte höher als ein Jahr zuvor. Der transatlantische Zinsspread erhöhte sich dadurch im Jahresverlauf wieder, nachdem er sich im Jahr 2021 im Vorjahresvergleich verengt hatte.

Fed gab im Jahresverlauf immer deutlichere Signale auf einen Ausstieg aus ihrem Anleihekaufprogramm und daran anschließende Zinserhöhungen. Die EZB beschloss im Dezember einen Ausstieg aus ihrem pandemiebedingten Notfallanleihekaufprogramm PEPP im März 2022. Sie legte sich aber auf keinen Endtermin der verbleibenden Anleihekäufe im Rahmen des pandemieunabhängigen Kaufprogramms APP fest. Ein Ende der Anleihekäufe wurde von ihr als Voraussetzung für Zinserhöhungen genannt. Zum Jahreschluss notierte die Gemeinschaftswährung bei 1,1326 US-Dollar, das waren 7,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Für viel Wirbel sorgte auf den Devisenmärkten die türkische Lira. Angesichts einer durchgängig sehr hohen Inflation führte der vergleichsweise niedrige Notenbankzins zu einem fortwährenden Abwärtsdruck auf die Währung. Die Verbraucherpreis-inflation stieg von 15 Prozent im Januar auf 36 Prozent im Dezember. Der Leitzins, der noch im März von 17 auf 19 Prozent erhöht worden war, wurde bis zum Jahresende in vier Schritten auf 14 Prozent verringert. Staatspräsident Recep Erdoğan begleitete die Abwärtsbewegung der Lira mit markigen Kommentaren und unkonventionellen Analysen. Hierzu zählte die Auffassung, dass der Währungsabwertung mit Zinssenkungen wirksam begegnet werden könne. Im Dezember garantierte er den Bürgern einen Ausgleich auf die Abwertungsverluste ihrer Einlagen. Zum Ende des Jahres kostete der Euro 15,2335 Lira, die währungspolitische Geisterfahrt führte damit zu einer Abwertung der türkischen Lira gegenüber dem Euro um 67 Prozent im Vergleich zum Vorjahresultimo.

Euro schwächt sich ab, türkische Lira im Abwärtsstrudel

Die europäische Gemeinschaftswährung schwächte sich im Jahresverlauf gegenüber dem US-Dollar moderat ab. Eine wesentliche Ursache hierfür waren die unterschiedlichen Wachstums- und Zinsspektiven der beiden Währungsräume. Die

DAX schließt mit solidem Plus

Das Aktienjahr 2021 war zweigeteilt. In der ersten Jahreshälfte konnte der DAX substanzielle Zuwächse erzielen. Eine Triebfeder waren die Erfolge von Pharmakonzernen, die wirksame Corona-impfstoffe herstellen konnten. Damit verbunden war die Erwartung einer schnellen Erholung der Wirtschaft und einer Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Wichtige Impulse gingen auch von dem gigantischen Fiskalpaket des im Januar 2021 inaugurierten US-Präsidenten Joe Biden aus. Der DAX überwand Ende März erstmals die Marke von 15.000 Punkten und lag am Ende der ersten Jahreshälfte bei 15.531,04 Punkten, dies entspricht einem Plus zum Jahresbeginn von 13,2 Prozent. Nicht an dem Boom teilhaben konnten Unternehmen aus dem Freizeit- und Reisebereich.

In der zweiten Jahreshälfte blieb die Aufwärtstendenz zwar erhalten, die Dynamik nahm jedoch deutlich ab. Die Impfkampagnen verloren nach anfänglichen Erfolgen merklich an Fahrt. Damit erfüllten sich die Hoffnungen auf eine Herdenimmunität nicht. Auch bremsen die ausgeprägten Materialknappheiten aufgrund von Störungen der internationalen Lieferketten und der außergewöhnlich hohen globalen Nachfrage die Wirtschaft deutlich stärker, als noch im Frühjahr erwartet. Die Inflation erwies sich infolgedessen als langwieriger. Dies belebte die Debatte um einen geldpolitischen Kurswechsel, die dann zum Jahresende hin zu einer festeren Geldpolitik in mehreren großen Volkswirtschaften führte. Die Fed entschied sich, ihre Anleihekäufe schneller als zunächst geplant zurückzuführen und die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken den Leitzins.

Trotz dieser belastenden Entwicklungen erzielte der DAX im November mit 16.251 Punkten noch einen historischen Höchststand. Bis zum Jahresende gab er dann wieder etwas nach. Negativ auf die Aktienkurse wirkte zum Ende des Jahres vor allem die neue Coronavariante Omikron. Diese wurde zwar schon früh mit weniger schweren

Krankheitsverläufen verbunden, erwies sich aber gleichzeitig als deutlich ansteckender. Daher wurde mit Omikron die Sorge breiter Produktionsausfälle verbunden, ähnlich wie bei einem wirtschaftlichen Lockdown. Zum Jahresende schloss der DAX mit 15.884,86 Punkten, damit lag er 2,3 Prozent höher als zur Jahresmitte. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs um 15,8 Prozent. Im gleichen Zeitraum legte der Dow Jones um 18,7 Prozent auf 36.338,30 Punkte zu.

Herausgeber

**Bundesverband
der Deutschen
Volksbanken und
Raiffeisenbanken · BVR**

Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Schellingstraße 4 · 10785 Berlin
Konzeption/Redaktion: Tim Zuchiatti
Verantwortlich: Melanie Schmergal
Telefon: 030 2021-1300
Telefax: 030 2021-1905
E-Mail: presse@bvr.de
www.bvr.de

Gedruckt auf 100% Altpapier



